DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

307 27. JAHRGANG April 2010 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ROMA & SINTI

CONTRASTE wird in der nächsten Ausgabe den Schwerpunkt auf ein in der »Linken« stark vernachlässigtes Thema legen, welches uns im Sinne der Emanzipation und eines libertären Sozialismus am Herzen liegen sollte. Es geht um eine Minderheit in Europa, die in beschämender Weise noch heute in fast allen Ländern misshandelt und verfolgt wird: die Roma. In dieser Ausgabe zunächst einmal in kompakter Form einige Nachrichten, die das Thema näher bringen möchten. Seite 3

LINKE BUCHLÄDEN

Es gibt sie noch! Linke Buchläden: Einträchtig liegen in ihren Schaufenstern globalisierungskritische Titel neben Tricks für Antifas, Berichten vom Leben mit Hartz-IV und zeitgenössischer Kritik am »grünen Kapitalismus«. Uwe Sonnenberg über die Geschichte linker Buchäden auf Seite 4/5.

KULTUR AN DER RUHR

Wie geht es weiter an der Ruhr? Wie sieht die Metropole Ruhr in zehn Jahren aus? Wie können verschiedene Religionen und Kulturen, Junge und Alte, Arme und Reiche in einer Metropolenregion zusammen leben und arbeiten? Welche Art von Bildung, welche Qualifikationen und Kompetenzen werden zukünftig benötigt? Welche Wünsche, Träume und Ideen haben Jugendliche zwischen Duisburg und Dortmund, Bottrop und Bochum? Seite 6

ENERGIEWENDE

Unter dem Motto »Global denken, lokal handeln« hat der Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V. ein Konzept zur Gründung von Bürger-Photovoltaik-Genossenschaften entwickelt. In den vergangenen zwei Jahren wurden in der Region 38 Bürger-Energie-Genossenschaften gegründet. Am Beispiel der Gründung einer dieser Genossenschaften, der VR Bürger Energiepark eG, wird Motivation und Umsetzung veranschaulicht. Seite 12

STADTSPIELER

Gemeinwesenentwicklung einmal anders: Spielen ist eine der ältesten Methoden, Strategien, Interessen und Ideen auszutauschen, zu verhandeln, Lösungsansätze zu finden und Erkenntnis zu gewinnen – über das Selbst und über den Anderen. Stadtspieler – so der Name eines neuen Spiels – lädt zur Mitgestaltung des eigenen Ortes und der eigenen Nachbarschaft ein und kann dadurch konkrete Entwicklungsprozesse initiieren. Es handelt sich um ein Brettspiel, das sich als innovatives Instrument in Kommunikations- und Beteiligungsverfahren in der integrierten Stadtentwicklung einsetzen lässt. Auch genossenschaftliche Bioenergiedörfer oder Stadtteilgenossenschaften lassen sich damit spielerisch angehen. Seite 13

www.contraste.org

THEORIE & PRAXIS

Globales Lernen und Solidarische Ökonomie

»Wenn du lernen willst, bist du willkommen, wenn du helfen willst, dann bleib zuhause« (Ghandi)

Die Solidarische Ökonomie ist in den vergangenen Jahren in der Zeitschrift CONTRASTE immer wieder ein Schwerpunkt gewesen. Trotz einer zunehmenden Auseinandersetzung mit dem Thema stecken die Ansätze solidarischer Formen des Wirtschaftens in Deutschland nach wie vor in den Kinderschuhen. Gerne richtet sich unser Blick nach Afrika, Asien und Lateinamerika; wir fragen uns, wie wir diesen Kontinenten am besten in ihrer »Entwicklung helfen« können.

Solidarisch gehandelter Kaffee aus Guatemala Foto: FairBindung

Nina Herz/Robin Stock ● Dieser Schwerpunkt jedoch beschäftigt sich mit dem Gegenverkehr auf dieser entwicklungspolitischen Einbahnstraße und stellt die Frage: Was können wir für das »Entwicklungsland« Deutschland in Sachen Solidarischer Ökonomie vom Globalen Süden lernen? Zudem setzen wir uns mit verschiedenen Ansätzen der Bildungsarbeit zu einer Solidarischen Ökonomie auseinander.

In diesem Rahmen stellen verschiedene Akteure und Individuen, die sich sowohl praktisch als auch in Form von Bildungsarbeit mit Solidarischer Ökonomie auseinandersetzen, ihre Erfahrungen vor.

Zum einen das Berliner Kollektiv »FairBindung«, welches den Wert der Solidarität lebt, lernt und vermittelt, indem es gemeinschaftlich arbeitet, solidarischen Handel auf partnerschaftlicher Augenhöhe mit der Kaffeekooperative »AMNSI« in Guatemala betreibt und Bildungsarbeit zu solidarischem Wirtschaften und globalen Zusammenhängen mit SchülerInnen und anderen Zielgruppen durchführt.

Zum anderen das »ASA Programm«, welches unter dem Leitsatz »Lernen + Erfahren + Bewegen« MultiplikatorInnen für Globales Lernen ausbildet. In dieser Ausgabe berichten ehemalige TeilnehmerInnen über ihre Lernerfahrungen mit und über Solidarische Ökonomie im Nord-Süd Austausch. Diesen Erfahrungshintergrund teilen auch die Mitglieder der Arbeitsgruppe Solidarische Ökonomie, die von »ASA-Alumni« ins Leben gerufen wurde und sich zum Ziel gesetzt hat, diese Thematik verstärkt in die Seminare, die dem Auslandsaufenthalt vorausgehen, zu integrieren und zu diesem Zweck Bildungsbausteine zu Solidarischer Ökonomie zu entwickeln.

Für beide Organisationen gilt die Frage: Ist es im Kontext gesellschaftlicher Prozesse von Individualisierung und Globalisierung möglich, ein Minimum an Solidarität und Gemeinsinn an (themenferne) Zielgruppen zu vermitteln, und so Mitverantwortung für das soziale Zusammenleben und das politische und globale Ganze zu fördern? Natürlich kann eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt der Solidarität, die sich auf rein kognitiver Ebene vollzieht, nicht genügen. Das »Erlernen« von Solidarität – ob im eigenen Arbeitsumfeld oder transnational – kann sich nicht durch Indoktrination vollziehen, sondern muss praxisnah und in reflexiven Vorgängen erfolgen.

So arbeiten sowohl »FairBindung« als auch das »ASA-Programm« handlungsorientiert. Der Ansatz von »FairBindung« ist durch die Bildungsarbeit über das eigene Beispiel des Imports von solidarisch gehandeltem Kaffee aus Guatemala in besonderem Maße authentisch und praxisnah.

Im Rahmen des »ASA Programms« lernen die Teilnehmenden in einer Kombination aus Theorie und Praxis. Eine pädagogische Begleitung vor und nach dem Aufenthalt in einem Land des Globalen Südens ermöglicht eine Reflexion, die die Einstellungen, das Wissen, die Fähigkeiten und die bestehenden Wertesysteme des Lernenden herausfordern und dazu anregen, neue Blickwinkel einzunehmen. So werden die praktischen Erfahrungen, die die Teilnehmenden im globalen Süden sammeln, indem sie sich unter anderem mit. Fragen globaler Gerechtigkeit und Solidarischer Ökonomie beschäftigen, zu bedeutenden Lernfeldern für ihre Lebensrealität im Norden – Solidarität als interkultureller Lernprozess.

Aber nicht nur über die Solidarische Ökonomie an sich, sondern auch darüber, was die Bildungsarbeit zu dieser Thematik betrifft, können wir vom Globalen Süden lernen. Insbesondere von den Hochschulen in Brasilien, in denen so genannte Incubadoras – neben ihrer logistischen und finanziellen Unterstützung für kooperative Existenzgründungen – ihre Praxiserfahrung aus der Solidarischen Ökonomie in alternative Weiterbildungsangebote und Bildungsarbeit einfließen lassen.

In diesem Sinne: Man lernt nie aus.●

Die AutorInnen dieses Schwerpunkts leben und arbeiten in Berlin und sind bei FairBindung e.V./AG Solidarische Ökonomie ASA Programm engagiert

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

WELTKONFERENZ DER VÖLKER ÜBER DEN KLIMAWANDEL UND DIE RECHTE DER MUTTER ERDE

Alternativgipfel zur Zukunft unserer Erde

Über das Scheitern der Weltklimakonferenz in Kopenhagen wurde in den Massenmedien ausführlich berichtet. Wenig Information gibt es dagegen über die alternativen Vorschläge vieler sozialer Bewegungen und Organisationen aus allen Kontinenten sowie seitens einiger Regierungen, die alle zusammen von jenen ignoriert wurden, die die Debatten beherrschten.

Redaktion Heidelberg ● Der bolivianische Präsident Evo Morales hatte am 17. Dezember gegen die Vorgangsweise der Mächtigen protestiert und zur »Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde« vom 20. bis 22. April 2010 in die viertgrößte Stadt Boliviens, Cochabamba eingeladen. Das Treffen ermöglicht im Vorfeld des nächsten UN-Klimagipfels, der vom 29. November bis 10. Dezember 2010 in Mexiko stattfinden soll, Druck auf die Großmächte auszuüben.

Einen Monat vor dem Termin in Cochabama zeigt sich Evo Morales mit dem Echo auf seine Einladung zufrieden, es habe bereits jetzt »alle Erwartungen übertroffen«. Zugesagt hätten bis jetzt 90 Regierungen, Delegationen zu entsenden und hinzukämen viele VertreterInnen von Basisorganisationen aus Amerika, Afrika, Asien und Europa. »Als wir zu dieser Weltkonferenz eingeladen haben, haben wir nicht damit gerechnet, dass in Cochabama Hotelplätze fehlen werden, deshalb denken wir jetzt darüber nach, Zelte aufzubauen, um die Delegierten zu beherbergen«.

Zugesagt haben bereits die Mitgliedsstaaten der »Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerika« (ALBA) sowie Peru, Chile, Brasilien, Argentinien, Mexiko, Costa Rica und Kolumbien. Regierungen aus Afrika und Asien werden ebenso vertreten sein, wie der »Große Rat der indigenen Völker« aus Kanada. Evo Morales hofft deshalb auf ein »interessantes und historisches Ereignis«. Zum Abschluss der Konferenz sollen die versammelten Regierungschefs konkrete Vorschläge vorlegen, wie die Mutter Erde und damit die Menschheit gerettet werden können. Dazu werden im »Félix-Capriles-Stadion« mindestens 15.000 Menschen erwartet.

Beraten werden soll auch der bolivianische Vorschlag, ein weltweites Referendum über die für den Schutz der Umwelt notwendigen Maßnahmen durchzuführen sowie einen internationalen Klimagerichtshof einzurichten.

Ein Entwurf einer »Universellen Erklärung des Gemeinwohls der Mutter Erde und der Menschheit«, der von dem brasilianischen Theologen Leonardo Boff und dem ehemaligen Präsidenten der UN-Vollversammlung, Miguel d'Escoto, verfasst wurde, soll von Nicaraguas Präsident Daniel Ortega in Cochabamba eingebracht werden. »Das ist die Antwort auf die Habgier der imperialistischen Kapitalisten, die den Planeten und die Natur zerstören, nur um noch mehr Geld zu bekommen und ohne sich um die Zukunft zu scheren«, erklärte Leonardo Boff bei der Vorstellung des Entwurfs Ende Februar in Managua. Miguel d'Escoto seinerseits nannte das Scheitern des Kopenhagener Gipfeltreffens »eine Gnade Gottes«, denn dadurch sei deutlich geworden, »dass wir von den kapitalistischen Mächten wie den USA und Europa nichts erwarten können«.

Schon jetzt gibt es die Möglichkeit der Stimmabgabe bei einem weltweiten Referendum zu fünf Schlüsselfragen für unsere gemeinsame Zukunft auf
http://portalmre.rree.gov.bo/cumbre/Referendum.aspx.

Eine millionenfache Beteiligung könnte dem Klimaschutz Priorität und eine neue Richtung geben, damit er nicht mehr den ökonomischen Interessen einer Minderheit unterworfen ist.●

Aufruf:
http://cmpcc.org/2010/01/08/afruf/
Link:
www.klimabuendnis.org

D 8008

Anzeige

EDITORIAL

Schulen für wen?

Immer mehr sogenannte »Missbrauchsfälle« in Schulen kommen ans Licht – welch verharmlosende Bezeichnung, als gäbe es einen korrekten Gebrauch von Kindern – die zutreffende Bezeichnung »sexuelle Gewalt« wird in den Medien vermieden. Auf jahrzehntelanges Schweigen folgen öffentliche Betroffenheitsbekundungen.

Am 11. März 2009 erschoss ein 17jähriger in Winnenden in seiner Realschule und auf der anschließenden Flucht 15 Menschen und dann sich selbst. Zum Jahrestag dieses Amoklaufs wurden mal wieder schärfere Waffengesetze gefordert. Der baden-württembergische Landtag beschloss ein 30-Millionen-Euro-Programm, vor allem zur Einstellung von 100 SchulsozialarbeiterInnen.

Was haben sexuelle Gewalt und Amokläufe gemeinsam?

Es gilt als normal, dass Forschung und Produktion in großem Maße direkt oder indirekt der Herstellung von Waffensystemen dienen, deren einziger Zweck darin besteht, Menschen zu töten. Dies nützt sowohl den Herstellern und Händlern für ihre Profite, als auch den Staaten, die diese Waffen einsetzen, zur Aufrechterhaltung oder Verbreiterung ihrer Macht. Eine Kritik am »militärisch-industriellen Komplex« ist selten geworden.

Schulen bereiten junge Menschen auf ein Funktionieren in einem solchen Wirtschaftssystem vor. Statt Kinder und Jugendliche in der Gesellschaft willkommen zu heißen, sie als Menschen mit unabdingbaren individuellen Rechten respektvoll zu behandeln und ihnen einen Raum zur Entfaltung ihrer Potentiale anzubieten, wird von ihnen erwartet, sich anzupassen. Sie haben die Anforderungen zu erfüllen, ohne jedes Recht auf freie Gestaltung ihrer in der Schule zu verbringenden Lebenszeit, mit in den meisten Fällen nur sehr eingeschränkten Möglichkeiten der Entwicklung von eigenen Interessen und Kreativität. Die Institution Schule räumt den Kindern und Jugendlichen nur marginale Mitbestimmungsrechte im Rahmen des Schulverfassungsgesetzes ein. Dabei sind sie existentiell abhängig vom in der Schule über sie gefällten Urteil, die Zeugnisse sind für ihren weiteren Ausbildungsweg entscheidend.

Seit Deutschland wieder Kriege führt, ziehen Anwerber der Bundeswehr durch Schulen, um junge Menschen für den Militärdienst zu rekrutieren. Wo es kaum zivile Perspektiven gibt, ist eine Verpflichtung beim Militär mit garantierter Ausbildung und vergleichsweise gutem Einkommen verlockend, zusätzlich bringt jeder Tag im Auslandseinsatz Zuschläge. Für junge Männer verspricht der Dienst an der Waffe eindeutige Rollenbilder, Selbstvertrauen und Sicherheit in einer unsicheren Welt. Wer denkt da noch an »Soldaten sind Mörder« oder an die Rückkehr aus dem Krieg im Zinksarg?

Sexuelle Gewalt wird ganz überwiegend von Männern ausgeübt, Opfer sind Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts. Amokläufer sind in der Regel männlich, die Opfer von Winnenden waren größtenteils weiblich. Solche Gewalttaten weisen unübersehbar auf gesellschaftliche Missstände hin. Solange eine Gesellschaft patriarchal strukturiert ist, solange sie Macht und Gewalt als Basis der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens akzeptiert und fortlaufend reproduziert, bleiben Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt ebenso wie gegen Amokläufe hilfloses Herumdoktern an Symptomen.

Theorien und Praxen Solidarischer Ökonomien versuchen an den Ursachen anzusetzen. Eine Wirtschaft, die den Menschen dient, in der Lebensnotwendiges hergestellt und dabei globale soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt werden, braucht auch andere Schulen – Freiräume für Kinder und Jugendliche als Keimformen einer anderen Welt.●

Elisabeth Voß

AKTION 2010

Redaktion Heidelberg ● In diesem Monat gab es sieben neue Abos. Leider aber auch sechs Kündigungen und zwei Kündigungen von Fördermitgliedschaften (62 und 65 EUR). Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 147+ Abos.

Auf unserem Spendenkonto gingen 151 EUR ein. Wir benötigen nun unter Berücksichtigung der gekündigten Fördermitgliedschaften noch 2.265 EUR, damit das Zeitungsprojekt auch 2010 überleben kann.

Die Spenden:
- Hanar Klich, Potsdam (5 EUR)
- Michael Adam, Dortmund (15 EUR)
- Holger Metzner, Dresden (131 EUR)

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2010

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2010: 2.265 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 147+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

NACHRUF

Uta kämpft nicht mehr

Am 17. Februar 2010 starb in Dresden Uta Knischewski.

Foto: Archiv

Uta arbeitete viele Jahre in der *CONTRASTE*-Redaktion, aber ihr Engagement begann viel früher. Seit 1993 gehörte sie zur *Grünen Liga* in Dresden. Sie schrieb für die Grüne-Liga-Zeitschriften *Grünhorn* und *Alligator* unzählige Beiträge. Dort gab es immer die Frage, ob man eher systemkonform oder in der Konfrontation versuchen sollte, für die Erhaltung der Umwelt einzutreten.

Uta hat sich für den unbequemeren Weg entschieden. Seit 1997 hat sie sich an Aktionen gegen die Atomindustrie im Wendland beteiligt, war in Dresden gegen das Atomforum und gegen Castor-Transporte und Gentechnik aktiv. Sie war Redakteurin des freien Radios *Coloradio* und hat an einem Sozialhilfe-Ratgeber für Dresden mitgearbeitet. Ihre Radio-Sendung »Die Droge Zucker« wurde 2002 in Nürnberg mit dem Alternativen Medienpreis ausgezeichnet.

Den *Umsonstladen* in Dresden hat sie mitgegründet, war in der Verbrauchergemeinschaft *HOLFIX*, der *Bürgerliste Dresden* und bei *ATTAC* Dresden aktiv. 1995 hat sie den Verein *abfallGUT Dresden e.V.* mitgegründet und war seit 1997 mitverantwortlich für das Entstehen und den Betrieb des Wertstoffhofs des Vereins.

Im *abfallGUT* entstand 2003 unter Utas maßgeblicher Mitwirkung die Ausstellung »Arbeit auf Teufel komm raus«, die zehn Jahre durch Deutschland und Österreich tourte. Dem Zwang zur Lohnarbeit in einer umweltzerstörenden Konsumgesellschaft setzte sie andere Werte entgegen: »Genuss von freier Zeit, von intakter Natur oder gemeinschaftlichem Zusammenleben.« (aus dem Ausstellungskatalog).

Utas Engagement war immer mit großer Konsequenz, aber auch mit Bescheidenheit verbunden. Sie näherte sich ihren Themen, indem sie radikale, das heißt an die Wurzeln gehende Fragen stellte, sowohl zu den Ungerechtigkeiten in der globalisierten Welt, als auch zum Miteinander in den eigenen Zusammenhängen.

Ihr ging es nicht nur darum, was getan wurde, sondern ganz wesentlich um die Art und Weise, wie Menschen ihre Zusammenarbeit gestalten. So beinhaltete zum Beispiel der von ihr betreute CONTRASTE-Schwerpunkt »Keule, Keile und Krawall« (Ausgabe 242, November 2004) Anregungen zum Nachdenken über den Umgang mit Regeln, informellen Hierarchien und Konfliktlösung in Gruppen.

Zur Kritik der heutigen Frauenbewegung schrieb Uta: »Für mich heißt Emanzipation: Jede und jeder kann ihr/sein eigenes Leben gestalten, erhält dafür alle Voraussetzungen und wird von niemandem in irgendwelche Schubladen gezwungen. Vielfalt ist erwünscht und es gibt keine Bewertung in »besser« und »schlechter«. Eine Gemeinschaft besteht aus gleichberechtigten Individuen, die ein gemeinsames Ziel/Projekt und kein Abhängigkeitsverhältnis verbindet.« (2001, www.opentheory.org)

Wegen ihrer schweren Erkrankung musste Uta in den letzten Jahren kürzer treten. Bis zuletzt blieb sie CONTRASTE verbunden und nahm noch im letzten Sommer am Plenum in Portugal teil. Wir trauern um eine engagierte Kollegin, um einen wunderbaren Menschen, um Uta – sie fehlt uns!●

Holger Metzner, Elisabeth Voß

ASPIRINA D7 – AUFRUF 2010

Förderschwerpunkt: Illegalisierte

Aspirina D7 ist eine Stiftung mit dem Ziel, das Engagement für ein selbstbestimmtes Leben und die Schaffung autonomer (Über-)Lebensräume zu unterstützen. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, struktureller Gewalt und der damit verbundenen Ausgrenzung vorzubeugen und ihr wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen.

Projekte und Initiativen, die von uns Mittel erhalten, sind in diesem Jahr:
- Projekte im Bereich Antirassismus und MigrantInnenarbeit.

Es gibt gute Gründe, sich für Antirassismus und MigrantInnenarbeit einzusetzen: Menschen, die ihr Heimatland verlassen, tun dies zumeist nicht leicht und leichtfertig, sondern um Notlagen zu entkommen, die oft (welt)politisch produziert sind. Es ist menschenverachtend, wie weite Teile der Gesellschaft eines westlichen Einwanderungslandes agieren, das historisch und gegenwärtig auf der mächtigen und profitablen Seite innerhalb der weltpolitischen Konstellationen steht.

Aspirina D7 will sich für ein menschenwürdiges Leben und Miteinander einsetzen und sich solidarisch an die Seite derjenigen stellen, die auf Grund ihrer Herkunft ausgegrenzt und diskriminiert werden. Ziel unserer Förderung sind Gruppen und Initiativen, die die Situation von MigrantInnen sichtbar machen, sie konkret unterstützen oder ihre Situation zu verändern suchen. Ebenso unterstützen wir Projekte, die gegen Rassismus in der Gesellschaft arbeiten.

Da unsere Mittel begrenzt sind, fördern wir dieses Jahr ausschließlich Projekte und Initiativen, die illegalisierte Menschen unterstützen. Dies kann sowohl die konkrete Arbeit mit illegalisierten Menschen sein, als auch Lobby- oder Öffentlichkeitsarbeit in deren Interesse. Wir vergeben 2010 im Bereich Migration pro Projekt einen Zuschuss in einer maximalen Höhe von 3.000 EUR und ein Darlehen in einer maximalen Höhe von 10.000 EUR ist möglich.

Zu einem Antrag gehört das Antragsformular, eine einseitige Zusammenfassung eures Vorhabens mit einer Kurzdarstellung eurer Gruppe sowie die Beantwortung unserer Fragen auf 3-5 Seiten. Die Antragsunterlagen findet ihr unter www.AspirinaD7.de.

Nach Abschluss des Projektes erwarten wir einen geeigneten Bericht, den wir gegebenenfalls veröffentlichen, wenn nichts dagegen spricht.

Richtet bitte eure Anträge (auf Papier!) bis zum **1.5.2010** an folgende Adresse:
Aspirina D7, Vegesacker Str. 86 a, 28219 Bremen

Bis Ende Juni werden wir uns bei euch melden!
Bis dahin solidarische Grüße, Aspirina D7

SINTI-FAMILIE BEKLAGT DRANGSALIERUNG IM NORDSÄCHSISCHEN KLINGENHAIN

»Von Anfang an auf Ablehnung gestoßen«

Klingenhain. Wieder steht ein Ort in der sächsischen Provinz unter Verdacht, fremdenfeindlich zu sein. In Klingenhain (Kreis Nordsachsen) sollen Rechtsextreme eine Sinti-Familie jahrelang tyrannisiert und vor etwa einem Monat deren Wohnhaus in Brand gesteckt haben. Doch für einen rassistischen Hintergrund gebe es derzeit keine Anhaltspunkte, so die Polizeidirektion Westsachsen.

CONTRASTE wird in der nächsten Ausgabe den Schwerpunkt auf ein in der »Linken« stark vernachlässigtes Thema legen, welches uns im Sinne der Emanzipation und eines libertären Sozialismus am Herzen liegen sollte. Es geht um eine Minderheit in Europa, die in beschämender Weise noch heute in fast allen Ländern misshandelt und verfolgt wird: die Roma.

In dieser Ausgabe findet ihr zunächst einmal in kompakter Form einige Nachrichten, die das Thema näher bringen möchten.

Von Lisa Gam ● Vor sechs Jahren zog Rudolf H. mit seiner Familie in das heruntergekommene Haus in Klingenhain, in dem früher auch eine Stallanlage untergebracht war. Am zweiten Weihnachtsfeiertag 2009 – die neunköpfige Familie war bei Verwandten – legten Brandstifter das Feuer. »Das waren eindeutig Rechtsextreme. Von Anfang an haben wir vor allem im Ort den Fremdenhass zu spüren bekommen. Die Dorfbewohner waren bis auf wenige Ausnahmen misstrauisch und feindselig«, so der 57-jährige Familienvater. Seine Kinder seien in der Schule als »Dreckpack« und »Zigeuner« beschimpft und bedroht worden. Ebenso sollen nationalistische Parolen gerufen worden sein. »Regelmäßig bekam meine Tochter Schläge von einem Mädchen, dessen Freund ein bekannter Neonazi ist. Als wir unsere Kinder von der Schule abholten, haben sich Rechtsradikale vor uns aufgebaut und den Weg verstellt, die Direktorin musste sich schützend vor uns stellen.« Wiederholt sei es zu Einbrüchen und Verwüstungen im Haus gekommen, ein Nachbar soll das Gebäude beschossen haben. Im September 2009 flog ein Stein ins Fenster, um den ein Zettel mit einer rechtsextremen Äußerung gewickelt war, bestätigt die Polizei. In diesem Fall laufen die Ermittlungen.

Die Vorfälle sind für die Opferberatung des RAA Sachsen (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen) deutliche Hinweise darauf, warum etwa drei Monate später das Haus brannte: »Der Brandanschlag bildet den erschreckenden Höhepunkt jahrelanger Diskriminierungen«, so Katja Braß. In einer Pressemitteilung spricht sie von einem »rassistischen Brandanschlag«. Gestern schwächte sie ab: »Das ist eine Vermutung, die sich aufgrund der Vorgeschichte aufdrängt.«

Die Polizeidirektion Westsachsen geht derzeit nicht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus. »Konkrete Anhaltspunkte für eine rassistische Straftat sind momentan nicht erkennbar«, sagt Sprecher Michael Hille. Ob der Steinwurf als eindeutig fremdenfeindlicher Übergriff mit der Brandstiftung in Zusammenhang steht, ist unklar. Hille bestätigt, dass Rudolf H. vor dem Hausbrand mehrere Anzeigen stellte.

Der Bürgermeisterin der Gemeinde Cavertitz, Gabriele Hoffmann (parteilos), ist über rechtsextreme Anfeindungen und Übergriffe in Klingenhain nach eigenen Angaben nichts bekannt. »Zwar haben wir in der Region NPD-Wähler, aber es gibt kein Problem mit Rechtsextremen. Und auch der Ort ist nicht rassistisch.« Sie befürchtet, dass Klingenhain nun in schlechtem Licht erscheint, Medienanfragen häuften sich bereits. Nach dem Brand bot Hoffmann der Familie eine neue Unterkunft an. Zurückkehren will Rudolf H. aber auf keinen Fall. Eine Dorfbewohnerin sagt: »Wir sind kein fremdenfeindliches Dorf.« Über die Familie H. sagt sie: »Sie hat sich nicht in das Dorfleben integriert und war nicht sehr beliebt. Es gab Streitigkeiten, weil deren Hund ein Schaf gerissen hatte und sich keiner entschuldigte.«

Rudolf H. sieht das anders: »Wir wollten uns einbringen, aber sind von Anfang an auf breite Ablehnung gestoßen. Fast niemand wollte mit uns reden.« Derzeit lebt die Familie in Frankfurt am Main auf einem Campingplatz in einem Wohnwagen. »Ich bin am Ende meiner Kräfte. Wir sind fast mittellos, und ich weiß nicht, wie es weitergehen soll.«

Das Haus in Klingenhain ist unbewohnbar.●

Presseinformation der Linkspartei Sachsen vom 28.1.2010

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER FORDERT KONTIGENTLÖSUNG FÜR ROMA-FLÜCHTLINGE

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat einen Tag nach dem Holocaust Gedenktag auf das Schicksal von 10.000 nur geduldeten Roma-Flüchtlingen und ihren deutschsprachigen Kindern aus dem Kosovo aufmerksam gemacht und ein Bleiberecht gefordert – als Konsequenz der Vernichtung von hunderttausenden Sinti und Roma durch Nazi-Deutschland.

In der Presseerklärung heißt es weiter: »Mit Entsetzen und Abscheu verfolgen wir die systematische Erniedrigung und menschenunwürdige Behandlung dieser Roma-Flüchtlinge durch viele deutsche Ausländerbehörden, viele Gerichte und die meisten Innenminister«, sagte der GfbV-Bundesvorsitzende Tilman Zülch in Göttingen. »Von den 150.000 Angehörigen der farbigen Gemeinschaft der Roma wurden 1999 unter den Augen der NATO und somit auch deutscher Soldaten nach deren Einmarsch 120.000 Roma von befreiten Albanern aus dem Lande gejagt, 70 ihrer 75 Siedlungen und Stadtteile zerstört. Roma wurden misshandelt, gefoltert, entführt, ermordet oder vertrieben.«

Jetzt würden von Woche zu Woche Kinder, Frauen und Männer der 10.000 nur geduldeten Kosovo-Roma oft bei Nacht und Nebel abgeschoben. Dabei würden nicht selten Ehemänner von ihren Frauen, Eltern von Kindern, Kinder von ihren Geschwistern getrennt. Kinder, Kranke und Alte würden deportiert, aus Abschiebungen mache man freiwillige Rückkehr. »Man erfindet Heilungs- und Behandlungsmöglichkeiten, die es für Angehörige dieser Minderheit nicht gibt«, kritisierte Zülch. »Zugleich hatte man über ein Jahrzehnt lang die Arbeitsaufnahme verhindert, die Bewegungsfreiheit auf den jeweiligen Landkreis eingeschränkt und die berufliche Weiterbildung untersagt.«

Abgeschobene Zwangsrückkehrer vegetieren in Behelfsunterkünften aus Plastik oder Holz. Sie werden mit einer Arbeitslosigkeit im Kosovo von 90% konfrontiert. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Kinder oder ältere Menschen bei der jetzt herrschenden Winterkälte krank werden oder sterben.

»Wir fordern die deutsche Politik auf, diese 10.000 Angehörigen der farbigen Minderheit der Roma im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung ebenso als Kontingent aufzunehmen, wie die Bundesrepublik 200.000 jüdische Bürger aus der ehemaligen Sowjetunion als Konsequenz aus dem Holocaust und 2,5 Millionen Russlanddeutsche als Konsequenz des Stalin-Hitler-Pakts und des Genozids des sowjetischen Diktators aufgenommen hat«, sagte Zülch. »Deshalb fordert unsere Menschenrechtsorganisation als Konsequenz der Vernichtung von hunderttausenden Sinti und Roma ein Bleiberecht für das Kontingent der 10.000 Roma.«●

28.1.2010, www.roma-kosovoinfo.com

HINWEIS

In unserer Ausgabe Nr. 305, Februar 2010, veröffentlichten wir unter dem Titel »Dieselben Augen, dieselbe Seele« eine Rezension von Birgit Seemann des gleichnamigen Buches. Durch ein redaktionelles Missverständnis wurde dieser Hinweis vergessen:
»Erstveröffentlichung in: TRIBÜNE - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums Jg. 48, Heft 192, 4. Quartal 2009, S. 83-84«.

Foto: Jugoslav Filipovic (Serbien)

SLOWAKEI:

Mauer soll Roma-Siedlung vom Dorf trennen

Die Oberösterreichischen Nachrichten (OÖN) berichten in ihrer Ausgabe vom 16.10.2009 über den Beschluss des Dorfrates von Ostrovany, in dem nordostslowakischen Ort eine 150 Meter lange und zwei Meter hohe Mauer in Abgrenzung zur dortigen Roma-Siedlung zu bauen.

Bürgermeister Cyril Revák begründete die Entscheidung damit, dass »die Bewohner Anspruch auf Schutz ihres Eigentums und der Gesundheit« hätten. »Ich bin kein Rassist. Ich weiß, dass bei den Roma sehr anständige Leute leben«, verteidigt Revák den Mauerbau gegenüber der Tageszeitung Sme.

In den OÖN heißt es weiter: Lubomir Galbavy, Regierungsbeauftragter für Roma-Gemeinschaften, sagte: »Ich halte diese Maßnahme nicht für rechtmäßig. Es ist ein außerordentlicher Schritt. Kein Problem wird damit gelöst.« Galbavy erklärte, er werde das Dorf besuchen und mit dem Bürgermeister über den Bau der Mauer diskutieren. Ein Bewohner der Roma-Siedlung sagte gegenüber der Sme: »Wem wird sie (die Mauer) helfen? Weder den Weißen noch uns. Wir sind hier wie im Zoo.«

Aus euroex.info vom 17. Oktober 2009

UNICEF

Roma-Kinder in Europa

Mit acht bis zehn Millionen Angehörigen sind die Roma die größte Minderheit Europas. Die meisten von ihnen leben im Südosten des Kontinents, allein mehr als zwei Millionen in Rumänien. Fast die Hälfte der Roma in Südosteuropa sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre. Doch während die Staaten Europas immer stärker zusammenrücken, wachsen Tausende Roma-Kinder am Rande der Gesellschaft auf. In Südosteuropa leben viele ihrer Familien in regelrechten Ghettos und Slums. Die Arbeitslosigkeit liegt dort oft bei annähernd 100 Prozent. Vor allem die Kinder leiden unter dem Klima von Armut, Diskriminierung und Perspektivlosigkeit.

Eine vergleichende Studie, die UNICEF in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Rumänien und Serbien durchgeführt hat, zeigt das Ausmaß der Benachteiligung von Roma-Kindern. Die meisten Roma Südosteuropas leben unter der Armutsgrenze. In fast allen Ländern muss mehr als die Hälfte von ihnen mit weniger als 100 Euro im Monat auskommen. Ein Viertel aller Roma Südosteuropas leben in baufälligen Gebäuden oder Baracken.

Aus der unicef-Information über Roma-Kinder in Europa

Quellen:
UNICEF Serbien, Breaking the Cycle of Exclusion: Roma Children in South East Europe, Februar 2007.
Zur Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland: Zusammenfassung der Ergebnisse.

UNGARN

Roma demonstrierten gegen Diskriminierung

Ein 120 Kilometer langer Protestmarsch von Roma-Organisationen ist am heutigen Sonntag in Budapest zu Ende gegangen. Am Präsidentenpalast in Budapest wurde eine Petition mit dem Motto »Es reicht!« an Staatschef Laszlo Solyom übergeben. Darin fordern die Organisatoren, die nach eigenen Angaben den »Unerhörten eine Stimme geben wollen«, die Gleichberechtigung der Volksgruppe. »Der Präsident soll endlich machen, wozu er da ist: als Körperschaft der nationalen Einheit zu handeln und für die zu sprechen, die sprachlos in Ghettos leben und für jene einzutreten, die, weil sie ausgeschlossen sind, keine hörbare Stimme haben«, heißt es in dem Dokument.

Nach Schätzungen nahmen etwa 700 Menschen an der Aktion teil. Die Polizei sperrte den Bereich um den Heldenplatz aus Angst vor Angriffen Rechtsextremer weiträumig ab.

Auf ihrem Marsch hatte die Gruppe, die am 3. Oktober im Ort Jászladány gestartet war, zahlreiche von Roma bewohnte Orte besucht, um den dortigen Menschen Mut zu machen, ihnen ihre Rechte zu erläutern, sie aber auch in die Pflicht zu nehmen, Angebote zur Qualifikation und Arbeit anzunehmen, berichtet der »Pester Lloyd«.

In Ungarn sind Ressentiments gegenüber Roma weit verbreitet und werden vor allem von der erstarkenden extremen Rechten propagandistisch genutzt. Landesweit bezeichnen sich knapp 200.000 Menschen als Roma. Offizielle Zahlen sprechen von rund 600.000 Angehörigen der nationalen Minderheit.

»Wir sind marschiert, weil es ein Problem gibt. Wir werden unterdrückt, ausgeschlossen und stigmatisiert. Gleiche Rechte und Freiheit sollte Menschen garantiert sein, ohne dass sie dafür auf der Straße demonstrieren müssen«, so Laszlo Kallai, Vorsitzender einer Roma-Bürgerrechtsorganisation und Initiator des Marsches.

Als eines der Hauptprobleme bezeichnete er die Benachteiligung der Roma-Kinder. Sie müssten häufig in Sonderklassen lernen. In über 900 Schulen des Landes sei Segregation an der Tagesordnung. Ihre Ausbildung sei schlechter als die anderer ungarischer Kinder. Durch die Gründung von privaten Schulstiftungen werde die Trägerschaft der örtlichen Schule so verändert, dass man Roma unter dem Vorwand der Nichteignung abweisen könne.

11.10.2009, www.eurorex.info

AGITATION UND AUFKLÄRUNG

Zur Geschichte linker Buchläden nach »1968«

Es gibt sie noch! Linke Buchläden: Einträchtig liegen in ihren Schaufenstern globalisierungskritische Titel neben Tricks für Antifas, Berichten vom Leben mit Hartz-IV und zeitgenössischer Kritik am »grünen Kapitalismus«. Neueste Genderanalysen und andere kultur- und sozialwissenschaftliche Studien können hier für die politische Arbeit erworben werden. Je nach Zielpublikum stehen in den Regalen frech gestaltete Comics sowie Reisereportagen wahlweise aus Italien oder Venezuela.

Von Uwe Sonnenberg ● Angesichts der heutigen Krisen wird Marxens *Kapital* bzw. *Das Recht auf Faulheit* seines Schwiegersohns Paul Lafargue empfohlen. Selbstverständlich bestellen die Läden auf Wunsch auch jedes andere lieferbare Buch. Bei gutem Wetter erweitern auf der Straße zusätzlich Grabbelkisten das Angebot, gefüllt mit antiquarisch gehandelten Exemplaren älterer Bewegungsliteraturen. Vermengt mit Aufrufen aktionistischen Inhalts kleben in den Eingangsbereichen Veranstaltungshinweise politischer Kleingruppen. Nach Ladenschluss kommen in ihren Räumen Diskussions- und Lesezirkel zusammen. Mitunter sind einladende Cafés an die Bücherverkaufsstellen angeschlossen. Dort kann in ausgewählten Zeitungen und Zeitschriften weitergeblättert werden.

Was den geneigten Flaneuren durch die Straßen einschlägig bekannter Szeneviertel an diesen Orten vereinzelt noch begegnet, sind materialisierte Überbleibsel von Bewegungen, die aus den Jahren um 1968 hervorgegangen waren, sich in die Siebziger Jahre weiter trugen und sich seitdem bis heute transformierten. Die Entstehung linker Buchläden in ihrem zeithistorischen Kontext ist heute kaum noch bekannt. Oftmals erinnern allein die Namen der Läden daran. Im Folgenden werden einzelne Entwicklungsetappen der Buchläden in der Geschichte des westdeutschen linken Buchhandels skizziert.

Anfänge: Gegenöffentlichkeit mit revolutionärem Selbstverständnis

Nach dem Auseinanderfallen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) erlebten die SPD und die JungsozialistInnen einen starken Zustrom. Es wurde die DKP gegründet. Es entstand aber auch ein zahlenmäßig großes Milieu, in dem sich die »gegenkulturellen« und fundamentaloppositionellen Bewegungen aus den Aufbrüchen Ende der Sechziger Jahre wiederfanden. In einer Mischung aus Aufklärung und Agitation für eine breite sozialistische Bewegung, zusätzlich beflügelt durch die Idee von »Gegenöffentlichkeit« entstanden während eines regelrechten Gründungsbooms bis Anfang der Siebziger Jahre in vielen Städten der Bundesrepublik politische Buchläden.

Die ersten wurden durch Karin Röhrbein (Buchhandlung Karin Röhrbein, West-Berlin) 1966 und für das Gebiet der alten Bundesrepublik 1968 von Jörg Burkhard (Politische Buchhandlung Jörg Burkhard, Heidelberg) gegründet. Beide durchliefen noch eine klassische Buchhändlerausbildung, bevor sie, durch die APO politisiert, die Pforten ihrer eigenen Läden öffneten. Zum Teil mit Unterstützung des 1970 formell aufgelösten Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wurden viele andere Läden direkt aus »fliegenden« Büchertischen an Universitäten heraus aufgebaut. Sie hatten feste Öffnungszeiten und entwickelten ein ausgeprägtes revolutionäres Selbstverständnis. Nur hier waren die damals begehrten *Raubdrucke* zu erhalten. Die in einem juristischen Graubereich nachgedruckten Schriften von Wilhelm Reich, Theodor W. Adorno, Michael Bakunin, Walter Benjamin und vielen anderen wurden wie warme Semmeln verkauft. Neben den »Klassikern des Sozialismus« wurden über sie auch die ersten Programme der noch jungen linken Kleinverlage (Neue Kritik, Oberbaum, Trikont) vertrieben. In der Regel hatten ihre Publikationen nicht den Weg in den etablierten Buchhandel geschafft. Vor allem in der akademischen Jugend gab es einen großen Bedarf, sich gesellschaftskritische Texte anzueignen. Man war um das Wissen der marxistischen und psychoanalytischen Theorieproduktion aus der Zwischenkriegszeit bemüht. Damit wollte man anknüpfen an alte Traditionslinien eines intensiven linken Diskurses, der im nationalsozialistischen Deutschland und durch den Antikommunismus der Bundesrepublik verloren gegangen war. Die linken Buchladen- und Verlagskollektive machten diese frühen Texte wieder zugänglich.

19 von ihnen schlossen sich im Oktober 1970 zu einem eigenen *Verband des linken Buchhandels* (VLB) zusammen. Mit diesem Schritt sollten die einzelnen Projekte zusammengeführt, kollektive Eigentumsformen und eigene Vertriebsstrukturen entwickelt werden. Es ging um Fragen der Kontrolle und Koordinierung des linken Buchmarkts. Dabei keine privaten Profite machen zu wollen, verstand sich von selbst. Schließlich sollten mit den (selten!) erzielten Gewinnen weltweit revolutionäre Kämpfe unterstützt werden. Gedanklich in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, weithin populäre Melodien der maoistischen Kulturrevolution auf den Lippen oder mit dem Herzen bereits bei den lateinamerikanischen Guerilleros sahen sich die linken BuchhändlerInnen als integralen Bestandteil einer revolutionären Bewegung. Im Verband wurden Forderungen laut, die Läden direkt revolutionären Organisationen zu unterstellen. Wie so viele andere hatten sie nach den Erfahrungen des Scheiterns der studentischen Revolte in ihrer politischen Aktionsorientierung eine »proletarische Wende« vollzogen. Dabei übernahmen die Einen operaistische Organisationsansätze aus Italien. Andere holten verstaubte marxistisch-leninistische Kaderkonzepte aus der Geschichtstruhe und betrieben »Parteiaufbauorganisationen«. Als Politsekten verliefen sich letztgenannte »K-Gruppen« durch die 1970er Jahre hindurch in besonderen chinesisch-albanischen Welten. Mit ihnen fraktionierte sich die radikale Linke. Der VLB, dessen Mitgliederliste 1971 über 80 Anschriften enthält, spaltete sich ebenso, als ein Teil der Projekte begann, sich an der Politik der »K-Gruppen« zu orientieren.

Buchladen Rote Strasse, Göttingen: Lesekeller

Kommunikationszentren im Netzwerk: Die Mit- und Endsiebziger Jahre

Die unmittelbar revolutionären Hoffnungen verflogen bis zur Mitte der Siebziger Jahre. Statt der missglückten betriebsinterventionistischen Konzepte sollte die Veränderung nun im Kleinen beginnen, »Politik und Leben« miteinander verbunden werden. »Autonomie« und »Selbstverwirklichung« waren die Stichworte der Zeit. Die Akteure versuchten, in ihren Überzeugungen und Lebensstilen auch im Alltag »authentisch« zu bleiben. Mit den »Neuen Sozialen Bewegungen« zeigten sich neue kollektive Identitäten. Das linksalternative Milieu erlebte eine breite Ausdifferenzierung. Damit einher ging die Gründung neuer Buchläden, in denen man sich zum Beispiel auf Kinderliteratur spezialisierte (*Kinderbuchladen Kreuzberg,* West-Berlin) oder die Frauen nur für Frauen betrieben (*Lillemor's Frauenbuchladen,* München).

Der VLB war seit 1972 politisch und kulturell von jenen »undogmatisch« gewordenen Linken dominiert. Ohne Satzung, Sekretariat oder eingetragenen Sitz entwickelte er sich nach außen zu einem Schutzverband gegen die staatliche und mediale Kriminalisierung der Buchhandelsprojekte als vermeintliche »Sympathisanten« terroristischer Gruppierungen. Regelmäßig war es in den Siebziger Jahren zu Durchsuchungen in Buchhandlungen und Verlagen gekommen. Mit den vom Deutschen Bundestag 1976 in der Novelle des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes verabschiedeten §§88a (»Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten«) und 130a (»Anleitung zu Straftaten«) StGB erhielten Polizei und Justiz dafür zusätzlich sehr fragwürdige Instrumente in die Hand.

Buchladen Rote Strasse, Göttingen: Der Name ist Programm seit 35 Jahren Fotos: Stephan Knoblauch

Das eigentliche Verbandsleben fand auf den Treffen des VLB statt. Sie wurden verstärkt dazu genutzt, um sich über Fragen der Professionalisierung oder der Moral in »alternativen Ökonomien« auszutauschen. Denn die noch ganz am Anfang der linken Buchhandelstätigkeit erhobene kulturrevolutionär-marxistische Maxime der »Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit« konnte in den wenigsten Kollektiven erfolgreich umgesetzt werden. Schnell hatte man zudem erkannt, dass selbst ein von Genossinnen und Genossen geführter Laden im real existierenden Kapitalismus auf Wirtschaftlichkeit hin geprüft werden musste. Der anfangs noch alleinige Fokus auf den politischen Gebrauchswert der Literatur in der Sortimentsgestaltung verschob sich sukzessive zugunsten eines stärkeren Tauschwertes der Ware Buch.

Der VLB hatte – je nach Zählweise – in den Siebziger Jahren bundesweit zwischen 100 und 150 Mitgliedsprojekte. Dazu gehörten seit Beginn ebenso Druckereien, wie Vertriebe und Verlage. Sie repräsentierten ein breites politisches Spektrum, dessen kleinster

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Reisefreiheit für alle?

Die Residenzpflicht von Flüchtlingen als Geldmaschine

... so erschien es wohl dem Landkreis Saalekreis in Sachsen Anhalt. Denn die dortige Ausländerbehörde in Merseburg verlangt von allen Flüchtlingen, die aus besonderem Grund den engen Kreis ihrer Residenzpflicht verlassen wollen, zehn Euro. Zehn Euro hört sich nicht besonders viel an. Für mittellose Flüchtlinge ist dieser Betrag jedoch nicht aufzubringen. So reisen viele Flüchtlinge ohne Erlaubnis und werden dadurch zu StraftäterInnen.

Komi E. von der »Initiative Togo Action Plus« hat sich dies nicht mehr gefallen lassen und in einem Gerichtsverfahren Ende Februar diesen Jahres tatsächlich Recht erhalten. 2007 klagte er und nun erging die Entscheidung des Gerichts, dass die Behörde ihm die zehn Euro zurückzahlen muss, denn für eine solche Gebühr gibt es, laut Aussage des Verwaltungsgerichtes Halle-Saale, keine gesetzliche Grundlage. Erstritten zu haben, keine zehn Euro für eine Fahrt aus dem eigenen Landkreis zu bezahlen, klingt wenig. Doch es ist ein kleiner Schritt, der vielleicht in Zukunft zur Aufhebung der Residenzpflicht in Deutschland führen wird.

Denn Deutschlands Regelungen zur sogenannten Residenzpflicht sind innerhalb der EU einmalig. Nur hier gibt es die Residenzpflicht, mit ihrer eigenen kolonialen Tradition. Nur in Deutschland wird die Genfer Menschenrechtskonvention, die Flüchtlingen Freizügigkeit zusichert, systematisch gebrochen und mit bundesverfassungsrichterlichem Segen versehen (Beschluss des BVerfG vom 10. April 1997, 2 BvL 45/92).

NETZWERK
der politische Förderfonds

Deutschland will aber nicht mehr einmalig sein. Es will die Residenzpflicht in allen Ländern des Schengener Abkommens einführen. So soll die Kontrolle von AusländerInnen und Flüchtlingen erleichtert werden. Erschwert wird hingegen das Leben von Flüchtlingen und deren Selbstorganisation. Schon bei einem Besuch bei FreundInnen außerhalb des ihnen zugewiesenen Landkreises droht ein Bußgeld, im Wiederholungsfall eine strafrechtliche Verurteilung. Teilweise werden die Flüchtlinge für mehrere Tage inhaftiert, um sie dann an ihren zugewiesenen Aufenthaltsort zurückzubringen. Ein Aktivist der Flüchtlingsorganisation The »Voice« (Felix Otto) wurde aus diesem Grund 2009 zu acht Monaten Haft verurteilt. Er hatte den Gebietsarrest verlassen, um sich mit seinen MitstreiterInnen zu treffen. Nachdem er seine Haftstrafe abgesessen hatte, wurde er deportiert.

Dass die Länder Brandenburg und Berlin – als Vorreiter – diesen besonderen Tatbestand, den nur AusländerInnen begehen können, nicht mehr verfolgen wollen, ist ein guter Schritt. Der beste Schritt wäre die Abschaffung dieser Sondergesetze für Flüchtlinge und die Abschaffung der Residenzpflicht.

Einen schönen Frühling und genießen Sie Ihre Reisefreiheit.●

Ruben Wesenberg

Mehr Informationen unter:
http://togoactionplus.wordpress.com

VERANSTALTUNGSREIHE »LA VIA CAMPESINA«

BäuerInnen in Bewegung

Seit 1997 finden am 17. April, einem internationalen Tag von »La Via Campesina«, weltweit Aktionen statt, gegen alle Formen der Unterdrückung der ländlichen Bevölkerung.

Von Rolf und Antje, Berlin ● In den letzten 15 Jahren hat diese bei uns wenig wahrgenommene gesellschaftliche Gruppe sich international wieder Gehör verschafft: In »food riots« und zahlreichen anderen Widerstandsaktionen setzen sich Hunderttausende in den Ländern des globalen Südens gegen die Zerstörung ihrer materiellen Lebensbedingungen zur Wehr – zunehmend im Bewusstsein, dass die Glücksversprechen des kapitalistischen Entwicklungsmodells für sie keinerlei Perspektiven bieten.

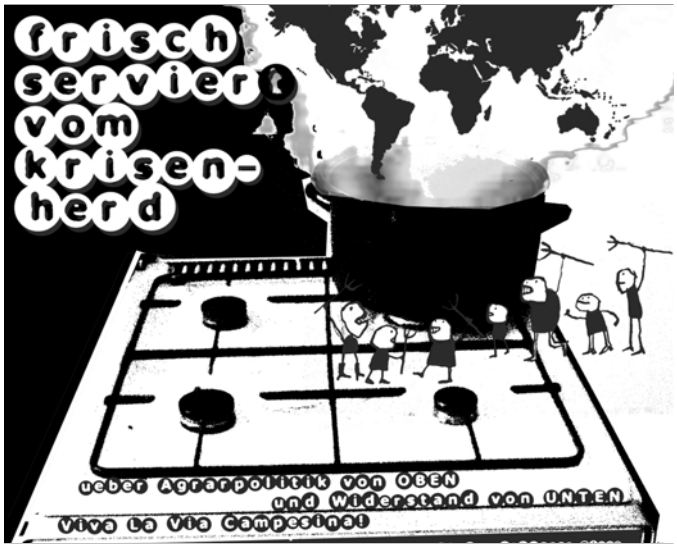
Die aggressive Ausweitung des Weltmarktes seit den 90er Jahren produziert, insbesondere in den Ländern des globalen Südens, soziale und ökologische Katastrophen. Millionen Menschen kämpfen auf immer kleineren Anbauflächen und schlechteren Böden um ihr Überleben. Der Einsatz von Hybridsaatgut sowie die Patentierung von Saatgut bewirken, dass sie ihre eigenen, praktisch kostenfreien Saaten nicht mehr verwenden können. Immer mehr KleinbäuerInnen geraten so in eine zerstörerische Abhängigkeit von den großen multinationalen Agrarkonzernen. Und als neueste Entwicklung erwerben Agrarkonzerne, Regierungen und Investoren vor allem in Asien und Afrika riesige Anbauflächen und bereiten damit den Weg für noch mehr Hunger, Not und Elend. Im Namen von »Wachstum und Fortschritt« produziert die industrielle Landwirtschaft nicht nur soziale Verelendung, sondern auch immense ökologische Schäden.

Ein persönlicher Blick zurück: in meiner Kindheit war »du Bauer« eine stehende Redewendung, um andere herabzusetzen; sie stand für Schmutz, Dumpfheit und Tölpelhaftigkeit. In meiner Jugend in den 68ern sahen wir die Bauern als politisch rückschrittliche Klasse, die in der Entwicklung des Kapitalismus verschwinden würde. 25 Jahre später machte ich mich auf den Weg nach Italien und wurde 12 Jahre lang selbst zum Bauern – eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte.

»Gärtnern kann die Welt retten. Wir sind an einem Punkt, an dem Gärtnern viel ändern kann – materiell, emotional, politisch. Jeder sollte Gärtnern.« Diese Sätze von Vandana Shiva hätte ich vor 20 Jahren belächelt. Heute stimmen sie mich nachdenklich. So nehme ich in den radikalen Kämpfen der indischen Bauern und insbesondere der Bäuerinnen nicht nur ihre Verzweiflung und Wut auf die verbrecherischen Machenschaften von Monsanto und anderen Agrarriesen wahr, sondern auch ihre Kraft, traditionelle Werte und Kulturen zu bewahren und weiterzuentwickeln, Frauen ihre Würde zurückzugeben und neue Formen solidarischer Ökonomie zu experimentieren.

Was tun?

Wir sind aufgewachsen mit einem eurozentristischen Blick auf die Welt. Es ist längst überfällig, diesen Blick hinter uns zu lassen und von dem Reichtum der Kämpfe im globalen Süden zu lernen.



Nach dem Scheitern des realen Sozialismus in Europa sind viele »in ein utopisches Loch gefallen«. Die Kraft zum Träumen ist weitgehend abhanden gekommen. Der offene Blick nach Süden wird uns keine neuen fertigen Antworten bescheren. Aber er kann uns inspirieren, neu und anders zu fragen, wie wir hier leben wollen, wie wir uns eine Zukunft jenseits des kapitalistischen Wachstumsmodells vorstellen. Und wie wir schon heute nicht nur die zerstörerische und verbrecherische Agrarpolitik bekämpfen, sondern auch Alternativen entwickeln können.

Die der Entwicklung des Kapitalismus immanente Tendenz zur Überakkumulation von Kapital hat seit Beginn der 70er Jahre immer wieder Krisen produziert, denen mittels einer gigantischen, weltweiten Umverteilung der Einkommen von unten nach oben begegnet wurde. Staatsinterventionistische Maßnahmen haben bei uns bislang die Konsequenzen der Krise abgefedert. Aber wie lange gelingt das noch?

In anderen Ländern ist die Krise schon ganz anders spürbar. In der Glitzerwelt New Yorks schlossen sich seit den 70er Jahren viele Menschen in den armen Stadtteilen zusammen und begannen in kollektiven Projekten, auf Dächern, Hinterhöfen, ehemaligen Parkplätzen und Schulen, industriellen Ruinen und anderen nicht mehr genutzten Freiflächen Obst und Gemüse anzubauen. Es entstanden Gewächshäuser, Hühnerställe, Weideflächen für Ziegen und Schafe, Fischteiche, Bienenstöcke. Städtische Landwirtschaft ist dort längst kein Nischenphänomen mehr wie noch bei uns. Was hindert uns eigentlich daran, uns das Terrain des ehemaligen Flughafens Tempelhof dafür anzueignen?

Ist die Subsistenzproduktion bestensfalls ein defensives Instrument der Überlebenssicherung in der Reaktion auf die Krisen des Kapitalismus? Oder kann die Wiederbelebung der Subsistenzorientierung unseren Blick für ein Leben öffnen, in dem Produktivität nicht das Maß aller Dinge ist? Kann sie uns bei der Suche nach Formen solidarischer Ökonomie auf neue Ideen bringen? Landwirtschaft und Ernährung sind Fundamente unseres Lebens. Schenken wir ihnen die gebührende Aufmerksamkeit! Lernen wir von »La Via Campesina«.

Via Campesina fordert einen freien Zugang zu und einen nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen Land, Wasser und biologische Vielfalt und setzt sich für eine (klein)bäuerliche, ökologische Landwirtschaft ein, die vor allem für lokale und regionale Märkte produziert. Ihre Forderungen sind gebündelt in dem Konzept der »Ernährungssouveränität«, dem Recht jeder Gemeinschaft, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen. Mit »La Via Campesina« ist eine in ihrer kulturellen Vielfalt, ihrer strikt basisorientierten demokratischen Struktur und ihrer geschlechterparitätischen Orientierung einzigartige internationale Organisation von KleinbäuerInnen, LandarbeiterInnen, Hirten und Fischern entstanden, die nicht nur dem Leben und dem Widerstand von Milliarden Menschen auf dem Land eine Stimme gibt, sondern auch Würde und Stolz.

Zum diesjährigen internationalen Tag von »La Via Campesina« am 17. April haben sich in Berlin einzelne Mitglieder aus den Gruppen »Aktionsnetzwerk Globale Landwirtschaft«, »Barnimer Aktionskreis«, »Gendreck-weg! – Freiwillige Feldbefreiung«, Bioladenkollektiv »Kraut und Rüben«, Kinderbauernhof am Mauerplatz, Attac-Agrarnetz und andere autonome Initiativen mit INKOTA sowie FIAN-Berlin zur Vorbereitung einer Veranstaltungsreihe zusammengeschlossen.

Noch bis Mitte April werden auf Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen sowie Straßenaktionen unter dem Motto »Frisch serviert vom Krisenherd« verschiedene Aspekte der aktuellen Agrarpolitik von oben und des Widerstands von unten öffentlich gemacht, in Solidarität mit den Kämpfen im globalen Süden und der Verbreiterung des Protests und des Widerstands hier bei uns.

Das gesamte Programm sowie zusätzliche Informationsmaterialien sind auf der Internetseite www.globale-landwirtschaft einsehbar.●

FORTSETZUNG VON SEITE 4

gemeinsamer Nenner eine »antistalinistische« Grundhaltung gewesen ist. Die noch heute bekanntesten Verlage im VLB waren in der Mitte der Siebziger Jahre: die SDS-Erben der *Neuen Kritik,* die »Anarchisten« des *Karin-Kramer-Verlages,* die VSA-»Sozialisten« und die »Trotzkisten« von *Olle & Wolter.* Auch Vertreterinnen und Vertreter des *Merve* Verlages fanden sich zusammen mit den »libertären Situationisten« von *Nautilus,* aus dem Frankfurter *Roter Stern* und den literarisch bereits renommierten Verlagen *Wagenbach* und *Rotbuch* ein. Nicht zuletzt gesellte sich die *Frauenoffensive* dazu, welche sich 1975 aus dem Haus der Bewegungsspezialisten des *Trikont*-Verlages heraus verselbstständigt hatte.

Dieser Pluralismus schlug sich auch in den Buchläden nieder. Mit ihren überparteilichen Sortimenten waren sie Literaturdienstleister für die sozialen Bewegungen und politischen Strömungen. Aus Agitationszentralen hatten sie sich Mitte der Siebziger Jahre zu fest installierten Kommunikationsorten und Nachrichtenbörsen innerhalb des linksalternativen Milieus Westdeutschlands entwickelt. Sie bildeten Einkaufsgemeinschaften und standen solidarisch füreinander ein, wenn ein Laden in ökonomische Schwierigkeiten geriet. Im VLB begegneten sich die unabhängigen Verlags- und Buchhandelsprojekte »auf Augenhöhe«.

Anzeige

Schutz für Menschenrechtler

Handlungsspielräume in den Philippinen als Menschenrechtsbeobachter_in ermöglichen

Aktiv werden, Team kennenlernen
I.P.O.N.: Hinrichsenstr. 40, 20535 Hamburg
040-25491947, www.ipon-philippines.org

Bis heute ist ihre freiwillige Assoziation in der Geschichte des deutschsprachigen Buchhandels einzigartig. Sie stellte in den Siebziger Jahren zugleich eines der wenigen funktionierenden Netzwerke des undogmatischen Teils der radikalen Linken dar. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts kam es im Zuge der »Alternativbewegung« zu einer Welle neuer Buchladengründungen, vor allem in der sogenannten »Provinz« (*Zur Schwarzen Geiß,* Konstanz). So segelten Anfang der Achtziger Jahre mindestens 131 Buchläden unter der Flagge des VLB. Mit ihrem Erfahrungsvorsprung konnten die linken Verlage und Buchläden zu dieser Zeit auch selbstverwalteten Projekten aus anderen ökonomischen Bereichen Hilfestellung geben. Viele BuchhändlerInnen brachten ihre Kenntnisse in die Gründung des »Netzwerks Selbsthilfe« ein.

Auswege aus den Siebzigern: Von den Achtziger Jahren bis heute

Als bundesweite Vernetzung entschlief der VLB allerdings um 1980. Er lebte fortan nur noch in kleinen regionalen Diskussionskreisen fort. Die Paralyse der gesamten radikalen Linken im »Deutschen Herbst« (1977) hatte auch ihn erfasst. Zwar wurde noch versucht, an der Repolitisierung der »Alternativbewegung«, zum Beispiel im Rahmen des »Tunix«-Kongresses (1978), teilzunehmen. Doch die aus »1968« heraus erwachsene und den organisierten linken Buchhandel tragende politische Bewegung war großlos schon in zu viele Richtungen auseinandergegangen. Viele, die innerhalb des »Roten Jahrzehnts« (Gerd Koenen) aus dem politischen und ökonomischen System der Bundesrepublik herausdrängten, wurden durch die 1980 gegründete Partei *Die Grünen* wieder aufgesammelt. Mit der Hausbesetzerbewegung und den »Autonomen« betraten in den Städten neue Akteure die politische und kulturelle Bühne, die sich ihre eigenen »Infoläden« errichteten. Die Erfahrungswelten zwischen den alten und der neuen politischen Binnengeneration des linksalternativen Milieus waren sehr unterschiedlich.

Zuvor waren im etablierten Buchhandel bereits erste Hemmschwellen gegenüber den Produkten und noch mehr den Themen politischer Kleinverlage abgebaut worden. Die linken Buchläden verloren ihre Alleinstellungsmerkmale. Wer seine Betätigung im linken Buchhandel in einer längerfristigen Perspektive nun zum Beruf machen wollte, musste Auswege aus den Siebziger Jahren suchen. So konnten gezielte Sortimentserweiterungen (Belletristik, Fantasy-Literatur, Krimis) genauso beobachtet werden, wie Spezialisierungen in Richtung heute typischer Universitäts-Buchhandlungen (*Heinrich Heine Buchhandlung,* Hamburg). Als neuen Zweig etablierten viele zusätzlich ein modernes Antiquariat. Die meisten in den Achtziger Jahren gegründeten Buchläden waren, bis auf wenige Ausnahmen (*Schwarze Risse,* West-Berlin), von vornherein Existenzgründungsprojekte. Alle Versuche, zwischen ihnen eine dem VLB vergleichbare unabhängige Kommunikationsstruktur zu errichten, scheiterten.

Im Jahre 2009 beging der *Rote Stern* in Marburg seinen 40. Geburtstag. Dieses Jahr wird die *Karl-Marx-Buchhandlung* in Frankfurt am Main jenes kritische Alter erreichen. Durch die Siebziger Jahre hindurch gehörten beide Läden zu den Glutkernen des VLB. Seit 1989 sind aus dem Gebiet der alten Bundesrepublik keine neuen Gründungen linker Buchläden mehr bekannt geworden. Im Osten hingegen kam es in einzelnen Städten zu einer Art »nachholender Entwicklung«: Neue, auf Dauer gestellte Projekte gingen aus den lokalen Protestmilieus hervor. Zum Teil bis heute dienen sie ihnen als feste Anlaufstellen (*Buchladen Sputnik,* Potsdam).

Es bleibt abzuwarten, ob zukünftige politische und soziale Bewegungen eine erneute Gründungswelle von Verlagen und Buchhandlungen hervorbringen oder auf die noch verbliebenen zurückgreifen. Und es wird sich dann auch zeigen, ob Bücher im Computerzeitalter überhaupt noch zentrale Wissensvermittler sind.●

Eine Auswahl nützlicher Adressen linker Buchläden (mit Ort und Gründungsdatum):
www.roter-stern.de (Buchhandlung Roter Stern, Marburg, 1969)
www.karl-marx-buchhandlung.de (Karl-Marx-Buchhandlung, Frankfurt am Main, 1970)
www.roter-buchladen.de (Buchladen Rote Straße, Göttingen, 1972)
www.basis-buch.de (Basis Buchhandlung, München, 1972)
www.frauenliteratur.de (Lillemor's Frauenbuchladen, München, 1975)
www.anagramm-buch.de (Der frühere Kinderbuchladen Kreuzberg, Berlin, 1976)
www.heinebuch.de (Heinrich Heine Buchhandlung, Hamburg, 1976)
www.geiss.de (Zur schwarzen Geiss, Konstanz, 1977)
www.schwarzerisse.de (Buchladen Schwarze Risse, Berlin, 1980)
www.sputnik-buchladen.de (Buchladen Sputnik, Potsdam, 2002)

Uwe Sonnenberg, geb. 1976 ist Stipendiat der Rosa Luxemburg Stiftung und schreibt am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Postdam seine Doktorarbeit zur Geschichte linker Verlage und Buchhandlungen in der Bundesrepublik.
Der Text erscheint auch in Marcel Bois/Bernd Hüttner: Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken, Band 2 (kostenloser Download unter www.rosa-lux.de, Rubrik Texte und Publikationen, Unterrubrik rls-papers). Wir danken für die Genehmigung zur Veröffentlichung.

ZEHN ZUKUNFTSWERKSTÄTTEN UND ZUKUNFTSHÄUSER SKIZZIEREN ANSÄTZE FÜR EIN ZUKÜNFTIGES GEMEINWESEN

Zukunftsperspektiven für die Ruhr-Region

Wie geht es weiter an der Ruhr? Wie sieht die Metropole Ruhr in zehn Jahren aus? Wie können verschiedene Religionen und Kulturen, Junge und Alte, Arme und Reiche in einer Metropolenregion zusammen leben und arbeiten? Welche Art von Bildung, welche Qualifikationen und Kompetenzen werden zukünftig benötigt? Welche Wünsche, Träume und Ideen haben Jugendliche zwischen Duisburg und Dortmund, Bottrop und Bochum?

Von Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● Ein Jahr lang haben Jugendliche aus dem Gebiet zwischen Ruhr und Emscher Zeit, sich mit diesen Fragen auseinander zusetzen und in sogenannten Zukunftshäusern an Perspektiven zu arbeiten. Das Projekt »Next Generation« bietet an zehn Standorten in vier Städten Anlaufstellen in Form von Ladenlokalen, Werkstätten oder Jugendräumen. Die beteiligten Jugendlich sollen sich über die Grenzen ihrer Städte hinweg vernetzen. Getragen wird das Projekt vom Schauspiel Essen, dem Schauspielhaus Bochum und der Bundeszentrale für politische Bildung. Im Oktober 2010 soll am Schauspielhaus in Bochum ein gemeinsam erarbeitetes Theaterstück unter der Regie von Nuran David Calis aufgeführt werden.

Gemeinsam auf die Bühne

Der Regisseur Nuran David Calis wurde 1976 als Sohn armenisch-jüdischer Eltern in Bielefeld geboren. Er wuchs im Stadtteil Baumheide, einem sozial schwierigem Viertel auf. Sein Leben in Baumheide und seine Arbeit als Türsteher finden Eingang in seine ersten Theaterstücke: »Dogland«, uraufgeführt 2003 am Thalia Theater in Hamburg, »Dog Eat Dog« und »Café Europa«, uraufgeführt 2006 am Schauspiel Essen. Nuran David Calis wird die zehn Projekte ein Jahr lang begleiten. Unter seiner Leitung gehen die Jugendlichen auf die Bühne des Schauspielhauses Bochum. Gemeinsam werden sie tanzen, singen, rappen und filmen.

Die Ansätze und die Herangehensweise, mit der die zehn Zukunftshäuser in Duisburg, Bochum, Essen und Herne Perspektiven für ihre Zukunft entwerfen wollen, ist sehr unterschiedlich. Im Essener Norden, in Katernberg, will die Musikerin Bernadette La Hengst eine oder mehrere Mädchenbands gründen. La Hengst, die seit mehreren Jahren mit eigenen Musik- und Performance-Projekten auf Konzert- und Theaterbühnen tourt, initiierte 1990 die legendäre Hamburger Girlband »Die Braut haut ins Auge«. Bis zum Sommer sollen die Mädchen aus dem Essener Norden in Workshops mit Bernadette La Hengst ihre eigenen Texte schreiben und Songs komponieren. Nachdem die Stücke geprobt, einstudiert und zu einem Konzertprogramm zusammengestellt sind, geht es anschließend auf eine Tournee durch das Ruhrgebiet.

Fernblick aus dem Medienbunker

Duisburg-Marxloh ist ein Stadtteil mit rund 18.000 Einwohnern. Ein Drittel, etwa 6.000, von ihnen sind Ausländer, der überwiegende Teil dieses Drittels, rund 4.000, sind Türken. Im Zentrum dieses multikulturellen Zusammenlebens steht ein alter Hochbunker. Hier hat sich in den vergangenen Jahren eine professionell arbeitende Kreativszene aus den Bereichen Film, Medien und Video entwickelt, die sich aufgrund ihrer Herkunft und ihrer inhaltlichen Arbeiten explizit auf den Stadtteil bezieht.

Im Medienbunker Marxloh ist ein weiteres Zukunftshaus angesiedelt. Jugendliche aus dem Viertel sollen sich in Workshops ihrer eigenen Geschichte bewusst werden, sollen sich mit dem Strukturwandel ihres Lebensumfelds auseinandersetzen und gemeinsam mit Künstlern und Kreativen Zukunftsvisionen entwickeln. Gemeinsam sollen ein Film und ein Bildband erstellt werden.

Eigene Geschichte aufspüren

Auch an anderen Orten werden in Zukunftshäusern Konzepte entwickelt und Aufführungen geplant: Eine Essener Unesco-Schule wird von Jugendlichen aus über 40 Nationen besucht. Zusammen bauen die Schüler ein Haus der Zukunft, eingerichtet mit allem, was sich die Schüler für einen Ort des Zusammenlebens der Kulturen wünschen. Die Grundsteinlegung ihres »Welt-weit-Eigenheims« soll bei Tanz, Musik, Literatur und kulinarischen Köstlichkeiten gefeiert werden.

Auf der Bühne – getanzte Vision Foto: Diana Küster, Next Generation

Gemeinsam mit Schülern der Region plant die Kulturwissenschaftlerin Mirjam Strunk ein kollektives Gedächtnis des Ruhrgebiets. Auf Wanderungen soll die eigene Geschichte aufgespürt und erschlossen werden und später in Text, Bild und Film festgehalten und archiviert werden. In Bochum-Wattenscheid arbeiten Jugendliche an einer HipHop-Bühnen-Show. Am Institut für Theaterwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum üben Studierende ein szenisches Chorprojekt ein.

Das Deutschlandradio Kultur wird regelmäßig über die Entwicklung und den Fortgang der einzelnen Vorhaben berichten.●

Weitere Informationen:
www.next-generation-2010.de

AUFRUF ZUM KONGRESS IN BERLIN, 1.-3. OKTOBER 2010

Schafft die demokratische Öffentlichkeit!

Unter welchen Bedingungen wird in der Bundesrepublik öffentlich über Politik verhandelt? Wer und was kommt zur Sprache, was bleibt im Dunkeln? Welche Möglichkeiten zum Eingreifen haben wir? Und wie sollte eine politische Öffentlichkeit aussehen, die demokratische Teilhabe ermöglicht? Um solche Fragen geht es auf dem Kongress »Öffentlichkeit und Demokratie« im Herbst 2010 in Berlin.

Der Zustand der politischen Öffentlichkeit löst ein Unbehagen aus, das Oskar Negts These der »unterschlagenen Wirklichkeit« gut beschreibt. Dieser ist in einer Weise fortgeschritten, die man zu Zeiten der »Enteignet Springer!«-Kampagne im Jahr 1968 kaum vorhersehen konnte. Die veröffentlichte Meinung wird nach wie vor von großen Parteien und Verbänden beherrscht. Dass diese Dominanz nicht in Frage gestellt wird, liegt auch an der Krise der Massenmedien als »vierte Gewalt« und an der Krise des kritischen Journalismus. Der Konzentrationsprozess der Medien ist so weit voran geschritten, dass in vielen Regionen Pressemonopole bestehen.

Der Druck von Anzeigenkunden auf die Redaktionen steigt. Teilweise schränken Sparmaßnahmen und repressiver gewordene Produktionsbedingungen die innere Pressefreiheit ein. Die etablierte Öffentlichkeit und insbesondere die kommerziell ausgerichteten Massenmedien tragen eher zur Apathie als zur Aktivierung bei. Öffentlich-rechtliche Medien passen sich der privaten Konkurrenz an. Den Beschränkungen der »vierten Macht« steht das subtile oder auch offene Wirken von Spin doctors und PR-StrategInnen gegenüber, die sich rühmen, beliebige politische Inhalte in den Massenmedien unterbringen zu können.

Die demokratische Öffentlichkeit ist aber auch an anderer Stelle in Gefahr. Trotz informationellen Selbstbestimmungsrechts und Informationsfreiheitsgesetzen werden Geheimbereiche ausgeweitet, während die BürgerInnen der Datensammelwut von Unternehmen und staatlichen Organen ausgeliefert sind. Gerade an der damit verbundenen Praxis ließe sich eine Verlustgeschichte an Publizität bei einer zugleich wachsenden Informationsflut aufzeigen.

Auf lokaler Ebene kämpfen kritische Initiativen häufig mit Ignoranz. Sie haben Probleme, öffentliche Diskussionen und die Selbstermächtigung der BürgerInnen anzustoßen. In einigen Kommunen haben gar Rechtsradikale die Meinungsführerschaft übernommen und offen menschenfeindliche Positionen bleiben unwidersprochen. Wenngleich insgesamt zu Optimismus wenig Anlass besteht, so deutet doch nicht alles in Richtung einer Zerfallsgeschichte politischer Öffentlichkeit.

Auf dem Kongress sollen die vielfältigen Gegenbewegungen zu den geschilderten Entwicklungen analysiert, Möglichkeiten und Grenzen ausgelotet werden. Wie kann man dem Unbehagen, der Gegenrede, eine Stimme geben? – JournalistInnen, MedienaktivistInnen und Blogger können ein wichtiges Korrektiv sein. Bürgerinitiativen bringen Themen auf, die zuvor beschwiegen wurden. Neue Formen von Öffentlichkeit können Meinungsmonopole unterlaufen oder bloßstellen.

Welche Trends werden sich durchsetzen? Die Demokratisierung von Öffentlichkeit und damit die Herstellung von politischer Urteilskraft hängen auch vom Engagement kritischer Einzelpersonen, Initiativen und Bewegungen ab. Der diesem Anliegen gewidmete Kongress soll dafür einen Impuls geben. Aber nur ein längerer, vielgestaltiger, in vielen Foren stattfindender und von vielen Akteuren getragener Prozess wird die Dinge zum Besseren wenden können.

Alle Interessierten – AktivistInnen und Initiativen, politische Organisationen, Gewerkschaften und Fachverbände, Bildungseinrichtungen und Stiftungen, Medienschaffende und MedienwissenschaftlerInnen – sind daher aufgerufen, sich an der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses »Öffentlichkeit und Demokratie« und der ihn begleitenden Aktivitäten zu beteiligen.●

Informationen zur Vorbereitung des Kongresses finden sich unter
www.oeffentlichkeit-und-demokratie.de.

DEUTSCHE MEISTERSCHAFTEN IM POETRY SLAM

Von Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● Anfang März hat im Ruhrgebiet die »Road-to-Slam-2010« begonnen. Im Rahmen dieser Tour treten bekannte deutschsprachige Slamer – das sind ausdrucksstarke Vortragskünstler und Sprachakrobaten – in Bochum, Duisburg, Essen, Herne, Oberhausen und Dortmund auf. Poetry Slam ist ein literarischer Vortragswettbewerb, bei dem selbstgeschriebene Texte innerhalb einer vorgegebenen Zeit einem Publikum vorgetragen werden. Der Sieger wird unmittelbar im Anschluss von den Zuhörern durch Applaus und Zurufe ermittelt. Poetry Slam-Veranstaltungen haben in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren stark an Publikumszuspruch und Popularität gewonnen.

Unter dem Namen »Slam 2010« finden die diesjährigen deutschsprachigen Meisterschaften, im Rahmen der Kulturhauptstadt Europas im Ruhrgebiet statt. Rund 150 Dichterinnen und Dichter aus über 80 Städten werden im Wettbewerb in den Kategorien Einzel, Team und U20 gegeneinander antreten.

»Poetry Slam ist eine neue Lust an Literatur«, erklärt Asli Sevindim, künstlerische Direktorin der Ruhr 2010 GmbH. »Diese Wortkünstler leben ihre Literatur«, erläutert Sevindim. Je nach Befinden des vortragenden Dichters kommt »feine zarte Lyrik, gesellschaftskritische Poesie oder wuchtiger Hip-Hop-Slam« zum Vortrag.

»Insbesondere junge Menschen entdecken dieses Genre für sich«, stellt Martin Husmann vom Vorstand des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) fest, sowohl als Künstler als auch als Zuhörer. Der Verkehrsverbund konnte als Unterstützer und Sponsor des aufwendigen Unterhaltungs- und Vortragsmarathons gewonnen werden. »Die Veranstaltung spricht eine unserer wesentlichen Zielgruppen an und wir unterstützen damit ein Projekt, das vielen unserer jungen Fahrgäste besonders am Herzen liegt«, freut sich Husmann.

Nach mehrmonatigen Vorentscheidungen steigt das große Finale mit über 150 Poetinnen und Poeten am 13. November in der Bochumer Jahrhunderthalle.

Termine unter: www.ruhr2010.de/slam2010

PC-SPIEL »FRONTIER«

Einmal Flüchtling sein

Die Salzburger Künstlergruppe »gold extra« schlägt eine Brücke zwischen Politik und Spiel: In »Frontiers« können Spieler in die Rolle eines Flüchtlings oder Grenzwächters schlüpfen. Und lernen.

Von Carmen Oster ● Für die einen ist es traurige Realität. Für die Spieler des Computerspiels »Frontiers« spielerisches Lernen. Lernen und Erfahren von Grenzen. Davon, wie es einem Flüchtling ergeht, wenn er die »Festung Europa« erreichen will. Das Spiel »Frontiers – you've reached the Fortress Europe« soll ein Knotenpunkt zwischen Politik und Spiel sein.

Der Spieler kann in die Rolle eines Flüchtlings schlüpfen, der alle Gefahren meistern muss, um nach Europa zu kommen. Die Idee dazu hatte der Salzburger Kunstverein »gold extra«. Sonja Prlic, eines der Mitglieder: »Das Thema Flucht hat uns schon immer interessiert. Wir haben schon versucht, die Thematik in Theaterprojekten zu bearbeiten. Doch zu den Aufführungen kamen meist nur Leute, die ohnehin schon eine ähnliche Meinung hatten. Wir wollten aber auch junge Menschen ansprechen. Deswegen haben wir uns für das Computerspiel entschieden.«

»Frontiers« besteht aus dem eigentlichen Online-Spiel, einer Webseite mit interaktiven Features, einer Kommunikationsplattform sowie aus Interviews mit Experten und Migranten. 10.000 Menschen haben sich das Spiel – eine modifizierte Variante von »Half Life2« – bereits heruntergeladen. »Wir wollten, dass das Thema Flucht keine bloße Schlagzeile bleibt, sondern dass die Jugendlichen etwas damit verbinden, es nachfühlen können, Gejagter zu sein.« Um zu recherchieren, reisten die Künstler an Originalschauplätze wie die spanische Exklave Ceuta und in die ukrainisch-slowakische Grenzregion Uschgorod. »Wir haben mit Betroffenen gesprochen. Das gibt noch einmal einen ganz anderen Blickwinkel auf die Thematik«, so Prlic.

Bei »Frontiers« steht vor allem die Zusammenarbeit im Mittelpunkt. »Unser Spiel funktioniert nicht so, dass die eine Seite die andere abschießt.« Als Flüchtling kann man zum Beispiel Grenzbeamte bestechen. Verstoßen die Wachen hingegen gegen vereinbarte Regeln oder die Menschenrechte, gibt's Punkteabzug. Spielen, fühlen und lernen.●

Aus: www.kleinezeitung.at

Das Spiel kann kostenlos heruntergeladen werden. Es ist eine Modifikation von »Half Life2«. Zwei Teams kämpfen gegeneinander. Die Levels basieren auf realen Grenzorten: www. frontiers-game.com

BILDUNGSARBEIT BEI ASA

GLOBALES LERNEN

Globales Lernen mit und vom Globalen Süden

Globales Lernen, Solidarische Ökonomie und das »ASA Programm«. Was hat das Eine überhaupt mit dem Anderen zu tun? Der gemeinsame Nenner heißt Partizipation. Sie ist konstitutives Merkmal des »ASA Programms«, didaktischer Grundpfeiler Globalen Lernens sowie Prinzip und Voraussetzung Solidarischer Ökonomie und nachhaltiger Entwicklung.

Von Nina Herz/Robin Stock ● ASA ist ein Programm des Globalen Lernens. Es wird zu großen Teilen selbstverwaltet, lebt von der aktiven Gestaltung durch seine TeilnehmerInnen und Ehrenamtlichen und bindet diese aktiv in Lern-, Planungs- und Entscheidungsprozesse mit ein. Die diversen Möglichkeiten zum Engagement und zur Mitbestimmung stellen die ASAtinnen und ASAten in den Mittelpunkt des Geschehens. Aktive Partizipation ermöglicht die Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen – gleichermaßen Maxime einer Solidarischen Ökonomie nach unserem Verständnis.

Globales Lernen thematisiert Probleme und Perspektiven weltweiter Entwicklung und bearbeitet dabei auch Chancen und Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns von Süd und Nord. Das Konzept zielt auf eine »Form des Lernens und eine Weise des Denkens, die es erlauben, lokale Gegebenheiten in ihrer Einbindung in den globalen Kontext wahrzunehmen, und dazu zu befähigen, lokales Handeln in Einklang mit globalen Erfordernissen zu bringen.« (Seitz 2002, S. 50). Als eine der wichtigsten Kompetenzen, die Globales Lernen zu fördern versucht, gilt die Fähigkeit aktiv an Entscheidungsprozessen zu partizipieren sowie gemeinsam mit anderen planen und handeln zu können.

Ungerechte Welthandelsstrukturen sowie ökologische und soziale Kosten der kapitalistischen Ökonomie sind gesellschaftsrelevante globale Schlüsselprobleme. Die Alternative der **Solidarischen Ökonomie** bietet sich daher als geeignetes Themen- und Lernfeld für »Globales Lernen« an.

Um die Thematik alternativer Wirtschaftsformen verstärkt in den Programmzyklus und in die Bildungsarbeit zu integrieren, gründete sich auf der ASA-Jahresversammlung im Jahr 2008 die AG »Solidarische Ökonomie«. Gleichzeitig wurde Solidarische Ökonomie zum Jahresthema des Programmzyklus 2009 gewählt. Die gemeinsame Grundlage der Arbeitsgruppe war das Interesse an kollektiven Wirtschafts- und Organisationsformen, die auf den Werten Demokratie, Partizipation, Kooperation und Solidarität basieren. Einige AG-Mitglieder waren bereits im Rahmen ihres ASA-Aufenthalts im Globalen Süden auf solidarökonomische Strukturen getroffen, andere hatten sich im Rahmen ihrer Diplomarbeit mit dem Thema beschäftigt oder planten, dies zu tun. Die AG traf sich daraufhin zu einem ersten Arbeitstreffen auf dem Karlshof, einem Projekt der nicht-kommerziellen Landwirtschaft in Brandenburg, um Inhalte und Methoden für die Bildungsarbeit zu entwickeln und aufzubereiten.

Im Rahmen des AG-Treffens wurden zunächst allgemeine Ziele für die Bildungsarbeit identifiziert: Die Teilnehmenden des ASA Programmzyklus sollten zunächst für das Thema der Solidarischen Ökonomie sensibilisiert werden und diese als mögliche Alternative zu bestehenden Wirtschaftsstrukturen kennen lernen. Ebenso sollte den Teilnehmenden bewusst gemacht werden, dass Deutschland in diesem Fall das »Entwicklungsland« verkörpert und der Globale Süden hinsichtlich solidarökonomischer Strukturen Deutschland und dem »Norden« allgemein viele Schritte vorauseilt. Ziel war es, einerseits die Potentiale, aber auch die Herausforderungen und Schwierigkeiten, die mit SÖ verbunden sind, gemeinsam mit den TN herauszuarbeiten. Im Laufe der Zeit wurden verschiedene Methoden und Materialien entwickelt, die je nach Bedarf für einen Einstieg oder eine vertiefende Beschäftigung mit der Thematik geeignet sind. Dabei war es uns ein Anliegen, die Auseinandersetzung mit dem Wert der Solidarität nicht nur auf rein kognitiver Ebene stattfinden zu lassen, sondern die Einheiten durch innovative und partizipative Methoden, Praxisnähe sowie Raum zur Reflexion didaktisch aufzubereiten. Die folgenden Vorschläge, die in der AG entstanden sind, können dafür als Beispiele dienen:

● ein Sketch, der eine fiktive Begegnung zwischen der Ökonomie, dem Wettbewerb und der Solidarität beschreibt, in dessen Verlauf die Ökonomie bzw. das, was sie in ihrem ursprünglichen Sinne darstellt, zwischen die Fronten der Beiden gerät und sich für eine Seite entscheiden muss. Ziel des ca. 10-minütigen Theaterstücks ist eine Thematisierung der grundsätzlichen Defizite der kapitalistischen und auf Konkurrenz basierenden Ökonomie.

● eine »Albtraumreise«, angelehnt an die bekannte Methode »Traumreise«, die als Reflexionshilfe zu Arbeitsbedingungen und Hierarchieformen dient. Die Teilnehmenden hören dabei eine kleine Geschichte über Arbeitsbedingungen in einem fiktiven Discounter, um sich als Einstieg ins Thema mit der folgenden Frage auseinanderzusetzen: »Wie möchte ich NICHT wirtschaften«?

● eine simulierte Betriebsgründung (Planspiel): Der Leitgedanke, der hinter diese Methode steckt, ist die Frage, wie man im Kleinen das verwirklichen kann, was man sich für das große Ganze wünschen würde. Das Szenario bildet die Gründungsversammlung eines solidarökonomischen Betriebes. Die Teilnehmenden sollen daraufhin in der Gruppe gemeinsam die Grundlage für das Statut des Betriebes erarbeiten. Anschließend wird das Ergebnis diskutiert und ggf. mit parallel arbeitenden Gruppen verglichen. Im Rahmen des Planspiels werden die zentralen Aspekte der Solidarischen Ökonomie thematisiert, die Teilnehmenden erleben so im spielerischen Prozess, was ihnen persönlich wichtig ist. Sie entwickeln eine »eigene« Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem. Unabdinglicher Bestandteil der Methode sind die Prozess- und Ergebnisauswertung sowie der Lerntransfer, in dessen Rahmen u.a. die Zufriedenheit mit dem Ergebnis, dessen Realisierbarkeit sowie Dynamiken im Entscheidungsfindungsprozess thematisiert werden.

● Einen weiteren wichtigen Bildungsbaustein bietet der aus einem ASA Projekt entstandene Film »Viva a Alternativa«, der sich mit Solidarischer Ökonomie in Deutschland und Brasilien auseinandersetzt (weitere Informationen zu diesem Projekt im Artikel von Dominik Zimmer).

● Zwei Mitglieder der AG haben sich im Rahmen ihrer Diplomarbeit näher mit Solidarischer Ökonomie in Brasilien und Venezuela befasst. Zu beiden Ländern wurden Workshops entwickelt, die vor allem die Rolle des Staates in der Förderung Solidarischer Ökonomie und dessen Wirkung thematisieren.

● Ebenso entstanden ist ein Flyer, der grundlegende Informationen über Solidarische Ökonomie, Definitionen, Literaturtipps sowie eine praktische Alltagshilfe enthält.

● Alle Methoden und Materialien stehen auf der Website www.vomsuedenlernen.de bereit, weitere Informationen sind per Email unter info@vomsuedenlernen.de erhältlich.

Die angeführten Bildungsbausteine wurden auf den Vor- und Nachbereitungsseminaren des ASA-Programms erprobt und stießen auf ein sehr positives Feedback. Ein maßgeblicher Grund dafür war, dass die Bildungseinheiten sich nicht auf eine bloße Kritik des Status Quo konzentrierten, sondern konkrete Handlungs- und Gestaltungsoptionen durch die Beschäftigung mit gelebten Alternativen aufgezeigt wurden. Ein übergreifendes Anliegen unserer Arbeit war die allgemeine Vorstellung einer entwicklungspolitischen Einbahnstraße von Nord nach Süd mit Hilfe dieser Thematik zu dekonstruieren. Unter dem Motto »Vom Globalen Süden lernen« wurde Deutschland (nicht nur) in Sachen Solidarischer Ökonomie als »Entwicklungsland« identifiziert, dass sich an der Infrastruktur und Vernetzung Solidarischer Ökonomie im Süden orientieren kann.

Das »ASA Programm« steht unter dem Leitsatz »Lernen + Erfahren + Bewegen«. Über ihre Lernerfahrungen und Erlebnisse aus der Praxis Solidarischer Ökonomie im Norden und Süden berichten Dominik Zimmer und Kai Schulze in ihren Artikeln »Gefördert und vernetzt« und »Lernen aus der Praxis«.●

Die AutorInnen leben und arbeiten in Berlin und sind bei FairBindung e.V./AG Solidarische Ökonomie ASA Programm engagiert.

Bildungsarbeit zu Solidarischer Ökonomie bei ASA Foto: ASA Programm

ASA

ASA ist ein Programm des Globalen Lernens, das sich für eine sozial gerechte und eine weltweite nachhaltige Entwicklung einsetzt. Dabei haben junge Menschen, unterstützt durch ein Teilstipendium, die Möglichkeit an einer Kombination aus Seminaren und einer Praxisphase in einem Land Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Südosteuropas teilzunehmen.

Anschließend werden die Teilnehmenden dabei unterstützt, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren und vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen als MultiplikatorInnen des Globalen Lernens aktiv zu werden.

Die Bewerbungsfristen für dieses Jahr sind leider bereits vorüber. Der neue Projektkatalog erscheint voraussichtlich im November 2010. Bis zum September können neue Projekte vorgeschlagen werden – sehr gerne mit einem Schwerpunkt auf Solidarischer Ökonomie.

Weitere Informationen: www.asa-programm.de

Foto: Dominik Zimmer

Schornstein der Zuckerfabrik Usina Catende in Brasilien, siehe Beitrag Seite 9

Anzeige

LIBERTÄRES STADTMAGAZIN
WOHNPROJEKTE
KOLLEKTIVBETRIEBE
ALTERNATIVPÄDAGOGIK
STADTTEILLÄDEN
CYBERSPACE
... und vieles mehr
ein emanzipatorisches Medienprojekt aus Berlin
www.stadtmajazin.de

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft
Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.
VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-
Vorname, Name
Straße, Nr.
PLZ, Wohnort
Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.
Datum, Unterschrift
Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

BAUSTELLE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

GLOBALES LERNEN

Das Beispiel der Kooperation zwischen AMNSI und FairBindung

Im Sommer 2007 wird mit dem »Export« von 20 kg grünem Kaffee eine Kooperation zwischen AMNSI und FairBindung begründet. Nicht mit einem Containerschiff, sondern in Backpacker Rucksäcken finden die ersten grünen Bohnen ihren Weg nach Berlin. Ohne Erfahrung und ohne Ausbildung in Außenhandel oder Steuerrecht entsteht aus dem kleinen Sack Kaffee der Wunsch solidarische Ökonomie in die Praxis umzusetzen. Anhand der Kooperation zwischen der Kooperative AMNSI in Guatemala und dem Kollektiv FairBindung in Berlin soll beschrieben werden, wie solidarische Ökonomie aussehen kann und worin ihre Schwierigkeiten besteht.

Marius Haberland, FairBindung e.V. ● Der Sommer 2007 ist zwar der offizielle erste »Akt« solidarischer Ökonomie zwischen AMNSI und FairBindung, die Wurzeln dieser Kooperation reichen jedoch weiter in die Geschichte zurück. Beide Organisationen waren bereits vorher mit den Gedanken einer alternativen Wirtschaft in Berührung gekommen.

Nach dem Ende des 30jährigen Bürgerkrieges in Guatemala war es das Bestreben der aus den Bergen zurück kehrenden Gueriller@s die Ideen aus der sozialen Revolution im zivilen Leben zu verwirklichen. So entstand bereits im mexikanischen Exil ein Zusammenschluss von Gueriller@s mit dem Ziel der Gründung einer Kooperative. Hinzu kam, dass die Realität der Geberstaaten sie auch zum kollektiven Handeln zwang. Geld von der Europäischen Union wurde nur an legale Organisationen ausgeliehen, nicht an einzelne Individuen.

Der Kaffee von FairBindung Foto: FairBindung

So wurde 1998 die Kooperative AMNSI (Asociación Maya Nueva Sembrador Integral) gegründet. Neben dem wirtschaftlichen Bereich der Organisation wurden Spenden von internationalen Solidaritätsnetzwerken dazu verwendet, besonders bedürftigen Familien ein Bildungsstipendium für ihre Kinder auszuzahlen. Der Haupteinnahmezweig wurde der Anbau und der Verkauf von Kaffee. Stets achteten die Mitglieder der Kooperative darauf, dass ihr Handel nicht nur sie selber begünstigte, sondern gleichfalls der gesamten Gemeinschaft zugute kommt.

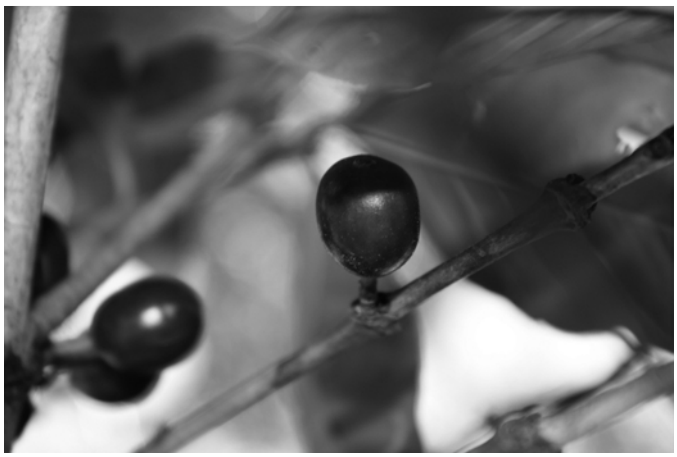
So versuchte AMNSI über mehrere Jahre hinweg erfolgreich den Kaffeepreis in die Höhe zu treiben. Sie orientierten sich dafür an den Preisen der Zwischenhändler, boten jedoch stets fünf Quetzales mehr für einen Sack Kaffee. Die Zwischenhändler mussten also am nächsten Tag ihre Preise angleichen, woraufhin AMNSI wieder um fünf Quetzales erhöhte. So entwickelte sich im besten Fall eine aufwärts strebende Spirale. Im Resultat führte dies 2004 zu einer Verdoppelung des Kaffeepreises in der Region. Damit konnten die Bauern der ganzen Region ein höheres Einkommen erzielen.

Trotz des Einsatzes für die Gemeinschaft, haftet AMNSI jedoch bis heute der negative Hauch den bewaffneten Gueriller@s an. AMNSI war 2004 auf dem Weg nicht nur den Mitgliedern, sondern auch Teilen der Gemeinschaft eine Verbesserung ihrer Lebensumstände zu ermöglichen. Die Organisation hatte sich wirtschaftlich derart gut entwickelt, dass sie 2005 bereits erwog, eine eigene Kaffeeverarbeitungsmaschine zusammen mit vier weiteren Kaffeekooperativen zu kaufen. Doch die Kooperative war nicht auf eventuelle Naturkatastrophen vorbereitet, und schon gar nicht dagegen versichert. Die fast vollständige Zerstörung sowohl der Kooperative als auch ihrer Ernte durch den Hurrikan Stan 2005, bedeutete das Ende des sozial-politischen Projektes von AMNSI. Die Schäden waren zu groß, um aus eigener Kraft den Neuanfang zu bewerkstelligen. Hilfe von außen wurde notwendig.

In dieser Zeit entstand eine Kommunikation zwischen AMNSI und dem noch nicht gegründeten Kollektiv »FairBindung«. FairBindung agierte damals noch als lockerer Zusammenschluss von AktivistInnen und beschäftigte sich hauptsächlich mit Empowerment und Ideen radikaler Demokratie (Vgl. Kasten über FairBindung). Bewegt von der Geschichte von AMNSI und neugierig auf ein Experiment mit solidarischer Ökonomie wurde die Idee einer solidarischen Kooperation im Vertrieb von Kaffee in Erwägung gezogen und Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt.

Am deutlichsten kommt das Bestreben nach einer solidarischen Kooperation in der Preisbildung des Kaffees zum Ausdruck. Nicht die Börse und der Weltmarkt diktiert den Lohn, den die Bauern für ihre Arbeit erhalten, sondern die Einschätzung der Bauern wieviel der Kaffee für sie wert ist und sie für ihr Leben brauchen. De facto stellt FairBindung eine bestimmte Summe an Geld zur Verfügung und AMSNI entscheidet, wie viel Kaffee sie dafür abgeben können und wollen. Dies schlägt sich natürlich in einem deutlich höheren Preis für den Kaffee im Verkauf in Deutschland nieder. Dafür ist dieser dann auch wirklich »fair« gehandelt, selbst wenn wir auf eine Zertifizierung hierfür bewusst verzichten.

Ein anderer solidarischer Aspekt wurde bald auch für die AktivistInnen von FairBindung essentiell: Die Ratschläge und Hilfestellungen anderer Kollektive aus Deutschland. Dieser Wissenstransfer war maßgeblich für den bisherigen Erfolg des Projektes verantwortlich. Ohne die unmittelbare und unbürokratische Unterstützung bei Fragen des Steuerrechtes, des Importes



Kaffee Kirschen Fotos: FairBindung

oder der Rechtsform hätte ein Projekt wie dieses nicht gelingen können.

Rückblickend formen sich einige Erfahrungen wunderbar in das Idealbild einer solidarischen Ökonomie. Der Prozess nahm seinen Ursprung nicht im Norden, sondern hat seine Wurzeln in den sozial-politischen Kämpfen der 80er und 90er Jahre in Guatemala und der solidarischen Praxis von AMNSI. Beide Kooperativen organisieren sich basisdemokratisch und engagieren sich auch über die wirtschaftliche Tätigkeit hinaus für das jeweilige Gemeinwesen. Auch das Zustandekommen der Kooperation kann durchaus als vorbildlich für ein Projekt der solidarischen Ökonomie gelten: Hilfe zur Selbsthilfe.

Doch dieser Prozess ist auch mit vielen Schwierigkeiten und Herausforderungen verbunden. Schon die ersten Kaffeelieferungen aus Guatemala machen dies sehr deutlich. Geringe Kenntnisse über den Importprozess, große bürokratische Hürden, lähmende Entscheidungsstrukturen und eine mangelnde Kommunikation zwischen Berlin und Santiago Attitlán schmälern den solidarischen Charakter. Zwar ist AMNSI nicht abhängig vom Verkauf des Kaffees an FairBindung, doch schafft die fehlende Routine Unsicherheiten. Ein gemeinsamer Weg mit verbindlichen Absprachen und einer regelmäßigen Kommunikation, die Transparenz schafft, sind die notwendigen Verbesserungen auf dem Weg zu einer immer solidarischer werdenden Ökonomie, nicht nur in diesem Beispiel.

Schließlich kann in Bezug auf die Frage: »Vom Süden lernen?« mit einem »jein« geantwortet werden. Zwar wäre das Experiment nie gewagt worden, ohne die inspirierende Kraft der Solidarität der Mitglieder von AMNSI. Andererseits wäre das Projekt sehr schnell an seine Grenzen gestoßen, hätte es nicht auch eine Solidarität unter den Projekten im globalen Norden gegeben. Ein langer (Lern)Prozess steht noch bevor. Nicht nur für FairBindung und AMNSI, sondern für die gesamte Solidarische Ökonomie.●

SCHULE FAIRÄNDERN

SchülerInnen erschaffen sich ihr eigenes Lernfeld

Ein wichtiges Anliegen von »FairBindung« ist es, verknüpfend zum solidarischen Handel mit der Kooperative AMNSI und dem dazugehörigen Kaffeeverkauf in Deutschland, Bildungsangebote zu schaffen, die es vor allem jungen Menschen ermöglicht, sich mit alternativen Handelsstrukturen und Nachhaltigkeit zu befassen. In den vergangenen Jahren wurden viele Veranstaltungen durchgeführt, bei denen sich vor allem Schülerinnen und Schüler mit Fragen zur Nachhaltigkeit, dem Fairen Handel und den bestehenden Welthandelsstrukturen beschäftigen konnten.

Arun Hackenberger, FairBindung e.V. ● Es wurden viele Gedankenanstöße vermittelt und oftmals waren die SchülerInnen nach den Workshops motiviert, sich weitergehend mit den Themen zu beschäftigen. Teilweise konnte dieser Wunsch durch Angebote von unserer Seite aufgegriffen werden und in wenigen Fällen haben auch engagierte LehrerInnen versucht, die Themen im Schuljahr weiterhin zu platzieren. Wie die eigenen Erfahrungen mit den Rückmeldungen von SchülerInnen und LehrerInnen aber zeigen, mangelt es bisher an potentiellen Handlungs- und Gestaltungsoptionen im Schulalltag und die SchülerInnen werden nur vereinzelt ermutigt und befähigt mitzugestalten, mitzuentscheiden und Verantwortung zu übernehmen.

Häufig wird von Seiten der LehrerInnen eine noch mangelnde Ausbildung zu den genannten Themen beklagt und angemerkt, dass beispielsweise Themen wie Globalisierung und Welthandel für die SchülerInnen häufig abstrakt bleiben und sie diese mit ihrem Alltag kaum in Verbindung bringen. Dabei sind sich Lehre-

Foto: FairBindung

rInnen, SchülerInnen und in der Bildungsarbeit aktive Vereine darin einig, dass das Verständnis der globalisierten Welt nur aus der konkreten Auseinandersetzung mit deren Auswirkungen in der unmittelbaren Lebenswelt der SchülerInnen entwickelt werden kann. Das beispielsweise im längerfristigen, direkten Süd Nord Austausch ein hohes Potential liegt, haben unsere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit SchülerInnen der Friedrich Ebert Oberschule bewiesen. Der direkte Kontakt zwischen den SchülerInnen und einer guatemaltekischen Kooperative hat neben realen Verbesserungen in Guatemala und Berlin auch vielfältige Lernprozesse angeregt.

Aus den gemachten Erfahrungen entstand im Herbst 2009 die Idee, SchülerInnen vermehrt über einen längeren Zeitraum zu begleiten um ihre Impulse aufzugreifen und diese in konkrete und erfahrbare SchülerInnen-Projekte einbetten zu können. Das Projekt *Schule fairändern* startet nun im Frühjahr 2010 in Berlin und zielt darauf ab, dass sich die beteiligten SchülerInnen Kompetenzen aneignen, die sie dazu befähigen, die komplexen Herausforderungen

Fortsetzung nächste Seite

FairBindung e.V.

FairBindung ist ein Projekt, das sich für eine solidarische und nachhaltige Ökonomie einsetzt. Hervorgegangen aus einer studentischen Initiative vertreibt der Verein heute solidarisch gehandelten Kaffee einer Kooperative aus Guatemala und kofinanziert damit seine Bildungsarbeit zum Thema Nachhaltigkeit und Solidarische Ökonomie. Der Kaffee-Import dient dabei als Ansatz einer solidarisch geprägten Wertschöpfungskette von den ProduzentInnen über die Weiterverarbeitung und den Vertrieb bis hin zu den KonsumentInnen.

Ziel von FairBindung ist es, eine kritische Reflexion unserer kapitalistischen Ökonomie und unseres konsumgeprägten und auf ständigem Wachstum beruhenden Wirtschaftsmodells mit der praktischen Suche nach Alternativen zu verknüpfen.

Informationen über FairBindung, den Kaffee und die Bildungsarbeit: www.fairbindung.org

GEFÖRDERT UND VERNETZT

GLOBALES LERNEN

Solidarische Ökonomie erkämpft sich ihren Platz in der Gesellschaft

Ich gebe zu, bevor ich in Brasilien war, hatte ich noch nicht viel über Solidarische Ökonomie gehört. Erst als ich durch das ASA-Programm die Gelegenheit bekam, für jeweils drei Monate die Arbeit zweier Organisationen in Kassel und in der Stadt João Pessoa im nordöstlichen brasilianischen Bundesstaat Paraíba verfolgen zu dürfen und darüber einen Dokumentarfilm zu drehen, beschäftigte ich mich eingehender mit der Thematik.

Dominik Zimmer, AG Solidarische Ökonomie ASA Programm ● Der Ansatz des ASA-Projektes gefiel mir: Der Film sollte mit zwei deutschen und zwei brasilianischen ProjektteilnehmerInnen durchgeführt werden. So erhielten beide Seiten die Möglichkeit, die Realität des jeweils anderen Landes kennen zu lernen. Als die Projektphase begann wurde schnell klar, dass das auch sehr sinnvoll war, denn unsere PartnerInnen aus Brasilien verfügten über viel mehr Erfahrung mit Solidarischer Ökonomie als Thorsten, mein deutscher Projektpartner, und ich. Wir waren zu Beginn also die Lernenden – eine auf den ersten Blick überraschende, aber extrem wichtige Situation, da wir unser Projekt so wirklich als Zusammenarbeit empfanden und lernten, dass die Vermittlung von Wissen immer in zwei Richtungen erfolgen muss, um Probleme verstehen und lösen zu können. Parallel zu unseren eigenen Erfahrungen wurde uns diese Sichtweise auch auf den Vorbereitungsseminaren des ASA-Programms vermittelt.

Brasilien ist Deutschland weit voraus, was die Infrastruktur einer Solidarischen Ökonomie angeht. Daran haben die Incubadoras einen großen Anteil. Diese Organisationen, die zu den wichtigsten Motoren der Solidarischen Ökonomie in Brasilien gehören, gibt es in Deutschland nicht. Incubadoras unterstützen Menschen, die eine Kooperative gründen wollen, logistisch und finanziell. Sie begleiten den Prozess der Unternehmensgründung und beraten die GründerInnen vor allem im Hinblick auf die neue gemeinschaftliche Arbeitsform, mit der viele noch wenig Erfahrung haben.

Zuckerpresse Foto: Dominik Zimmer

Wichtig ist, dass eine Incubadora keine Vorgaben, sondern nur Angebote macht. Alle Entscheidungen und Leitlinien des Betriebs werden ausschließlich von der Belegschaft festgelegt. Hierarchiefreie Strukturen werden so schon bei der Gründungsberatung festgelegt. Eine Incubadora reagiert auf Kontaktierungen durch interessierte Gruppierungen oder Unternehmen, sie versucht aber auch selbst, Bedürfnisse in lokalen Gemeinschaften aufzuspüren und Potenziale in der Bevölkerung freizusetzen.

Jeder Betrieb in Brasilien kann die Unterstützung einer Incubadora anfordern – vorausgesetzt, er will die Prinzipien der Solidarischen Ökonomie umsetzen. Während sich in Deutschland eine Gründung für selbstverwaltete Unternehmensstrukturen schwieriger gestaltet als für kapitalistische Formen, wird dies in Brasilien sogar speziell gefördert. Im brasilianischen Arbeitsministerium gibt es ein spezielles Sekretariat für Solidarische Ökonomie, das Geld an Universitäten verteilt. Diese leiten die Mittel weiter an die Incubadoras, die dort stationiert sind. Die Arbeit der Incubadoras wird dadurch ermöglicht, dass staatliche Universitäten in Brasilien anders als in Deutschland explizit den Auftrag haben, in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Das beeindruckendste Projekt der Solidarischen Ökonomie in Brasilien ist die Zuckerrohrfabrik Usina Catende im Staat Pernambuco. In unserem Dokumentarfilm verwendeten wir sie als Beispiel für die Dimension, die ein solidarisch-ökonomisches Projekt erreichen kann. Noch zu Beginn der 80er Jahre war Catende die größte Zuckerfabrik Brasiliens. Die Militärdiktatur schoss reichlich Subventionen vor, die unwürdigen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten wurden nicht kontrolliert. Doch als dieser doppelte Schutz durch die Regierung wegfiel, wurde schnell klar, dass die Besitzer keinen Plan B gehabt hatten. Die Fabrik ging nach dem Ende staatlicher Hilfen in Konkurs. Als die Arbeiter entlassen werden sollten, wehrten sie sich aber und erreichten nach jahrelangem Streit eine Übernahme der Fabrik und eine Weiterführung in Selbstverwaltung.

Catende ist heute ein kompliziertes Konstrukt aus autonomen Strukturen, durch die die Beschäftigten Entscheidungsbefugnis über so wichtige Dinge wie die Produktionsmenge erhalten und einer unabhängigen Verwaltungsgesellschaft der Konkursmasse. Letzteres ist bei der Übernahme eines so gigantischen Projektes wie Catende, von der die Ernährung von 20.000 Menschen abhängt, zumindest zu Beginn unumgänglich.

Vielleicht, so sagt der Universitätsprofessor und Catende-Experte José Francisco Melo Neto, werde eine vollkommene Selbstverwaltung niemals möglich sein. Aber alleine der Erkenntnisgewinn, den die ArbeiterInnen durch die Übernahme erreicht hätten, sei unter normalen Arbeitsbedingungen niemals möglich gewesen. Natürlich gebe es Rückschläge, Selbstverwaltung sei eben immer auch ein harter Lernprozess. Aber zumindest könne man stolz darauf sein, dass das Projekt noch laufe und tausende von Familien ernähre. Das ist nicht selbstverständlich. Um Catende herum haben in den letzten Jahren mehrere Zuckerfabriken in ähnlicher Größenordnung schließen müssen.

Usina Catende Foto: Dominik Zimmer

Catende, das wurde uns beim Filmemachen aber auch klar, ist eine Ausnahmeerscheinung, ein Vorzeigeprojekt. Die Dimensionen beim Aufbau eines »normalen« solidarisch-ökonomischen Betriebs sind um ein Vielfaches kleiner. Für gewöhnlich sind es kleine Gruppen, die z.B. eine Bäckerei betreiben oder Kunsthandwerk herstellen wollen. Professor Francisco Xavier von der Incubadora INCUBES, die an der Universidade Federal de Paraíba (Staatliche Universität Paraíba, kurz UFPB) mehrere Projekte betreut, weiß um die Schwierigkeiten: »Die Begeisterung zu Beginn eines Projektes weicht vor allem bei Jugendlichen schnell, wenn zu Beginn kein Gewinn erwirtschaftet wird.« – was der Regelfall ist. »Die Eltern fragen dann schon nach, warum sie nicht woanders arbeiten gehen.« So herrscht oft eine hohe Fluktuation in den Projekten und manchmal liegen sie auch für längere Zeit auf Eis. Wichtig ist dann, dass es zumindest einen festen Kern gibt, der trotz aller Schwierigkeiten weitermacht. Ist das der Fall, können Erfolgsgeschichten, wie die des Kleinbetriebes »Tok Limpo« aus dem Armutsviertel Timbó entstehen. Dort mischen Jugendliche Putzmittel zusammen und vertreiben sie mit VertreterInnen und in Supermärkten im eigenen Viertel. Schon bald konnte »Tok Limpo« sich einen festen Kundenstamm etablieren,

Fortsetzung Seite 13

Solidarische Ökonomie

Was Solidarische Ökonomie bedeutet, dazu gibt es zahlreiche verschiedene Ansätze und Ideen. Wir verstehen unter Solidarischer Ökonomie solche Formen des Wirtschaftens, die nicht individuellen Vorteil und Profit zum Ziel haben, sondern die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse auf der Basis von Solidarität, Kooperation und Demokratie in den Mittelpunkt stellen.

Damit stellt das Konzept der Solidarischen Ökonomie eine Kritik an der heutigen kapitalistischen Marktwirtschaft dar, die von Konkurrenz, Wettbewerb und Gewinnmaximierung geprägt ist. Die Solidarische Ökonomie bleibt jedoch nicht bei dieser Kritik stehen, sondern ist vor allem die Erprobung von wirtschaftlichen Alternativen in der Praxis.

Solidarische Ökonomie bedeutet unserer Meinung nach:

- basisdemokratische und partizipative Strukturen, in denen alle Beteiligten das gleiche Mitspracherecht haben;
- nicht für den persönlichen Profit zu wirtschaften, sondern sich an den Bedürfnissen der MitarbeiterInnen sowie der Gemeinschaft zu orientieren;
- nicht zu konkurrieren, sondern zu kooperieren und sich solidarisch zu unterstützen;
- aus eigener Initiative und basierend auf Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe zu wirtschaften.

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 8

der globalisierten Welt zu verstehen, um innerhalb dieses Gefüges fähig zu werden, eigenständig Alternativen zu durchdenken, zu handeln und zu gestalten.

Zu Beginn der Zusammenarbeit zwischen den SchülerInnen und *FairBindung* werden mit den SchülerInnen gemeinsam in Vorträgen und vertiefenden Workshops verschiedene Themenfelder behandelt und diskutiert. Ebenso wird thematisiert, welche Rolle die Schule in diesem Rahmen einnimmt, um ausgemachte Schwierigkeiten mit dem alltäglichen Leben zu verknüpfen. Um den Lernprozess zu intensivieren und zunehmend partizipativ zu gestalten, werden mit den SchülerInnen AGs gegründet, in denen sie eigene Ideen entwickeln, wie sie an ihren Schulen aktiv werden wollen. Die AGs werden dann je nach den Bedürfnissen der SchülerInnen über mehrere Monate unterstützend und prozessorientiert von uns begleitet.

Mögliche praktische Aktionsfelder für die SchülerInnen sehen wir beispielsweise in der Einführung von fair gehandelten Produkten an der Schule (z.B. in der Cafeteria) oder auch die »Fairänderung« des Beschaffungswesens der Schule. Ein großes Lernfeld bildet die Gründung von SchülerInnen-Unternehmen (SU), die sich im Kern von den an der Schule herrschenden Strukturen von Wettbewerb und Konkurrenz unter den SchülerInnen und dem Gedanken der wirtschaftlichen Verwertbarkeit der SchülerInnen und der Schule als solche, loslösen. Den SchülerInnen wird ermöglicht, sich den Themen der Nachhaltigkeit, Solidarität und Partizipation konkret in ihrem wirtschaftlichen Handeln und ihrer inneren Unternehmensstruktur anzunehmen und vorherrschende Wirtschaftsideologien im kritischen Vergleich zu hinterfragen. Zugleich schafft dies die Basis für eine handlungsorientierte Verbindung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielsetzungen. Durch den Prozess der Gründung von nachhaltig und solidarisch wirtschaftenden SU werden abstrakte Themen wie Partizipation, arbeiten mit flachen Hierarchien, basisdemokratische Entscheidungsstrukturen etc. konkret erfahrbar und es zeigt sich, dass Alternativen zu herrschenden kapitalistischen Strukturen nicht nur theoretisch möglich, sondern konkret umsetzbar und lebbar sind.

Die Schule steht im gesamten Projekt im Mittelpunkt des Geschehens, da sie zeitgleich Ort der Wissensaneignung, als auch der Ort der Projektumsetzung ist. Somit wird die Schule im Rahmen der SchülerInnenprojekte als selbstbestimmtes Lernumfeld erfahrbar, wodurch die SchülerInnen ihre Motivation zu Handeln und ihr eigenes Engagement in einem ihnen bekannten Rahmen umsetzen können. Im Laufe dieses Selbstlernprozesses entwickeln die SchülerInnen eigenständig Lösungsansätze, indem sie an ökonomischen Realitäten ansetzen und selbst eine Plattform an den Schulen für aktive SchülerInnen schaffen, um Globalisierung gerechter zu gestalten und individuell Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung zu übernehmen.

Wir sind natürlich gespannt, inwieweit die LehrerInnen und Schulen die angestrebte Selbständigkeit der SchülerInnen mitgehen werden. Es wird den SchülerInnen wohl dann am leichtesten Fallen, wenn sie selbst von ihren Ideen und deren Umsetzbarkeit überzeugt sind und wir hoffen, den SchülerInnen im Laufe unserer Begleitung anhand von *FairBindung* stets zeigen zu können, dass solidarökonomische Ideen und Strukturen eben nicht bloß graue Theorie sind, sondern gelebte Alternative weltweit und konkret vor ihrer eigenen Haustür sind.●

LERNEN AUS DER PRAXIS

GLOBALES LERNEN

Solidarische Ökonomie in Ecuador

Nach umfassender Handelsliberalisierung und mehreren ökonomischen Schocks im Laufe der neunziger Jahre steckte Ecuador zum Jahrtausendwechsel in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise.

Der Veterinär von COAGRO Foto: Kai Schulze

Kai Schulze, ASA Teilnehmer 2009 ● Nach Angaben des *Instituto Nacional de Estadísticas y Censos* (INEC) verdoppelte sich der Anteil der Armen von 34% auf 71%, und der Anteil der extrem Armen verdreifachte sich beinahe von 12% auf 31%. Die ökonomische Ungleichheit, die schon in den frühen 1990ern angestiegen war, verschlechterte sich weiter; letztendlich wurde die Landeswährung, der Sucre, vom Dollar abgelöst. Die ökonomischen Maßnahmen führten vor allem auf dem für die ländliche Bevölkerung so wichtigen Agrarmarkt zu einer hohen Machtkonzentration mit der Folge, dass Kleinbauern mit den Marktpreisen nicht mehr konkurrieren konnten und abgesehen von der Selbstversorgung keine weiteren Einkommen erzielten.

Als Ausweg und Reaktion auf diese Entwicklungen sind nach einer Studie von USAid ungefähr 700.000 Mikrounternehmen entstanden, d.h. kleine Unternehmen mit maximal zehn Angestellten, wobei 70% der Mikrounternehmen aus einer Person bestehen. Je nach Studie arbeiten zwischen einer und 1.7 Millionen Menschen in diesem Sektor und erwirtschaften damit etwa ein Viertel des ecuadorianischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Diese Unternehmen sind grundsätzlich nicht solidarökonomisch, dennoch sind viele Akteure in Genossenschaften organisiert, arbeiten nach ökologischen Grundsätzen und sind mit einem vergleichsweise sehr geringen Exportanteil und hohem Einzelhandelsanteil sehr stark an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung ausgerichtet.

Das Konzept der solidarischen Ökonomie scheint erst in den letzten Jahren Beachtung in der Öffentlichkeit zu finden, was sicherlich hauptsächlich an der durch den aktuellen Präsidenten Rafael Correa repräsentierten »Bürgerrevolution« liegen mag. Viele Elemente der solidarischen Ökonomie – wie Genossenschaften oder selbstverwaltete Betriebe – existierten schon vorher, haben aber erst durch die staatliche Unterstützung und öffentliche Diskussion merklich an Umfang und Reichweite zugenommen.

COAGRO

Im August bis November des letzten Jahres arbeiteten meine Partnerin und ich im Rahmen des Asa-Programms in der lokalen NGO »COAGRO«, die sich seit ihrer Gründung 1998 hauptsächlich mit der Organisation und Unterstützung genossenschaftlicher Kleinunternehmen in der Region Pedro Moncayo (nördliches Ecuador) beschäftigt. Der Fokus der Organisation liegt vor allem auf nachhaltiger Landwirtschaft, in der Produkte ökologisch und sozialverträglich angebaut, verarbeitet und verkauft werden sollen. COAGRO versucht wieder mehr demokratische Kontrolle der Bevölkerung im Bereich der lokalen Ökonomie einzuführen und statt gegenseitiger Konkurrenz Mitbestimmung und Kooperation zu fördern.

Zu diesem Zweck wurde gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung eine übergeordnete Produktionsgenossenschaft (APM – *»Allianza de Productores Pedro Moncayo«*) gegründet. Nach der Gründung entstanden innerhalb der APM verschiedene selbstverwaltete Kleinunternehmen, die hauptsächlich den Absatz der von den Mitgliedern der APM produzierten Produkte sichern. Die Preise werden so gestaltet, dass die Erzeuger einen angemessenen Preis für ihre Produkte bekommen und Verbraucher nicht unnötig viel bezahlen müssen. Alle Entscheidungen in der APM werden auf der Hauptversammlung basisdemokratisch getroffen, und jede Einheit – sei es Supermarkt oder Restaurant – ist den Mitgliedern der Genossenschaft rechenschaftspflichtig.

Konstituierende Sitzung einer Genossenschaftsbank Foto: Kai Schulze

Mit Unterstützung von COAGRO leistet die APM bei Fragen der Bewirtschaftung, Administration und Finanzierung technische Assistenz. Speziell im Bereich der Mikrofinanzierung wird ein interessanter Ansatz verfolgt: Statt die Mitglieder von externen Institutionen abhängig zu machen, gründet COAGRO in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Dörfern kleine selbstverwaltete Genossenschaftsbanken. Alle Konditionen, also Zinsen, Rückzahlungsmodelle usw. werden von den Mitgliedern bestimmt und bei Bedarf angepasst.

Landesweit gibt es eine Vielzahl an Organisationen wie COAGRO, die sich einmal jährlich zu einem Kongress zusammenfinden und Erfahrungen, Probleme und Ideen austauschen.

Staatliche Unterstützung

Bei der Volksabstimmung im September 2008 wurde eine neue Verfassung von 63% der WählerInnen angenommen. Die Wirtschaftsform soll sozial und solidarisch (vorher: sozial und marktwirtschaftlich) sowie einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sein. Die Verfassung schreibt soziale Grundrechte auf Ernährung, Gesundheit und Bildung sowie eine staatliche Souveränität über »strategische Ressourcen« fest. Zum Ministerium für wirtschaftliche und soziale Integration (MIES) gehört nun auch ein Subsekretariat für solidarische Ökonomie, mit dessen Vertretern die APM und COAGRO regelmäßig zusammenarbeiten. Bei der monatlichen Hauptversammlung der APM und auf wöchentlichen Sitzungen von COAGRO werden gemeinsam wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen weiterentwickelt und so das in der Verfassung festgeschriebene Recht auf Partizipation gewährleistet. Das MIES unterstützt viele verschiedene Initiativen und Organisationen sowohl finanziell als auch technisch, räumt sich allerdings im Gegenzug eine Kontrollfunktion und ein gewisses Mitspracherecht bei der Durchführung der Projekte ein.

Kritische Betrachtung und Bezug zu Deutschland

Vor allem die Rahmenbedingungen scheinen aus deutscher Perspektive fast unglaublich: Eine Verfassung, die solidarische Wirtschaftsformen als wichtiges Ziel enthält, staatliche Unterstützung und eigene Abteilungen in Ministerien, eine Bevölkerung, die die Wichtigkeit des nachhaltigen Wirtschaftens erkannt hat und bereit ist, ihr (wirtschaftliches) Handeln danach auszurichten, mit Hoffnung auf einen tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Wandel. Diese Bedingungen haben der Bewegung enormen Auftrieb gegeben; hier zeigt sich, welchen Unterschied staatliche und mediale Motivation schaffen kann. Vor allem diese beiden Faktoren sind meiner Ansicht nach kritische Faktoren in Deutschland, und sicherlich auch der Hauptgrund für den deutschen »Rückstand« auf diesem Gebiet.

Natürlich ist auch in Ecuador nicht alles Gold, was glänzt – vom »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, den Hugo Chavez vertritt, und auf dessen Linie sich Rafael Correa (zumindest öffentlich) präsentiert, ist in Ecuador trotz allem manchmal nicht sonderlich viel zu merken. Vor allem auf ökonomischer Ebene scheint die Regierung von ihren Vorsätzen zugunsten von Grossprojekten etc. abzukehren – zum Nachteil der Bevölkerung, wie es nun mal üblich ist, was vermehrt auch zu scharfen innenpolitischen Konflikten führt. Zur Zeit scheint es eher eine Art Neokeynesianismus mit solidarökonomischen und sozialistischen Elementen zu sein – was in der EU einen enormen Fortschritt darstellen würde und in den nächsten fünf Jahren wohl kaum zu erwarten ist.●

Vom Süden Lernen

Parallel zur Entstehung dieses CONTRASTE-Schwerpunkts ist auch die Website www.vomsuedenlernen.de entstanden. Diese soll dazu dienen, eine verbesserte Vernetzung von AkteurInnen der Solidarischen Ökonomie im deutschsprachigen Raum zu erreichen. Vor allem dient sie als Plattform, um Ansätze der Bildungsarbeit im Bereich Solidarische Ökonomie bekannter zu machen und Methoden hierfür bereitzustellen.

Die bereits erprobten Bildungsbausteine stehen auf der Internetseite zum Download bereit. Darüber hinaus sollen in den kommenden Monaten weitere Methoden entwickelt und dort abrufbar gemacht werden. Sehr gerne nehmen wir auch Informationen und Bildungsangebote von anderen Organisationen auf. Hierfür und für weitere Informationen bitte einfach per Mail wenden an: info@vomsuedenlernen.de

FORTSETZUNG VON SEITE 9

nicht zuletzt weil die Bevölkerung honorierte, dass den Jugendlichen aus der Nachbarschaft hier Perspektiven geboten wurden und sie so weniger Gefahr liefen, in die Kriminalität abzurutschen.

Manchmal kann allerdings auch eine Incubadora nicht weiterhelfen. Besonders eindrucksvoll wurde uns das klar, als wir in einem indigenen Dorf filmten, wo ein Hühner- und Fischzuchtprojekt gerade wegen Finanzierungsproblemen brach lag. Die Indigenen waren sehr verärgert, weil sie seit Langem auf versprochene Gelder der Organisation warteten. Als wir den betreuenden Professor Xavier darauf ansprachen, erklärte er uns, dass die angeforderten und bereits bewilligten Gelder nicht an die Incubadora weitergeleitet worden waren, sondern stattdessen – wie offenbar nicht unüblich – in der universitären Bürokratie versandet seien. Zum Zeitpunkt unseres Films war gerade der universitäre Wahlkampf beendet und viele vermuteten, dass das Präsidium dafür die Kassen geplündert hatte. »Es ist nicht gut, dass wir von der zentralen Universitätsverwaltung abhängig sind«, erklärte uns Xavier deshalb. »Viel besser und unbürokratischer wäre es, wenn die Gelder direkt vom Arbeitsministerium an die Incubadoras weitergeleitet würden.«

Trotz aller Probleme, die erkennbar waren und sind, ist es beeindruckend, welches Standing die Solidarische Ökonomie in der brasilianischen Gesellschaft bereits besitzt. Die Unterstützung durch den Staat ist in Brasilien natürlich ein gewichtiger Faktor für die Verbreitung des Konzepts. Sie würde aber ins Leere laufen, wenn nicht viele kleine und große Organisationen in oft ehrenamtlicher Basisarbeit die Infrastruktur dafür bereitstellen würden. Schon der Begriff »Solidarische Ökonomie« ist in Brasilien viel geläufiger als in Deutschland und neben der Arbeit der Incubadoras gibt es viele regional und überregional vernetzte Foren, die daran arbeiten, das Konzept auf noch breiterer Basis zu etablieren. Vor allem an dieser Vernetzung können sich Initiativen in Deutschland orientieren. Enthusiasmus vor allem für die Praxis Solidarischer Ökonomie existiert zwar auch hierzulande, aber die Initiativen bleiben häufig vereinzelt. Eine Ausbreitung der Solidarischen Ökonomie, die zweifellos auch in Deutschland möglich ist, erfordert aber intensive Vernetzung, da nur so wichtige Potenziale freigesetzt werden und Synergien zwischen verschiedenen Betrieben und Initiativen entstehen können.●

LIBERTÄRE TAGE IN DRESDEN

Utopien entdecken!

Vom 1. bis zum 8. Mai finden unter dem Titel »Utopien entdecken!« die ersten Libertären Tage in Dresden statt. Die Proteste am 13. Februar diesen Jahres haben gezeigt, dass in der sächsischen Provinzhauptstadt mehr möglich ist als mensch erwartet hätte. Wir wollen es jedoch nicht bei bloßen Abwehrkämpfen belassen und mit einer Woche Information und Aktion in die Offensive gehen. Geplant sind Workshops, Vorträge, Demonstrationen, Straßenfeste, Freilichtkinos, Konzerte, Partys, VoKüs und vieles mehr. Unsere Schwerpunkte wollen wir dabei auf den Tag der Arbeit, den Tag der Arbeitslosen, den Tag der Befreiung und alternative/ libertäre (Lebens-)Konzepte legen.

Von w.m. ● Dresden, die Landeshauptstadt Sachsens, ist bekannt durch ihre historische Altstadt, den Naziaufmarsch und den Opfermythos, der jedes Jahr am 13. Februar zum Jahrestag der Bombardierung zelebriert wird. Hier regiert seit 1990 die CDU, welche sich redlich bemüht, der Stadt zu wirtschaftlichem Aufschwung zu verhelfen, sie für InvestorInnen attraktiv zu machen und unter der Bevölkerung ein nationales, profitorientiertes Bewusstsein zu stärken.

Doch auch aus libertärer Richtung tut sich was in Dresden. Die Dresdner Freiraumbewegung besetzte im letzten Jahr 9 Häuser und organisierte eine Vielzahl von Infoveranstaltungen und Demonstrationen, wovon die größte über 1000 Menschen auf die Straße brachte. An den Hochschulen bildeten sich durch die mehrwöchige Unibesetzung eine Vielzahl politisch aktiver Arbeitsgruppen, die damit ein neues Bewusstsein und viele neue Anknüpfungspunkte für Selbstorganisation in der Studierendenschaft schufen. Vor über einem Jahr gründete sich das Libertäre Netzwerk Dresden, um den Informationsfluss und die Zusammenarbeit verschiedener libertärer Gruppen mit unterschiedlichen Arbeitsfeldern zu verbessern. Im Osten Deutschlands entstanden mehrere anarchistische Vernetzungen sowie eine anarchistische Monatszeitschrift.

Entdecke Utopien!

An diese politischen Erfolge wollen wir anknüpfen und mit den Libertären Tagen Utopien erdenken, entwickeln und ausprobieren. Die kleine Stadt Dresden, in der seit nunmehr 20 Jahren eine konservative Regierung am Werk ist, hat trotzdem viel schönes, viele kleine Vereine und Menschen, die sich für die Verhältnisse, in denen sie leben, interessieren.

Wir wollen diese Menschen erreichen, aufzeigen, welche Projekte es noch gibt und dazu einladen, diese zu nutzen, kennen zu lernen und zu bereichern. Wir möchten, dass die Leute in dieser Stadt wieder anfangen zu träumen, ihren Wünschen Geltung verschaffen und lernen, unabhängig von Institutionen und höheren Instanzen gemeinsam und gleichberechtigt ihr Zusammenleben zu organisieren. Nachdem wir bei vielen Aktionen festgestellt haben, wie positiv die Resonanz gegenüber libertären Gesellschaftsentwürfen und Konzepten sein kann, wollen wir nun großflächig auf unsere verschiedensten Ideen aufmerksam machen und damit Berührungsängste und Vorurteile bei unseren NachbarInnen, KollegInnen und anderen Menschen, denen wir tagtäglich begegnen, mindern.

Natürlich geht es auch um unsere aktuellen politischen Forderungen, z.B. nach mehr Projektflächen, einem Richtungswechsel im Umgang mit Naziaufmärschen oder in der Stadtentwicklung. Wir wollen Druck auf Parteien und Medien machen und mehr UnterstützerInnen gewinnen, damit sich libertäre Positionen und Aktionsformen nicht einfach marginalisieren lassen.

Derzeit kümmert sich das Libertäre Netzwerk Dresden um Mobilisierung, Pressearbeit und den groben Veranstaltungsrahmen. Es gibt jedoch jede Woche ein öffentliches Koordinierungs-Plenum und eine Wikiseite, auf der jedeR eigene Termine und Veranstaltungsideen eintragen kann. Wir laden alle Gruppen, Projekte und Einzelpersonen ein, selbständig Veranstaltungen im Rahmen der Libertären Tage zu organisieren.

Um die Libertären Tage möglichst bunt, informativ und vielfältig zu gestalten, sind wir auf jede Menge Beteiligung und Mithilfe angewiesen. Egal ob ihr in Dresden wohnt oder vielleicht aus anderen Städten anreist, wir freuen uns, wenn ihr uns unterstützen wollt.

Wenn ihr nicht aus Dresden kommt, könnt ihr z.B. eigene Plakate entwerfen, bzw. euch welche von uns zuschicken lassen und diese verkleben, bei alternativen Medien in eurer Nähe anfragen, ob Mobi-Texte oder Radiobeiträge von uns veröffentlicht werden können. Ihr könnt eigene Projekte vorstellen und über eure Arbeit und Erfahrung berichten, Diskussionsrunden initiieren, Infostände und eigene, kreative Aktionen organisieren. Wir versuchen, alle Ideen mit unserer Infrastruktur zu unterstützen.

Wir sind der Meinung, dass die ersten Libertären Tage in Dresden für alternative Gruppen und Projekte im ostdeutschen Raum eine Menge Perspektiven bringen könnten. Dafür brauchen wir aber eure Mithilfe!●

Mehr Infos unter:
http://utopienentdecken.blogsport.de

PIRATINNEN WOLLEN DIE PIRATENPARTEI ENTERN

»Klar machen zum Gendern«

Redaktion Heidelberg ● Auf der Berliner Landesmitgliederversammlung der Piratenpartei Ende Februar wurde die Gründung eines neuen Netzwerks für Frauen innerhalb der Piratenpartei bekannt gegeben. Sie nennen sich »Piratinnen« und haben sich unter dem Motto »Klar machen zum Gendern« das Ziel gesetzt, zu einem besseren Verständnis von Zielen, Wünschen und Nöten der Frauen in einer überwiegend von Männern dominierten Piratenpartei beizutragen. Die Piratinnen möchten einen Schutzraum bieten, in dem auch die leisen Stimmen unter den Frauen Gehör finden können und laden daher bewusst ausschließlich Frauen in ihr Netzwerk ein.

Lena Simon, eine der Mitinitiatorinnen der Piratinnen begründet ihr Bemühen wie folgt: »Ich werde häufig aufgefordert, meine Freundinnen für die Piratenpartei zu begeistern. Die meisten von ihnen möchten sich jedoch nicht weiter mit den Piraten beschäftigen, weil ihnen deren geschlechterpolitische Positionierung nicht gefällt. Dabei sind viele davon durchaus für Netzpolitik zu begeistern. Das ist schade. Ich möchte dazu beitragen, dass die Piratenpartei auch für diese Frauen eine attraktive Partei wird.«

Das bisherige Fortbleiben von Frauen, die nicht mit der geschlechterpolitischen Position der Partei einverstanden sind, führt dazu, dass Frauen-Positionen von den männlichen Piraten kaum wahrgenommen werden. Die Piratenpartei bemüht sich seit längerem, attraktiver für Frauen zu werden und diese für ihre Sache zu gewinnen. Dabei wurde jedoch selten berücksichtigt, dass eine Thematisierung mangelnder Gleichberechtigung meist sehr schwer fällt. Egal, wie häufig solche Situationen tatsächlich vorkommen, ist es dennoch sehr bedeutsam, schnell darauf aufmerksam zu werden.

Um sich wirklich für Frauen zu öffnen, die ja immerhin mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten darstellen, sollte sich die Piratenpartei offen für die Bedürfnisse all ihrer Unterstützerinnen zeigen und auch ein Interesse daran haben die Zurückhaltenderen unter ihnen nicht zu übersehen.

In der Selbstbeschreibung der Piratinnen im Wiki heißt es: »Emanzipation ist nicht eines unserer Kernthemen. In einer Gruppe mit derart geringem Frauenanteil kann es leider dennoch schnell passieren, dass unwillkürlich etwas schief geht. Um dies auch nach innen kritisch zu beobachten und sicher zu stellen, dass sich alle bei uns wohl fühlen, möchten die Piratinnen ein sicherer Ort zum Austausch der Frauen in der Piratenpartei sein. Wir erwarten nicht von den Männern, dass sie hellsehen können und erraten, was wir uns wünschen und wie wir uns fühlen. Gerade deshalb und für ein produktives Miteinander ist es notwendig, eine offene Kommunikation zu ermöglichen und unangenehme Verhaltensweisen aufzuzeigen und zu spiegeln.«

Die Piratinnen sind eine gute Möglichkeit, eine breitere Menge an Frauen zu erreichen, und sie mehr in das Netzpolitische geschehen zu integrieren. Ob sich die Piratenpartei dies zu Nutze machen wird, wird sich zeigen.●

Website / Wiki: http://piratinnen.org

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Freispruch für Antifaschistin in Dresden

4 Jahre nach einem ersten Prozess am Amtsgericht Dresden, wurde der Schuldspruch und die von Richterin Fahlberg verhängte Freiheitsstrafe gegen eine Antifaschistin verworfen und die Angeklagte freigesprochen. Der Richter stellte fest, dass die Aussagen bei der Polizei erheblich von einander abwichen, sowohl die Täterinbeschreibung als auch den Ablauf des Geschehens betreffend. Entgegen seiner Berufserfahrung fand er es erstaunlich, dass sich die Aussagen dann im weiteren Verfahren anglichen. Es gäbe in diesem Prozess keine neutralen TatzeugInnen, sondern nur der rechten Szene zuzuordnende, die einräumten, dass ihnen die Beschuldigte als Linke bekannt war. Richter Schultze-Griebler gelangte zu dem Eindruck, sie hätten die sich bietende Gelegenheit genutzt, um der Angeklagten »eins auszuwischen«. Mehr:
http://de.indymedia.org/2010/02/274132.shtml.

Wer nicht spurt, hat's schwer: Mobbing bei der Polizei

Schon mehrfach wurde an dieser Stelle berichtet, dass PolizistInnen – im Corpsgeist handelnd und von Staatsanwaltschaften und RichterInnen dabei unterstützt – nicht nur gemeinsam gewalttätig werden, ihre eigenen Gewalttaten dann vertuschen, sondern ihre KritikerInnen auch mit gefälschten Beweismitteln und Aussagen kriminalisieren (siehe z.B. www.fiese-tricks.de.vu). Wie diese Cop-Culture durchgesetzt wird, zeigt sich jetzt in Hessen. Dort herrscht schlechte Stimmung bei den Uniformierten. Mobbingvorwürfe und strittige Personalentscheidungen bereiten der Führung der hessischen Polizei und Innenminister Bouffier viel Ärger. In Südhessen begehrt die Basis der Polizei auf: Der Begriff »Mobbing Polizei Hessen« macht die Runde. Das Thema beschäftigt auch den Landtag. Im Forum behoerdenstress.de reden »kritische Polizisten« Klartext. Die Berufsvertretungen der Polizei tun sich indes schwer mit diesen Themen. Mehr auf
http://de.indymedia.org/2010/03/274655.shtml.

Prozessserie gegen GentechnikkritikerInnen

Sie können nicht genug kriegen: Neben Millionen von Steuergeldern, Schutz und Räumung durch die Polizei (die immer nur die Pflanzen vor den Menschen schützt, nie umgekehrt) sowie etliche Zivilprozesse mit völlig einseitigen Gerichten schlägt jetzt auch die Strafjustiz zu und will die FeldbesetzerInnen verurteilen. Die völlig einseitige Staatsanwaltschaft und das ebenso ausgerichtete Amtsgericht in Rostock zeigte sich darin, dass gleich ohne jegliche Anhörung und ohne Gerichtsverfahren Strafbefehle verschickt wurden. Die Betroffenen haben aber Widerspruch eingelegt – und so wird es demnächst Gerichtsverfahren geben: Staat gegen GentechnikgegnerInnen. Und Kerstin Schmidt mit ihrer Crew aus den dubiosen Firmengeflechten auf der ZeugInnenbank. Die Angeklagten stellen die Fragen ... Der genaue Termin steht noch nicht fest, wird aber rechtzeitig bekannt gegeben. Vorher sollen noch Informationsveranstaltungen in und um Rostock stattfinden – wer dazu einladen will, kann über die Projektwerkstatt Kontakt mit ReferentInnen aufnehmen:
www.vortragsangebote.de.vu, Tel. 06401/903283 oder saasen@projektwerkstatt.de

Kitzingen und Würzburg (April und Mai 2010): Prozesse wegen Feldbefreiung 2008

Erstinstanzliche Verhandlung am Montag, 19.4. um 13.30 Uhr im Amtsgericht Kitzingen. Einige Verfahren gehen schon in die zweite Instanz. Hier sind Leute angeklagt, die sehr offensiv vor Gericht agieren und die Gentechnikgefahren minutiös nachweisen wollen. Genaue Termine: Montag, 26.4. und Mittwoch 12.5. jeweils um 9 Uhr, Landgericht Würzburg gegen die Aktivistin Cecile Lécomte und 31.5. und 9.6., jeweils um 9 Uhr am Landgericht Würzburg gegen zwei weitere AktivistInnen, die im ersten Verfahren als Angeklagte aus ihrem eigenen Prozess geworfen wurden. Hinweis: Zwischen den ersten beiden Aprilterminen soll es eine weitere Veranstaltungsrundreise mit dem Vortrag zu Gentechnik-Seilschaften geben. Wer einen Ort organisieren will, sollte sich melden!

Wegen der Feldbefreiung in Gatersleben (4.5.): Zweite Instanz um Schadenersatz in Naumburg

Im Oktober 2009 bekamen sechs AktivistInnen und drei Journalisten Post von der Staatsanwaltschaft mit den Anklageschriften wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Nun warten sie in dieser Sache auf einen Termin am Amtsgericht Aschersleben.

Bewegung kommt dagegen wieder in den Zivilprozess. Das Institut hatte über den Rechtsanwalt und ehemaligen Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt Schadensersatzklage beim Landgericht Magdeburg eingereicht. Das Gericht wies 140.000 Euro von den geforderten 245.000 Euro als unbegründet ab und entschied gleichzeitig, dass die Aktivisten einen entstandenen Schaden zu zahlen hätten, dessen genaue Höhe noch festgelegt werden müsse. Dieser Beschluss erging ohne Anhörung der Beklagten. Darum wurde das Urteil angefochten. Nun folgt die nächste Instanz: Am Dienstag, 4.5., um 13 Uhr im Oberlandesgericht. Publikum ist herzlich erwünscht, ebenso wie alle Menschen, die in und um Naumburg helfen wollen, diesen Termin zu einem öffentlichen zu machen. Kontaktadresse ist aktion@gendreck-weg.de. Die Angeklagten kommen auch gerne zu Veranstaltungen.

Groß Gerau (8.6.): Strafverfahren gegen drei Feldbesetzer von 2008

Drei haben sie sich rausgepickt – darunter die gleichen wie beim Feldbefreiungsprozess in Gießen (www.gendreck-giessen.de.vu). Der Prozess aber kann auch eine deutliche Demonstration sein, was davon zu halten ist, dass Papi Staat nicht nur sein Geld und seine Behörden in die Durchsetzung der Agro-Gentechnik wirft, sondern auch die Justiz nichts besseres zu tun hat, als die Seilschaften der Gentechnik mit ihrer Fördermittelveruntreuung und Mitwisserschaft an Straftaten zu schützen und die KritikerInnen einzusperren. Das könnte in Groß Gerau gut gezeigt werden, denn gerade bei der Auseinandersetzung um dieses Feld machte Prof. Friedts Aussagen im RTL, er wisse von (dann illegalen) Maisfeldern in Hessen. Ermittelt wurde gegen ihn nie ...

Genauer Termin: 8. Juni, 9 Uhr im Amtsgericht Groß Gerau (Europaring 11-13, Saal 356).

Die Tage vor dem 8. Juni wären die richtige Zeit für eine Vortragstournee mit dem Vortrag zu Gentechnikseilschaften in Südhessen und Rhein-Main! Bitte überlegt, ob bzw. wo Ihr so etwas machen könnt. Prozess, Vorträge und vielleicht mehr könnte eine deutliche Mobilisierung gegen die Agro-Gentechnik werden!!!
Die Ladung zum Gerichtstermin im Original:
www.projektwerkstatt.de/gen/prozesse/2008/gg100225ladung.pdf

Andersherum: Weggucken bei den GentechnikerInnen

Genau andersherum sieht es aus, wenn bei der Anlage der Versuchsfelder Betrügereien, Schlampereien und groteske Pannen passieren. So wurde 2009 das Gen-Gerstefeld auf den Sagerheider Flächen doppelt angelegt. Da nur eine Genehmigung vorhanden war, muss eines illegal gewesen sein. Genehmigungsbehörde (BVL, gehört zum Aigner-Ministerium) und Kontrollbehörde (Backhaus-Landesministerium) guckten weg – die Staatsanwaltschaft ermittelte nur bei den Gentechnikgegnern. Die potentiellen TäterInnen wurden nicht einmal verhört. So sieht einseitige Ermittlungsarbeit aus. Absurd auch die Einstellung des Betrugsverfahrens gegen den Leiter des Gengersteversuchs. Die Geldvergabestelle, die nachweislich dem Versuchsleiter sogar noch Tipps zum Fälschen der Förderanträge gab, bescheinigten dann, dass alles in Ordnung sei. Daraufhin stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein. Die Edlen und Reichen sollen halt geschützt werden ...●

Jörg Bergstedt

VR BÜRGER ENERGIEPARK EG, GARREL

Energiewende mit Bürger-Energie-Genossenschaften

das Weser-Ems-Konzept konkret

Unter dem Motto »Global denken, lokal handeln« hat der Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V. ein Konzept zur Gründung von Bürger-Photovoltaik-Genossenschaften entwickelt. In den vergangenen zwei Jahren wurden in der Region 38 Bürger-Energie-Genossenschaften gegründet. Am Beispiel der Gründung einer dieser Genossenschaften, der VR Bürger Energiepark eG, wird Motivation und Umsetzung veranschaulicht.

Rainer Herbers / Corinna Hoffmann / Ralf-Peter Janik, Redaktion Genossenschaften ● Das vom Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V. entwickelte Konzept sieht die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Bürgern und der örtlichen Volksbank/Raiffeisenbank mit dem Ziel der Gründung einer »Bürger-Photovoltaik-Genossenschaft« vor. Diese errichtet und betreibt auf kommunalen Flächen – aber auch auf Flächen, die Landwirte und Gewerbetreibende zur Verfügung stellen – Photovoltaik-Anlagen. Den Bürgern der jeweiligen Kommune wird eine Beteiligung angeboten.

Die Bürger werden Mitglied und Teilhaber an der Photovoltaik-Genossenschaft. Die örtliche Genossenschaftsbank übernimmt neben den Aktivitäten zur Bürgerinformation, zur Gründung der Genossenschaft und zur Installation der Anlagen auch den Vertrieb der Genossenschaftsanteile in ihrem Geschäftsgebiet sowie die Fremdfinanzierung. Die Verwaltung kann von der initiierenden Genossenschaftsbank übernommen werden. Die so gegründeten Energie-Genossenschaften bilden damit den Nukleus für weitere dezentrale Energieprojekte in der Region Weser-Ems.

VR Bürger Energiepark eG

Die Gründungsmitglieder der VR Bürger Energiepark eG haben das Gründungskonzept vom Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V. aufgegriffen und in ihrer Region umgesetzt. Es handelt sich um die Volksbank Cloppenburg eG, die Volksbank Essen-Cappeln eG, die Volksbank Emstek eG sowie die Raiffeisenbank Garrel eG mit Sitz im Landkreis Cloppenburg, der zusammen mit dem Landkreis Vechta die Region »Oldenburger Münsterland« bildet.

Das Oldenburger Münsterland ist wirtschaftlich gekennzeichnet durch eine intensive Landwirtschaft sowie durch eine Vielzahl von Unternehmen der Ernährungsindustrie und aus dem verarbeitenden Gewerbe. In den letzten Jahren entwickelte sich in der Region die Bestrebung, die traditionellen Branchenzweige mit der wirtschaftlichen Nutzung regenerativer Energien – mit den Schwerpunktfeldern Windenergie, Biogas und nicht zuletzt Photovoltaik, der Stromerzeugung aus der Sonnenkraft – abzurunden und zu kombinieren. Die vier Banken nahmen diese regionale Entwicklung zum Anlass, sich immer mehr zu Spezialisten für Finanzierungen von Investitionen im Bereich der Erneuerbaren Energien zu entwickeln. Konsequenz war die Gründung der VR Bürger Energiepark eG, eine Bürger-Photovoltaik-Genossenschaft. Durch die Verknüpfung des Zukunftsmarktes Erneuerbare Energien mit der Rechtsform der Genossenschaft werden neue Potenziale mit altbewährten Strukturen verbunden. Gleichzeitig bietet dies den Bürgern und Kunden in der Region die Möglichkeit, sich aktiv an innovativen und rentablen Projekten zu beteiligen.

Einbindung der Kommunen

Als weitere Gründungsmitglieder konnten die Repräsentanten der sechs beteiligten Kommunen, in denen die Banken jeweils ihren Sitz haben, gewonnen werden. Diese Kommunen – die Stadt Cloppenburg sowie die Gemeinden Cappeln, Emstek, Essen, Garrel und Molbergen – verfügen über öffentliche Gebäude, deren Dächer bei Eignung für die neue eG genutzt werden. Dabei verbessert die Pacht für die Überlassung der Dachflächen den Etat der Kommunen kaum. Vielmehr profitieren die kommunalen Gründungsmitglieder davon, dass sie sich mittelfristig ein »Öko-Image« aufbauen, indem sie sich aktiv am Klimaschutz beteiligen. Bürger und Unternehmen sind davon positiv angetan. Mit ihrer Beteiligung tragen sie ferner dazu bei, das »Wir-Gefühl« in der Bevölkerung zu stärken und die Identifikation aller Bürger mit der VR Bürger Energiepark eG zu fördern.

Die Vertreter der vorgenannten Kommunen verstärkten mit ihrem Beitritt das Verständnis der Bevölkerung dafür, dass Energie ein Thema für alle und es von öffentlichem Interesse ist. Die Satzung regelt, dass nur die Bürger und Unternehmen aus dem Landkreis Cloppenburg beziehungsweise Kunden der beteiligten Banken Mitglieder der VR Bürger Energiepark eG werden können. Diese Einschränkung sichert, dass die Interessen aller Mitglieder einen gemeinsamen regionalen Ursprung haben. Auch wird das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Alle Beteiligten werden somit nicht nur reine Profiteure einer ethisch-ökologischen Kapitalanlage, sondern sie identifizieren sich gleichsam mit ihrer Genossenschaft. Deren Entwicklung verfolgen sie direkt und können sie bspw. durch Anträge in der Generalversammlung beeinflussen. Die Wirkungen ihrer Geldanlage können sie direkt »vor ihrer eigenen Haustür« verfolgen. Unter dem Motto »Energiewende mit Bürgerbeteiligung« leistet der Bürger einen spürbaren aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

Menschen dahinter

Die Banker sehen sich als Initiator, Organisator, Motivator, Finanzierer, Verhandlungsführer und treibende Kraft beim Aufbau der VR Bürger Energiepark eG. Sie übernahmen die Projektführung, indem sie beispielsweise die notwendigen Gespräche mit allen Ansprechpartnern führten, Angebote einholten, Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchführten und federführend die Vorbereitung von Informationsveranstaltungen planten. Ferner erklärten sich zwei Vorstände der beteiligten Volksbanken und Raiffeisenbanken dazu bereit, den ehrenamtlichen Vorsitz in der neuen eG unentgeltlich zu übernehmen. Dabei sind die Beweggründe und Vorteile für diese Initiative seitens der Bank vielseitig, zeigen sie doch durch das Engagement der Öffentlichkeit gegenüber ihre ökologische Vorreiter- und Vorbildfunktion sowie ihre Kompetenz im Bereich der regenerativen Energien.

Gegenstand der Genossenschaft ist vorrangig der Einkauf, die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien, insbesondere von Photovoltaikanlagen im Landkreis Cloppenburg. Dazu wurden und werden Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dachflächen installiert. Neben dem Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom steht für die neue Genossenschaft auch die Unterstützung und Beratung der Mitglieder in Fragen der regenerativen Energiegewinnung im Vordergrund. Anders als etwa bei geschlossenen Fondsstrukturen hat die Genossenschaft das Ziel, ein »lebendiges Unternehmen« zu sein. Bürgern und Unternehmen aus dem Landkreis Cloppenburg, die selber nicht über geeignete Dachflächen verfügen oder keinen größeren finanziellen Spielraum für eine eigene Investition haben, gibt dies die Möglichkeit, in Photovoltaik zu investieren.

Energiekonzepte – spielerisch planen

Begleitende PR-Maßnahmen

Zukünftig ist geplant, dass sich jeder Interessierte mittels einer Anzeigetafel, die im Foyer der Banken aufgebaut wird, über die erbrachten Leistungen der Anlagen zeitnah informieren kann. Dem Mitglied wird so seine Beteiligung noch greifbarer dargestellt. Organisierte Besichtigungen der Anlagen mit fachkundigem Personal für die Mitglieder und Interessierte sollen das Erlebnis seiner Geldanlage abrunden.

Bürgerbeteiligung – Grundlage einer neuen Energiekultur

Rundum voller Energie

Bis Ende Januar 2010 konnten bei einem Investitionsvolumen von 3,9 Mio. Euro nunmehr 140 Mitglieder mit einem Eigenkapitaleinsatz von 1,17 Mio. Euro gewonnen werden. Da zurzeit nicht mehr geeignete Dächer zur Anpachtung im Landkreis zur Verfügung stehen, gibt es für weitere interessierte Bürger eine Warteliste. Sie werden erst dann als Mitglieder aufgenommen, wenn weitere Projekte verwirklicht werden können. Die bisher in Betrieb genommenen Anlagen produzieren mehr Strom als geplant. Entgegen der avisierten Wirtschaftlichkeitsberechnung kann deshalb bereits in den ersten Jahren eine adäquate Ausschüttung an die Mitglieder erfolgen.

Das Beispiel der VR Bürger Energiepark eG zeigt, dass sich die Beteiligung am Aufbau einer Bürger-Photovoltaik-Genossenschaft sowohl für die beteiligten Banken als auch für die Mitglieder vorteilhaft auswirkt. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken profitieren mit ihrer Vorreiterrolle beim Aufbau der Genossenschaft von einer Imageverbesserung. Gleichzeitig werden sie als moderne und vorausschauende Organisationen wahrgenommen und erzielen so einen Wettbewerbsvorteil. Durch die Aufnahme des Zukunftsthemas Energie und Umwelt werden alle entsprechend interessierten Kundengruppen angesprochen.

Fachkompetenz in der Energiewirtschaft gepaart mit dem Willen, etwas für die Umwelt zu tun und dabei den Wunsch zu haben, gemeinsam mit anderen dies umzusetzen, generiert »Energie« für jeden Beteiligten. »Energie«, die durch positives Feedback wie die Neugewinnung von Mitgliedern und die Menge des »grünen« Stroms verstärkt wird, sowie durch erlebtes »Wir-Gefühl« – eine unschlagbare Kombination.●

Die Funktion der AutorInnen: Rainer Herbers, Prokurist und Leiter der Firmenkundenabteilung in der Raiffeisenbank Garrel eG, Corinna Hoffmann, Redakteurin des Genossenschafts-Magazin Weser-Ems und Ralf-Peter Janik, Referent Verbundkoordination, Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

BESPRECHUNG PRAXISHILFE

Photovoltaik für Profis

Rundum empfehlenswert: Die neue Auflage von »Photovoltaik für Profis« ist Pflichtlektüre und Referenzwerk für alle, die sich beruflich mit Solarstromanlagen beschäftigen. Aber auch für künftige Anlagenbesitzer, die aktiv und gründlich an der Planung mitwirken wollen, lohnt sich die Investition in den Kaufpreis.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Das Buch »Photovoltaik für Profis« ist als Einstieg, Nachschlagewerk und Trainingsbuch für das Fachhandwerk und für Techniker gestaltet. Zur schnellen Orientierung wurde es in vier Hauptteile gegliedert: Teil 1 »Solarstromanlagen verkaufen und finanzieren« liefert das notwendige Rüstzeug, praktisches Hintergrundwissen und Argumente für das Kundengespräch sowie Informationen zur Förderung. Im Teil 2 »Solarstromanlagen planen und kalkulieren« erfährt der Handwerker die wichtigsten Fakten für die passende Material- und Produktwahl. Es wird gezeigt, was beim Kunden zu erfragen ist und über Angebotsplanung (inkl. Simulation) und Installation in die Materie geleitet. Teil 3 »Solarstromanlagen montieren und in Betrieb nehmen« und Teil 4 »Solarstromanlagen betreiben und warten« geben konkrete Handlungsempfehlungen und runden somit das Werk ab.

Umwelt-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Hintergründe nehmen viel Raum in der Veröffentlichung ein. Die Autoren wollen damit einen Beitrag zum Umbau der deutschen und internationalen Energiewirtschaft leisten: weg von der fossilen »Einbahnstraße« hin zu einem auf erneuerbaren Energien basierenden Wirtschaftskreislauf. Nicht zuletzt die Kenntnis dieser Hintergründe ist für ein erfolgreiches Kundengespräch hilfreich, um auch bei gut informierten Kunden kompetent auftreten zu können. Aussagekräftige Grafiken auch dazu sind eines der Markenzeichen des Buches.

Selbstverbrauch und Meldepflicht

Beschrieben werden auch die neuen Regelungen des Eneuerbare-Energie-Gesetzes, deren Veränderung bereits schon wieder ansteht. Gezeigt werden deren Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und speziell die steuerlichen Effekte. Demnach ist zwar die Differenz zwischen dem Vergütungssatz für Volleinspeisung (43,01 Cent/kWh) und den 25,01 Cent bei der Eigennutzung als »fiktive Einnahme« zu versteuern (18 Cent/kWh); der Anlagenbetreiber, der den Solarstrom selbst verbraucht, wird jedoch fiskalisch nicht schlechter gestellt als der Volleinspeiser, im Gegenteil, mit den anstehenden Veränderungen wird sich dies sogar entscheidend zugunsten der Selbstverbraucher umkehren.

Tipps für die »richtige« Kalkulation

Das vorliegende Fachbuch vermittelt in erster Linie dem Handwerker praxisbezogenes Wissen, um optimal funktionierende Photovoltaik-Anlagen zu bauen. Berücksichtigt werden aber auch die wirtschaftlichen Aspekte. Selbst im Rahmen der »rein technisch« orientierten Planung im zweiten Teil des Buches ist es den Autoren immer auch wichtig, Tipps für die »richtige« Kalkulation zu geben. Die Fragestellung, auf welche Weise Kunden in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen sind, durchzieht das ganze Buch. Wichtig sind die zahlreichen konkreten Handlungsempfehlungen und vielen Tipps, auch zur Fehlervermeidung.●

Karl-Heinz Remmers, Christian Dürschner, Falk Antony: Photovoltaik für Profis. Verkauf, Planung und Montagen von Solarstromanlagen, erschienen im Solarpraxis-Verlag (Berlin) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Solare Zukunft (Erlangen), 2. Auflage 2009, zahlreiche Illustrationen, 39 EUR.

BESPRECHUNG STADTSPIELER

Spielerisch: Beteiligung im Stadtteil kreativ vorbereiten

Gemeinwesenentwicklung einmal anders: Spielen ist eine der ältesten Methoden, um Strategien, Interessen und Ideen auszutauschen, zu verhandeln, Lösungsansätze zu finden und Erkenntnis zu gewinnen – über das Selbst und über den Anderen. Stadtspieler – so der Name eines neuen Spiels – lädt zur Mitgestaltung des eigenen Ortes und der eigenen Nachbarschaft ein und kann dadurch konkrete Entwicklungsprozesse initiieren. Es handelt sich um ein Brettspiel, das sich als innovatives Instrument in Kommunikations- und Beteiligungsverfahren in der integrierten Stadtentwicklung einsetzen lässt. Auch genossenschaftliche Bioenergiedörfer oder Stadtteilgenossenschaften lassen sich damit spielerisch angehen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Spiele eignen sich wie kein anderes Instrument für die Eröffnung neuer Sichtweisen, das Infragestellen von Routinen und das Ausprobieren von Handlungsalternativen – genau das braucht die Stadtentwicklung!«, lautet die Einschätzung von Georg Pohl vom Netzwerk Agens e.V. Die Beteiligung unterschiedlicher Gruppen – Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft bis hin zu einzelnen Bürgerinnen und Bürgern – zählt heute zum erklärten Standard in Stadtentwicklungsprozessen: In vielen Fällen wird dieser aber nicht befriedigend eingelöst. Immer wieder stellt sich die Frage, wie die zahlreichen Akteure fürs Mitmachen und Einmischen zu gewinnen sind und wie die Kommunikation zwischen ihnen gelingen kann.

Spielbeschreibung

Stadtspieler ist ein strategisches Brettspiel für vier bis sechs Personen. Es wird auf einem fiktiven Stadtplan als Spielfeld gespielt. Auf ihm sollen die Spieler eine Stadt frei nach Ihren Wünschen, Ideen und Vorstellungen bauen – aus Knete werden Ideen zu Bauwerken oder Figuren geformt. Stadtspieler schlüpfen dabei in verschiedene Rollen. Mal bauen sie als Investor ein Gebäude, mal besuchen sie als Bewohner einen Nachbarn, mal beschreiben sie als Stadtplaner die Situation. Die Spieler bauen, erfinden Geschichten und setzen sich mit den Vorschlägen der Mitspieler auseinander. Ein Spieler beobachtet den Ablauf.

Das Spiel verläuft in vier Phasen: In Phase 1 machen sich die Spieler mit den Vorgaben des Spiels vertraut und jeder Spieler baut eine erste Figur oder ein Gebäude. Die 2. Phase ist die längste: Jetzt wird abwechselnd gebaut, besucht und berichtet. Stück für Stück wächst auf dem Stadtplan eine Stadt. In der 3. Phase betrachten alle die entstandene Stadt mit Abstand: Welches ist das Gebäude mit dem größten Zukunftspotenzial? Am Ende der 4. Phase wird der Meisterspieler gewählt. Die Gruppe beendet das Spiel – und diskutiert mit den Aufzeichnungen des Spielbeobachters das Erlebte und die Ideen. Spieldauer: 90 Min., Spieler: 4-6, Alter der Spieler: 10 bis 99.

Stadtspieler – neue Sichtweisen bei der Gemeinwesenentwicklung

Breite Anwendung

Mit seinem spielerischen Ansatz schafft *Stadtspieler* einen leichten Zugang zu Themen der Stadtentwicklung und erhöht die Motivation der beteiligten Personen, miteinander zu diskutieren. Die Grundversion des Spiels wird ergänzt durch ein Handbuch und einen Film. Sie ist so angelegt, dass sie sich auf verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen (Region, Stadt, Stadtteil, Nachbarschaft) und in unterschiedlichen thematischen Kontexten (Jugendarbeit, lokale Agenda etc.) anwenden lässt.

Für eine Stadtteilgenossenschaft oder eine genossenschaftlichen Ökosiedlung könnte das Spiel beispielsweise etwa folgendermaßen aussehen: Auf der Grundplatte des Stadtteils kneten die Spieler Gebäude, Grünflächen u.a. und werben um Gunst und Besuch der Bewohner. Werden für einen lebendigen Ort mehr Gemeinschaftsflächen oder Gewebe gebraucht oder ein origineller Spielplatz? Allein der Bau aus Knete reicht nicht aus, um die Mitspieler in die eigenen Bauten zu locken. Durch Werbung füllen die Spieler ihre Kreationen auch mit Inhalten. Im ständigen Rollenwechsel schaffen sie gemeinsam ihren eigenen Ort aus Phantasie und Strategie! Erlebt wird das vielgestaltige Beziehungsgefüge der Stadtteilgenossenschaft und ihrer Aufgaben sowie der Austausch der Spieler zu ihren unterschiedlichen Sichtweisen zu Wohn- und Lebensqualität. Der spielerisch abgebildete Wunsch – z.B. eines Bürgertreffs, gemeinsamer Aufenthaltsräume oder individueller Rückzugsmöglichkeiten – kann so zum Impuls für die Umsetzung eines gemeinsamen Projekts vor Ort werden.

Tolle Grundlage

Durch den Film werden verschiedene möglich Spielversionen und -verläufe gezeigt. Entsprechend ermutigt das Set aus Brettspiel, Handbuch und Film die Mitwirkenden, individuelle Spielversionen für den eigenen Ort und eigenen Kontext zu fertigen. Für jede Spielversion können also das Thema und der Schwerpunkt der spielerischen Auseinandersetzung selbständig festgelegt werden. Beim Einstieg benötigen Anfänger naheliegenderweise etwas länger, bis sie den Ablauf verstehen. Dann aber fällt es immer leichter für das vereinbarte Spielszenarium die verschiedenen Schwerpunkte zu entwickeln. Wenn sie gesetzt sind, verändern sich zwangsläufig die lokalen Gegebenheiten und die Mit-Spieler (Bürger, Planer, Investoren) müssen reagieren. Das Ergebnis kann eine tolle Grundlage für die Aktivitäten in der nicht so spielerischen Wirklichkeit sein.●

Autorenteam: Georg Pohl, Ronald Scherzer-Heidenberger, Till Brömme, u.a.: stadtspieler, 59 EUR pro Spiel, zuzüglich 10 EUR Versandkosten.
Bezugsadresse:
info@netzwerk-agens.de, www.stadtspieler.com

Fiktion oder Chance – gibt es Möglichkeiten Lebensräume gemeinsam zu gestalten?

GENOSSENSCHAFTSPREIS

»Hut ab!« – Schulgenossenschaft erhält Auszeichnung

Neun Genossenschaften aus Deutschland hatten sich um den Genossenschaftspreis 2009 beworben. Darunter waren Wohngenossenschaften aus Bonn, Wiesbaden, vom Niederrhein und aus Sachsen-Anhalt, eine Konsumgenossenschaft aus Solingen, eine Energiegenossenschaft aus Freiburg, eine Arbeitslosengenossenschaft aus Hannover, die Verlagsgenossenschaft der »tageszeitung« in Berlin und die »Hut ab! Schulgenossenschaft eG« der Joseph-Beuys-Gesamtschule in Düsseldorf. Letztere gewann den ersten Preis.

Bernd Wulf, Red. Genossenschaften ● Der *Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.* will dazu beitragen, dass die Genossenschaftsidee in unserer Gesellschaft einen bedeutenderen Stellenwert erhält. Wie keine andere Unternehmensform steht die Genossenschaft für Demokratie und Mitverantwortung in der Wirtschaft. Sie soll relevanter werden als bisher – gerade in der aktuellen Krise der Kapitalgesellschaften.

Bereits zum dritten Mal hatte deshalb der Bundesverein (BzFdG) einen bundesweiten Wettbewerb ausgeschrieben, um Beispiele vorbildlicher Genossenschaftspraxis zu prämieren. In diesem Jahr ging es um die Vermittlung genossenschaftlichen Gedankenguts: Gesucht wurden Genossenschaften, die sich in besonderer Weise darum bemüht und verdient gemacht haben, genossenschaftliche Werte mit ihren Mitgliedern zu entwickeln, darzustellen und auszugestalten.

Erfahrungen sammeln

In der Humboldt-Universität in Berlin konnte jetzt die Schulgenossenschaft den ersten Preis, der mit 2.500 Euro dotiert war, in Empfang nehmen. In der Laudatio gab Prof. Dr. Ringle von der Universität Hamburg folgende Begründung für die Auszeichnung an die *Hut ab! Schulgenossenschaft eG*:

Die Schulgenossenschaft bietet ihren Mitgliedern die Chance zu eigenverantwortlichem Denken und Handeln im Wirtschaftsleben, indem sie Geschäftsideen und Problemlösungen in Schülerfirmen entwickeln lässt. Die Einbindung in gemeinsam gestaltetes betriebliches Geschehen lässt Schüler und Schülerinnen neue Erfahrungen gewinnen, Kompetenzen erwerben und das »Wir-Gefühl« stärken. Durch den Umgang mit solidarischer Selbsthilfe erhalten die Jugendlichen Gelegenheit, durch »Learning by doing« in die Genossenschaftsidee hineinzuwachsen.

Plattform Schülerfirma

Im Kontakt mit den Abnehmern der genossenschaftlichen Dienstleistungen werden genossenschaftliche Besonderheiten vermittelt. Durch Pressegespräche und Veranstaltungen leisten die Schülerfirmen unter Einbeziehung der Schulleitung Öffentlichkeitsarbeit für die Genossenschaftsidee. Für ehemalige Schüler und Schülerinnen, Lehrer und Lehrerinnen sowie Eltern ist die Genossenschaft eine Plattform, um mit der Schule verbunden zu bleiben und über deren Entwicklung informiert zu werden.

Als erfolgreich etablierte »Lernwerkstatt« kann die Genossenschaft andere Schuleinrichtungen dazu anregen, ebenfalls eine Schulgenossenschaft zu gründen. Daran interessierten Schulen bietet die Schulgenossenschaft an, sich in der Phase des Aufbaus von Schülerfirmen von ihr beraten zu lassen. Die Gründung einer solchen Genossenschaft sollte im Interesse der Leitung weiterer Schulen liegen. Sie verfolgen das Ziel, Qualität und Image durch praktische Ergänzung wirtschaftsbezogener Unterrichtsinhalte zu stärken.

Werbeträger für Genossenschaften

Besonders beeindruckt war die Jury davon, dass junge Menschen, die noch über viele Jahrzehnte Werbeträger für die Genossenschaftsidee sein können, sich schon früh nicht nur mit dieser Idee vertraut machen, sondern sie in ihrem schulischen Umfeld auch verwirklichen. So leistet jede Schülerfirma, die in Anlehnung an die genossenschaftliche Rechtsform arbeitet, auf diesem neuen Tätigkeitsfeld einen wertvollen Beitrag zur Förderung und Zukunftssicherung des Genossenschaftsgedankens.●

Nähere Informationen erhalten Sie bei
Hut ab! Schulgenossenschaft eG, Siegburger Str. 149, 40591 Düsseldorf.
Email: info@schulgenossenschaft.de
www.schulgenossenschaft.de
oder dem *Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.*, Mariannenstr. 48, 10997 Berlin.
Email: info@genossenschaftsgedanke.de
www.genossenschaftsgedanke.de

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Anzeige

Elisabeth Voß / NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. (Hrsg.)
Wegweiser Solidarische Ökonomie
¡Anders Wirtschaften ist möglich!
ISBN 978-3-930830-50-3 – 93 Seiten – 9 €
„Solidarische Ökonomie" – was ist das überhaupt? Ein wirtschaftswissenschaftliches Fachgebiet? Ein praktisches Versuchsfeld? – Die vielfältigen theoretischen Konzepte, praktischen Betriebe und Projekte Solidarischer Ökonomien werden in diesem Buch vorgestellt: Kommunen, Haus- und Gartenprojekte, Projekte in den Bereichen Soziales, Kunst, Kultur, Bildung und Medien, Frauenprojekte, Tauschringe, Umsonstläden und Open-Source-Projekte, Finanzierungsstrukturen, Netzwerke und Verbände. Ergänzt wird dieser Überblick durch Beispiele von Projekten aus anderen Ländern und internationalen solidarischen Wirtschaftsbeziehungen.
AG SPAK Bücher I www.agspak-buecher.de

Räume der Offshore-Welt

Steueroasen, besser Regulierungsoasen, sind Orte mit einem Gesetzesrahmen, der Personen hilft, Gesetze und Regeln des Ortes zu umgehen, wo eigentlich die unternehmerische Tätigkeit stattfindet oder die Person lebt. Mit ihrer Hilfe wollen die Nutznießer Steuerzahlungen vermeiden oder zumindest stark reduzieren, sich der Überwachung und Kontrolle ihrer Geschäfte entziehen und/oder Geld waschen. Aufgrund der Anonymität, der fehlenden Transparenz und Regulierung sowie der Weigerung der dortigen Regierungen mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten sind diese Plätze bei internationalen Unternehmen und Reichen sehr beliebt. Ihre Bedeutung unterstreichen zwei Zahlen: Das von Privatpersonen dort angelegte Vermögen soll bereits 2005 mindestens US-$ 11,5 Billionen betragen haben. Rund zwei Drittel des Welthandels werden – zumindest formal – über Steueroasen abgewickelt. Die Kehrseite: hohe Steuerausfälle, die Lohnsteuerpflichtige und VerbraucherInnen kompensieren müssen, sowie die Umgehung von Regulierungen. Gerade die gegenwärtige Finanzkrise offenbart, wie wichtig Regulierung und Transparenz sind.

Wie die Fotos in dem Buch zeigen, sind mit Steueroasen keineswegs nur Orte mit Traumstränden und Palmen, blauem Meer, garantiertem Sonnenschein und warmen Temperaturen gemeint, wie z.B. die Kayman-Inseln oder die Bahamas – im Gegenteil: Viele Offshore-Plätze liegen vor der Haustür und sind somit bequem zu erreichen. Hierzu gehören Liechtenstein, Luxemburg, Schweiz, Jersey (Kanalinsel vor Großbritannien), London, Niederlande, Österreich, Irland, Andorra und Monaco.

Das Buch von Ötsch und Di Pauli ist zwar »nur« der Katalog zu der am 21. September 2009 in Dortmund eröffneten Ausstellung zu Steueroasen und Offshore-Zentren, die in den nächsten Jahren in Deutschland, Österreich und der Schweiz gezeigt wird (die Ausstellungsorte sind unter http://www.attac-netzwerk.de/ag-finanzmarkt-steuern/themen/steuern/steueroasen-ausstellung/ausstellungsorte/ abfragbar.). Doch neben zahlreichen Fotos werden in 23 kurzen Beiträgen, neben einer Einführung in das Thema, viele Hintergründe beleuchtet und Zusatzinformationen geliefert: Was ist der (Un)sinn einer Steueroase? Wann und warum sind Steueroasen entstanden? Welche Auswirkungen haben Steueroasen auf Entwicklungsländer? Was haben sie mit der Finanzkrise zu tun? Warum ist Deutschland ein Niedrigsteuerland und Österreich eine Steueroase? Wie können Steueroasen abgeschafft werden?

Durch die konzentrierten Darstellungen lassen sich die Einzelbeiträge sehr gut lesen. Das eher trockene Thema Steuern wird abwechslungsreich dargestellt. Wer sich zum ersten Mal mit diesem Themenfeld beschäftigen oder sich vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen einen kurzen Überblick verschaffen will, findet mit diesem Buch eine ausgezeichnete Quelle.●

Karl-Heinz Bächstädt

Silke Ötsch / Celia Di Pauli (Hrsg.): Räume der Offshore-Welt. Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa. Verlag: attac Trägerverein, Frankfurt 2009, 152 Seiten, ISBN 978-3-9813214-0-1

Widerstand gegen umstrittenes Bahnprojekt

»Wir sind Viele, wir sind laut, weil man uns den Bahnhof klaut!« – Der an den Stuttgarter Montagsdemos oft skandierte Slogan war noch nicht zu hören, als das Buch »die entzauberte Stadt« Ende 2008 erschien. Ganz einfach: Weil damals auch die wöchentlichen Protestaktionen vor dem Hauptbahnhof noch gar nicht stattfanden. Dennoch ist in dem vielstimmigen »Plädoyer gegen die Selbstzerstörung« bereits der Kern des Widerstands nachzulesen, der wöchentlich mittlerweile mehr als 2.000 BürgerInnen lautstark auf die Straße treibt.

Thema des Buches ist das Milliarden-Projekt »Stuttgart21«, das schon seit zwei Jahrzehnten diskutiert wird, mittlerweile eine breite Protestbewegung hervorgebracht hat und das immer unsinniger und fragwürdiger wird: Der bestehende Kopfbahnhof als bisher gut funktionierender überregionaler Knoten soll ersetzt werden durch einen Durchgangsbahnhof, der um 90 Grad gedreht unterirdisch zu liegen käme und die Züge mit einer Tunnelfortsetzung direkt zum Flughafen und schneller Richtung München führen würde. Da die baden-württembergische Landeshauptstadt in einem Talkkessel liegt, wäre das Projekt bereits aus topografischen Gründen aufwendig, zudem birgt die Geologie massive (Kosten-)risiken und der Denkmalschutz des Bahnhofgebäudes würde ausgehebelt. Das Bahnprojekt ist zwar von der bürgerlichen Mehrheit gewollt und nach offizieller Lesart entschieden, aber es wird immer offensichtlicher, dass die Kalkulation drastisch schöngerechnet war. Statt nur zu protestieren, haben Umweltverbände und -initiativen eine auch von Bahnexperten für sinnvoll erachtete Alternative erarbeitet: die umfangreiche Verbesserung des bestehenden Kopfbahnhofs.

Dem Buch ist gelungen, was auch die Stärke der Protestbewegung ausmacht: Auf der fachlichen Ebene zeigen die Autoren – leider nur Männer – die teilweise eklatanten Schwächen von Stuttgart21 auf und beschreiben die Vorzüge des Alternativkonzepts »Kopfbahnhof21«. Auf der stadtplanerischen Ebene zerpflücken sie das Großprojekt, das eine Schneise in die Stadtmitte reißen würde, und plädieren gleichzeitig für eine vielfältige und lebendige urbane Kultur, der Raum für eigenständige Entwicklung gelassen wird. Sie stoßen damit eine bisher zu wenig geführte Diskussion um die Gestaltung und vor allem Nutzung des öffentlichen Raumes an. Dritte und für die Stärke des Widerstands bedeutsame Ebene ist die Demokratie-Frage: Dies vor dem Hintergrund, dass ein Bürgerbegehren mit 67.000 Unterschriften den Ausstieg der Stadt aus dem Milliardenprojekt forderte und unter fadenscheinigen Argumenten für ungültig erklärt wurde. In einem äußerst lesenswerten Beitrag formuliert der Stadtrat und Aktivist Hannes Rockenbauch einen Demokratieansatz, der den Widerstand auf der Straße verbindet mit der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft. Er fordert, »die Gestaltungshoheit über unsere Stadt wieder zurückzuholen« und »gemeinsam, solidarisch und nachhaltig unser Leben zu organisieren«. Das Buch, dem Interesse aus anderen Städten zu wünschen ist, kann auch als optimistischer Teil der laufenden »Commons«-Debatte gelesen werden – oder wie der Demo-Slogan als Alternative zum unterirdischen Projekt lautet: »Oben bleiben!«●

Peter Streiff

Ostertag, Roland (Hrsg.): Die entzauberte Stadt – Plädoyer gegen die Selbstzerstörung, zum Projekt »Stuttgart21: das Milliardengrab«. Peter Grohmann-Verlag, 2008, 220 Seiten, 14,90 EUR
ISBN 978-3-927340-83-1
Bezug: peter-grohmann@die-anstifter.de.

Bauernsöhne erzählen ihre Geschichte

In ihrem neuen Buch lässt Ulrike Siegel 17 Bauernsöhne erzählen, wie diese ihr Aufwachsen auf einem Bauernhof erlebt haben – und was das für sie bis heute bedeutet.

Die Autoren, die nur zum Teil heute in der Landwirtschaft arbeiten, wurden in den 1950er bis frühen 1970er Jahren geboren. Sie erzählen in ihren Artikeln vom Aufwachsen mit Erfahrungen und Entbehrungen, zwischen Privileg und Verantwortung, von Weichenstellungen, vom Leben zwischen der Bewahrung von Traditionen und der Entfaltung eigener Lebenspläne. Sie vermitteln mit Alltagsgeschichten ein Bild von Landwirtschaft – jenseits jeglicher Idealisierung und Verteufelung. Sie reflektieren rückblickend die Bedeutung bäuerlicher Sozialisation für ihr Leben und machen damit ein Stück Agrargeschichte erlebbar.

In großer Offenheit schildern sie ihren individuellen Werdegang und erläutern, welche persönlichen Werte die Kindheit auf einem Bauernhof für sie geschaffen hat. Die Auswahl der Autoren spiegelt den Wandel der Betriebe in den vergangenen 40 Jahren wider. Viele der Autoren wollten oder mussten der Landwirtschaft den Rücken kehren, geblieben ist aber ihre Wertschätzung für die bäuerliche Landwirtschaft. So wundert es nicht, dass auch die *Unabhängige Bauernstimme* Erwähnung findet und einer der Autoren der für seine Kurzgeschichten bekannte schleswig-holsteinische Bauer Mathias Stührwoldt ist. Ulrike Siegel ist es gelungen, Bauernsöhne dazu zu bringen, ihre innere Bindung an die Landwirtschaft in Worte zu fassen, in persönlichen, bewegenden und stellenweise lustigen Beiträgen.●

Leicht korrigierter Nachdruck eines Beitrages aus Unabhängige Bauernstimme (www.bauernstimme.de).

Ulrike Siegel: Boden unter den Füßen – Bauernsöhne erzählen ihre Geschichte, Landwirtschaftsverlag Münster 2009, 216 Seiten, 14,95 EUR

Für utopische Phantasie und soziale Experimente

So alt wie die Geschichte des Kapitalismus ist die Geschichte kritischer, sozialer Bewegungen – beispielsweise gewerkschaftliche und antikoloniale Kämpfe, Frauen- und Ökobewegung, genossenschaftliche Wirtschaftsinitiativen oder Freiräume und Subkulturen. Doch trotz spürbarer Erleichterungen hat uns langfristig die lebensfeindliche Dynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft immer wieder eingeholt.

Von dieser Dynamik können wir uns gemäß dem Autor Markus Jensch nur dann lösen, wenn wir alternative Formen der Kooperation jenseits von Eigentum, Markt und Geld erfinden. In seinem Buch »Eine glücklichere Welt ist möglich« beleuchtet er verschiedene Formen, in welcher das Eigentumsprinzip, der Markt und das Geld unseren Willen und unsere Kommunikation beeinflussen. Dabei unterscheidet er hauptsächlich zwei verschiedene »kulturprägende Prinzipien«, die er als die bisherigen »Grundformen menschlicher Lebensgewinnung« bezeichnet: »das matriarchale Verwandtschaftsprinzip und das patriarchale Eigentumsprinzip.«

Menschliche Gesellschaften, die weder Eigentum noch Markt noch Geld kennen und in denen das Prinzip »am Anfang die Mütter« als zentrale Prägung gilt, würden Entscheidungen eher im Konsens fällen und sehr stark in Verbindung mit der Natur leben. Der Autor geht dabei zwar auf einige Beispiele ein und versucht, deren gesellschaftliche Strukturen zu beschreiben, bleibt jedoch an der Oberfläche haften. – Wesentlich ausführlicher widmet er sich der Eigentumstheorie des Kapitalismus und erörtert sie hauptsächlich im Verhältnis zum marxistischen Ziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Dabei diskutiert er Tauschhandel, die Bedeutung von Kredit und Zinsniveau sowie die Rolle von Zentralbanken mit dem Ziel aufzuzeigen, dass das grundlegende Eigentumsrecht unserer Gesellschaft durch andere Kooperationsformen ersetzt werden muss.

Das Buch liefert keine fertigen Antworten, sondern führt auf ein Plädoyer hin für das, was die allzu häufig in Machtkämpfen und harscher Ideologiekritik gefangenen linken Bewegungen zu wenig pflegen: »eine Alltagskultur utopischer Phantasie und sozialer Experimente.« Der Autor liefert für sein Plädoyer zwei Beispiele: Den Ansatz der »freien Kooperation« nach Christoph Spehr, bei der das Verhandeln-können zwischen freien Menschen eine zentrale Rolle spielt. Ausführlicher diskutiert er das »Subcoma«-Buch von P.M., dessen Gesellschaftsentwurf eine nachhaltige Organisation des Alltags mit »utopischen Entwürfen eines planetarischen Haushalts« verbindet. Die Sympathie für P.M.s Ideen von Großhaushalten als »Benutzungsgemeinschaften« wird für den/die LeserIn spürbar, leider verzichtet der Autor auf praktische Einblicke in die existierenden sozialen Experimente, um damit seine skizzierte Utopie etwas greifbarer zu machen.●

Peter Streiff

Jensch, Markus: Eine glücklichere Welt ist möglich. Globaler Kapitalismus – wie lange noch und was danach? AG SPAK Bücher, 2009, 182 Seiten, 16 EUR
ISBN 978-3-930830-39-8
Bezug: spak-buecher@leibi.de.

Das politische Denken oder das Politische denken?

Gesellschaftskritik und politische Bewegungen brauchen einen Begriff des Politischen – diese Dialektik von Theorie und Praxis genießt weitgehend Konsens. Beim Begriff des Politischen aber werfen sich verschiedene Fragen auf. An diesem Punkt beginnt die große Diskussion, die wie ein bodenloses Fass – der Philosophie gleichend – mit eifriger Lektüre und ungezählten Wortgefechten über die Individuen sich erhebt.

Die Neuerscheinung »Das Politische denken« im Transcript-Verlag nimmt sich den zeitgenössischen Theorieansätzen an und leistet dazu einen wertvollen Beitrag. Mit der Auswahl der Denkansätze erreicht das Buch eine interessante Mischung: Namen wie bspw. Lefort, Laclau, Balibar, Badiou, Negri und Hardt oder Deleuze und Guattari versprechen eine gewisse Heterogenität. Dazu betonen die Herausgeber Ulrich Bröckling und Robert Feustel geradezu die Unabgeschlossenheit der vorgestellten Positionen: Als »eindeutig zurechenbar, in einem radikalen Sinne perspektivistisch, umkämpft und zugleich libidinös besetzt [...]« lassen sie sich charakterisieren. Schon der Titel kündigt den Prozess ihres Denkens an: Die unterschiedlichen Positionen werden nicht als Ergebnis auf dem Präsentierteller bereitgestellt, sondern wollen von den vorstellenden Autoren kritisch diskutiert werden und laden die Lesenden gleichsam zum eigenen Nachdenken ein.

Das Buch hebt von der bürgerlichen politischen Theorie wie dem »Freund-Feind-Denken« à la Carl Schmitt oder Hobbes »homo homini lupus est« ab und verstrickt sich andererseits nicht in »institutioneller Ordnung« oder »staatlicher Verwaltung«. Die versammelten Denkansätze betonen dagegen das Moment des Dissenses und Widerstreites. Hierin liegt heute wohlmöglich die Fruchtbarkeit neuer Denkanstöße für politische Auseinandersetzung. Als »Überblicksdarstellung« und »Einführung« zu den »wichtigsten Theoretikern der Gegenwart« taugt das Buch darüber hinaus vor allem zum Impulsgeber für politische Debatten in der Linken. 340 Seiten in feiner Schrift rufen sicher die Frage der Zeit auf den Plan. Der Aufbau des Buches aber zwingt nicht zum semiakademischen Studium, sondern ermöglicht sicher auch die eine oder andere Gelegenheitslektüre.

Letztlich zeigt sich das Buch all jenen empfehlenswert, welche eine Übersicht in der Unübersichtlichkeit zeitgenössischer politischer Theorie suchen und sich offen für neue Perspektiven des Politischen zeigen.●

Georg Frischbuter

Ulrich Bröckling, Robert Feustel (Hg.): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Januar 2010, 340 S., kart., 25,80 EUR
ISBN 978-3-8376-1160-1

Kein Persilschein für die Wehrmacht

Die Wehrmachtsausstellung von 1995 ist sicherlich vielen Zeitgenossen noch in Erinnerung. »Verbrechen der Wehrmacht« war ihr Thema – darum geht es auch im neuesten Buch des promovierten Soziologen Martin Heinzelmanns »Die Spuren des Löwen.« Diese Verbrechen wurden »verschwiegen«, wie es im Untertitel des Buches heißt – und sie wurden von ganz bestimmten Deutschen in ganz bestimmten Wehrmachtsdivisionen verübt. Die Deutschen und die Division, die Heinzelmann unter die Lupe nimmt, sind süddeutsch-sächsische und sächsisch-anhaltinische Soldaten aus der 31. Infanteriedivision. Dies war eine besonders regimetreue und elitäre Wehrmachtstruppe, deren schlimmes Wüten im II. Weltkrieg in den geschichtsfälschenden Berichten ihrer Apologeten fast gar nicht benannt wurde. Ein genaues Hinschauen, eine ansatzweise kritische Analyse und ein daraufhin erfolgendes Schuldeingeständnis waren offenbar bis in die Gegenwart hinein nicht möglich. Das »beschädigte Leben« (Adorno) wurde weder damals noch heute als ein solches wahrgenommen und untersucht. Der amerikanische »Persilschein« auf Nazireinheit kann nicht ausgestellt werden.

Weißrussland war nach dem II. Weltkrieg »die meistzerstörte Region der Erde«. Von den etwa neun Millionen Bewohnern waren 1,6 bis 1,7 Millionen getötet und circa zwei Millionen verschleppt oder zur Flucht gezwungen worden. Die Verluste der russischen Bevölkerung betrugen bis zu 20 Millionen. Allein das Aussprechen dieser Zahlen macht fassungslos. Daraus jedoch nicht die einzig sinnvolle Konsequenz von »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!« zu ziehen, sondern die Verbrechen – auch die der Wehrmacht – noch zu verschleiern, das ist lebensverneinende Verdrängung und eine zusätzliche Verhöhnung der Getöteten.

Heinzelmann, Mitglied der Göttinger Geschichtswerkstatt, will mit dieser Geschichtsvergessenheit aufräumen. Er zeichnet die Geschichte der »Löwendivision« detailgenau nach. Göttingen, Northeim und Quedlinburg waren einige der Standorte, die Verbundenheit mit der Bevölkerung war groß bis legendär, der bis in die Gegenwart unkritische Umgang vieler Deutscher mit dieser Truppe wird offenkundig und greifbar. Die »Löwendivision«, etwa 17.000 Mann stark, wurde zunächst in Polen, dann in Frankreich, schließlich an der Ostfront in Russland eingesetzt. Vor allem in Russland wurden die verschwiegenen Verbrechen an der Zivilbevölkerung, den Partisanen und den Flüchtenden begangen. Der sogenannte »Kommissarbefehl«, also der offizielle Befehl gegen die Zivilbevölkerung vorzugehen, die extra eingerichteten Polizeibataillone und die »Geheime Feldpolizei« waren unisono willig Ausführende des Hitlerschen Vernichtungskrieges gegen die slawischen »Untermenschen« und gegen die Juden. Heinzelmann richtet sich explizit gegen die apologetische Nachkriegsbeschönigung zahlreicher Fest- und Erinnerungsschriften und weist deren eklatante Geschichtsverfälschung nach. Es wurden massenhaft Verbrechen begangen und das durchaus mit dem Einverständnis der Soldaten, die gar nicht so selten eindeutige Nazis gewesen sind. Umgekehrt ist von späteren Generationen die Mär von der »sauberen Wehrmacht« eher selten geglaubt worden. Dass diese Mär nun gar nicht mehr möglich ist, dafür sollte Heinzelmanns Buch sorgen.

Man hätte das ein oder andere Mal auch die Stimmen der Opfer zu hören gewünscht. Möglicherweise auch die Feldpost der deutschen Soldaten, um über das Erleben der Täter nähere Auskunft zu bekommen. Doch ist Heinzelmanns Vorgehen in Genauigkeit, Klarheit und schlichtem Ausdruck recht gelungen. Es kommt dem aufklärend-kritischen Vorgehen der Wehrmachtsausstellung relativ nahe und darf mit diesem zusammen ein Griff in die Speichen des Geschichtsrades genannt werden, das sich eben nicht besinnungslos wie von selbst auf die nächste Katastrophe zubewegen muss.●

Martin Block

Martin Heinzelmann: Die Spuren des Löwen, 176 Seiten, Cuvillier-Verlag, Göttingen 2009, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86955-027-5

Anzeige

Uwe Timm
Verlorene Kindheit-
Errungene Freiheit
Biografie eines unbequemen
Libertären
Aktuelle Auflage
208 Seiten/ 19,00 €uro
ISBN 973 -3-92688-17-8
OPPO VERLAG
Postfach 610216
10923 Berlin
Fon: + 49 (0) 30 / 285 082 66
Fax: + 49 (0) 30 / 217 536 46
Oder jede gute Buchhandlung
www.alibro.de

Stadt-Land-Genossenschaft eG

Die Genossenschaft ist durch Beschluss der Generalversammlung am 28.06.2009 aufgelöst. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Genossenschaft zu melden.
Hamburg, den 22.12.2009
Stadt-Land-Genossenschaft eG,
c/o Robert Jarowoy, Ottenser Hauptstraße 35, 22765 Hamburg

PROJEKTE

Wir suchen Leute, die in unser in Meuchefitz im Wendland gelegenes **Projekt mit autonomen Selbstverständnis** einsteigen und es aktiv mitgestalten und weiterentwickeln wollen.
Bisher: 4 Frauen , 2 Männer, 1 Junge im Alter von 13 bis 70 Jahren, Kneipe und Tagungshaus. Raum genug für weitere Aktivitäten, neue Perspektiven und Bauwägen.
E-Mail: gasthof@meuchefitz.de

Selbstverwaltetes Wohnprojekt bei Bremen, sucht Menschen mit Interesse an kollektivem, ökologischem Leben auf dem Lande.
Kontakt: ☎ (0 42 04) 689 80 03
oder E-Mail: finkenburg@verden-info.de

Suchen MitarbeiterInnen, AltmeisterInnen und nette Leute! Leben für selbstständige Gemeinschaft – soziale Förderung von Menschen – Handwerk, Gartenbau, Kunst uvm. Gemeinschaftlicher Ausbau: Vierseitenhof, viel Landfläche, nordwestl. Berlin.
Projekt der workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V.:
☎ (0 30) 79 78 07 01
E-Mail: freie_erde@t-online.de

BUNTE SEITEN

Nun auf CD-ROM
Alternatives Adressbuch mit den Rubriken Anarchismus, Antifa/MigrantInnen/Flüchtlinge, Antimilitarismus, Archive, Infoläden, Kommunen, Kneipen und Kultur.

Zusätzlich der »Reader der Alternativ-Medien« mit ca. 500 Anschriften alternativer Medien aus der BRD und ca. 100 Anschriften aus der Schweiz (mit zahlreichen Zusatzinformationen).

Auf der CD-ROM gibt es außerdem noch die CONTRASTE-Jahrgänge 2005 bis 2008 und die historischen ersten drei »Wandelsblatt«-Ausgaben aus dem Jahr 1984.

Für CONTRASTE-AbonnentInnen und Fördermitglieder 25 EUR, für alle Anderen 35 EUR zzgl. 3 EUR Versandkosten.
Bestellungen:
Zeitsprung Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
E-Mail: zeitsprung-verlag@online.de
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/ koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricarda-buch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuemaosteh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Arianne Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: ariane dettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin,** Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg,
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 30.4.-2.5.2010
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

KOMMUNIKATION

Gewaltfreie Kommunikation
In angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und aufrichtig und gelassen zu reagieren, ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel.
Die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) – entwickelt von Marshall Rosenberg – ist ein sehr wirksamer Ansatz, genau dies zu lernen. Sie fördert und entwickelt Fähigkeiten und Haltungen, die es ermöglichen:

- potenzielle Konflikte in friedliche Gespräche umzuwandeln;
- sich über Interessen und Bedürfnisse auszutauschen, ohne Abwehr und Feindseligkeiten;
- Kritik so zu äußern, dass sie nicht verletzt;
- Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen;
- Lösungen zu finden, bei denen möglichst die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden.

In der Kommune Niederkaufungen gibt es ein eigenes Kollektiv, das ganz verschiedene Veranstaltungen zur Gewaltfreien Kommunikation anbietet: Einführungs- und Vertiefungsseminare, Bildungsurlaube, Jahrestrainings, Tagungen, Beratung und Mediation.
Die meisten davon finden in unserem Tagungshaus statt, wir kommen aber auch mit unseren Angeboten zu Euch.
Die nächsten Termine hier bei uns sind:
27.4.-2.5.: Vertiefungsseminar
9.-13.6.: GFK als kreativer Prozess
18.-20.6. Einführungsseminar
Weitere Infos auf unserer Homepage:
www.gewaltfrei-niederkaufungen.de

ANARCHISMUS

Libertäre Buchmesse
Letzten Februar in Winterthur, nächsten Mai in Biel: Zum zweiten Mal findet in der Schweiz die Libertäre Buchmesse statt. Nicht mehr im beschaulichen Osten des Landes, sondern mitten auf der deutsch-französischen Sprachgrenze, wird sie diesmal über die Bühne gehen. Und Bühne ist im wortwörtlichen Sinne gemeint: Am Wochenende vom **14. bis 16. Mai 2010** soll nicht nur wieder das Programm von Dutzenden anarchistischen Verlagen, Bibliotheken, Vertrieben und Organisationen zu bestaunen sein, sondern auch Platz geboten werden für zahlreiche kulturelle und politische Veranstaltungen an verschiedenen idyllischen Orten in der Stadt, zwischen grünem Jura und blauem See.
Was letztes Mal in Winterthur erst angedacht werden konnte, soll nun in Biel Realität werden: Eine vielsprachige Buchmesse als Treffpunkt von Anarchistinnen und Anarchisten aus ganz Mitteleuropa, und, wer weiß, möglicherweise darüber hinaus. Und damit noch nicht genug: Beinahe in den Stammlanden der legendären Fédération Jurassienne gelegen, lebt auch heute noch in Biel die libertäre Tradition fort: Trotz der lediglich 50.000 EinwohnerInnen gibt es hier besetzte Häuser, ein autonomes Jugendzentrum mit mehr als vierzigjähriger Geschichte, den »Chat Noir« als einer der ganz wenigen anarchistischen Infoläden in der Schweiz, eine selbstverwaltete Gassenküche mit täglichen warmen Mahlzeiten, eine autonome Druckerei... Darüber hinaus ist die Stadt dank ihrer günstigen geographischen Lage schon seit langem beliebter Treffpunkt für Anarch@s aus dem ganzen Land.
Info: www.buechermesse.ch

Anarchafeministisches Sommercamp
Seit nunmehr 15 Jahren treffen sich Frauen zweimal im Jahr zu einer anarchafeministischen Diskussionsrunde. Um unseren Kreis wieder zu vergrößern und uns mit anderen zu vernetzen, bieten wir in diesem Jahr ein Frauencamp an.
Termin: 22. bis 25. Juli 2010 (Do-So) bei Alsfeld/Hessen
Anmeldung bis 1. Juli 2010 und Info über afems60@yahoo.de
sowie unter www.anarchismus.de

»Escape from Freedom« Revisited
Erich Fromms Buch »Die Furcht vor der Freiheit« und seine Relevanz aus heutiger libertärer Sicht
In seinem 1941 vor dem Hintergrund von Faschismus und Stalinismus veröffentlichten Werk befasst sich der Psychologe und Sozialphilosoph Erich Fromm (1900-1980) mit den psychologischen Aspekten der Freiheit des modernen Menschen. Seiner Meinung nach hat die Freiheit dem modernen Menschen zwar einerseits Unabhängigkeit und Rationalität ermöglicht, ihn in psychologischer Hinsicht aber andererseits auch isoliert und dabei ängstlich und ohnmächtig gemacht. In dieser Situation sieht Fromm den Menschen vor die Alternative gestellt, entweder der Last seiner Freiheit zu entfliehen und sich aufs neue in Abhängigkeit und Unterwerfung zu begeben oder voranzuschreiten zur vollen Verwirklichung jener positiven Freiheit, die sich auf die Einzigartigkeit und Individualität des Menschen gründet.
In der Veranstaltung wird versucht, einige der zentralen Gedankengänge Fromms zu diesem Thema nachzuzeichnen. Gleichzeitig soll ein Eindruck von seiner methodischen Vorgehensweise vermittelt werden, die gekennzeichnet ist durch die Nutzbarmachung tiefenpsychologischer Überlegungen für die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen.
Termin: 30.4.2010, 19 Uhr
Bibliothek der Freien.
Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin

BUKO

BUKO-Kongress
Der BUKO33 wird vom 13.-16.5.2010 in Tübingen stattfinden und es haben sich zwei Schwerpunktideen herauskristallisiert:
1. Wir in Europa, die EU in der Welt: Oder: Der innere und äußere Kolonialismus Europas. Das Wissen über die EU, über ihre Funktions- und Herrschaftsweise ist lückenhaft. Und das Verhältnis einer internationalistischen, herrschaftskritischen Linken zur EU ist unklar. Vielleicht weil wir die Utopie einer »postnationalen Konstellation«, eines Europas von unten in einer Welt von unten nicht weitergedacht haben?
Gibt es eine europäische Linke und welche Rolle spielt diese in Europa? Wie tragen wir zu Diskursen um Entwicklung, Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Klimawandel usw. bei, die der EU zur Durchsetzung eigener Interessen nutzen? Um das herauszufinden, müssen wir zunächst in Erfahrung bringen wie die EU im Rest der Welt, von den Bewegungen des globalen Südens, wahrgenommen wird, was dort an der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, der Entwicklungs-, Umwelt/Klima- und Migrationspolitik kritisiert wird. 125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz bietet sich hierfür als Anlass an.
2. Commons, Allmende, Gemeingüter – Gemeingüter, das kann vieles sein: Boden, Wasser, Luft, Wissen, Geschichten, die Räume der Städte, die soziale Infrastruktur für Gesundheit, Materielles und Immaterielles, sehr Altes oder ganz neu Geschaffenes. Wo liegt überhaupt das emanzipatorische Potential einer Diskussion um Gemeingüter? Wie kann das neoliberale Dogma entzaubert werden, Wissen und Wohlstand entfalte sich dort am besten, wo jeder frei vor sich hin programmiert?
Viele Fragen – all das wollen wir weiter gemeinsam diskutieren. Ein Einstieg in den Vorbereitungsprozess ist jederzeit möglich und erwünscht.
Kontakt: mail@buko.info
☎ (0 40) 39 31 56

D.I.Y.

Rebellisches Zusammenkommen
Wir, das Ya Basta-Netz, laden Euch vom **7. bis 9. Mai 2010** zum Austausch und zum Feiern nach Frankfurt a.M. ein. Wir treffen uns auf dem Gelände des ältesten in Deutschland immer noch (!) besetzten Hauses, In der Au 14-16 im Stadtteil Rödelheim. Dort soll auf einer großen Wiese neben Bauwägen und Zelten ein Projekteplatz zum Austausch alternativ arbeitender Kollektive, politischer Initiativen und Gruppen und viel(es) mehr entstehen.
Wir sehen das rebellische Zusammenkommen als eine Möglichkeit, unterschiedliche praktische alternative Lebens-, Arbeits- und Widerstandsformen vorzustellen und zusammenzubringen. Dabei sollen neben der Vielfalt auch die Gemeinsamkeiten der auf den ersten Blick so unterschiedlichen Projekte und Ansätze sichtbar gemacht und weiterentwickelt werden.
Die Konsequenzen dieses Systems treffen uns alle täglich an den unterschiedlichsten Punkten unseres Lebens. Nutzen wir unsere Vielfalt als Stärke, um unseren Vorstellungen von einem würdigen Leben näher zu kommen! Das Treffen lebt von den Projekten und allen anderen, die ihre ideen und Erfahrungen einbringen wollen.
Für Zeltplätze, Kinderbetreuung und lecker veganes »Kochen für alle« ist gesorgt. Hunde dürfen leider nicht auf die Au. Das Treffen ist kostenlos, wir hoffen aber sehr auf Eure Spenden.
Mehr und aktuelle Infos unter:
http://ya-basta-netz.de.vu

STIFTUNG MITARBEIT

Nicht immer einer Meinung!?
Konfliktmanagement in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen
Meinungsverschiedenheiten gehören zu Beteiligungs- und Kooperationsprozessen wie die Hitze zum Feuer. Immer dann, wenn Menschen zusammenkommen, um gemeinsam Entscheidungen zu fällen oder Maßnahmen umzusetzen, treffen unterschiedliche Einstellungen, Sichtweisen, Kompetenzen und Potenziale aufeinander. Letztlich »leben« Beteiligungs- und Kooperationsprozesse von genau diesen Unterschiedlichkeiten, denn sie bieten die Grundlage für eine kompetente Meinungsfindung und eröffnen kreative Potenziale. Die gegebenen Differenzen zwischen den Akteuren bergen also vielfältige Chancen, sie können aber auch – zusammen mit weiteren Faktoren – zu (teils gravierenden) Störungen, Spannungen und Konflikten im Prozess führen. Eine genaue Ursachenforschung und ein kompetentes Konfliktmanagement sind notwendig, wenn man die im Prozess auftretenden Schwierigkeiten verstehen und bewältigen will.
In diesem Seminar wird der gesamte Beteiligungs- und Kooperationsprozess in den Blick genommen und gefragt, wie Konfliktsituationen frühzeitig erkannt und konstruktiv bearbeitet werden können. Verschiedene Konfliktarten und -auslöser sowie Möglichkeiten zur Situationsanalyse werden aufgezeigt. Vor allem geht es aber darum, erfolgversprechende und nachhaltige Wege zum Umgang mit Konflikten aufzuzeigen. Hierbei werden auch die Erfahrungen und Fragestellungen der Teilnehmer/innen aus der eigenen Praxis einbezogen. Das Seminar richtet sich an Prozessverantwortliche in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.
Termin: 16.-17.4.2010, Mülheim/Ruhr
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
☎ (02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
Internet: www.mitarbeit.de

FRAUEN

Sind Frauen das friedlichere Geschlecht?
»Der Mann soll zum Kriege erzogen werden und das Weib zur Erholung des Kriegers: alles andere ist Torheit« (Friedrich Nietzsche). Dahinter steht eine Vorstellung von Weiblichkeit und Männlichkeit, die Teil der Kriegslogik ist. Wir wollen den Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen in Friedens- und Kriegszeiten, von der Zeit des Nationalsozialismus bis heute, nachgehen.
Wir arbeiten vormittags und wandern nachmittags, Filme bereichern das Programm.
Mit Gisela Notz und Monika Jarosch
Termin: 14. bis 21.8.2010
Ort: Stiftung Salecina (Majola Schweiz)
Information: info@salecina.ch

MEDIEN

Digitale Fotografie
Wie fotografiere ich Menschen für die Zeitung oder das Internet? Wie wird das Foto vom Verbandstreffen spannend? Sibylle Christlein zeigt, worauf man bei der Arbeit mit der Digicam achten sollte und gibt Tipps fürs Fotografieren.
Bitte, wenn möglich, Kamera mitbringen!
Termin: 24./25.4.2010
(jeweils 10.00 - 16.00 Uhr)
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.
Oberanger 38, 80331 München
☎ (0 89) 260 90 06, Fax: 260 90 07
www.baysem.de

MEDIA-SPREE

MediaSpree entern!
Aus dem Aufruf zum geplanten Aktionstag am 5. Juni 2010:
»werden Wetter und Wut voraussichtlich eine Mischung entstehen lassen, die uns ideal erscheint, um eine richtig große Aktion gegen die Mediaspree-Planungen zu starten. Deshalb laden wir hiermit zum großen Aktionstag ein, bei dem wir den Planungen praktisch ein Ende setzen und anfangen werden, unsere Wünsche am Spreeufer zu verwirklichen. Ungewollte Baustellen werden besetzt und ungenutzte und zur Privatisierung ausstehende Flächen angeeignet, um hier unsere Art der Stadtentwicklung erfahrbar zu machen. Störende Event-Ufos werden in ihrem Betrieb gestört, PolizistInnen werden spielerisch und lässig umgangen.
Ein von elitären ArchitektInnen gestylter Park wird von uns neu bepflanzt und umgebaut, leerstehende Gebäude werden in Beschlag genommen, um günstigen Wohnraum zu schaffen. Das Ganze wird ein bunter und wütender Aktionstag, lustig für uns, aber hoffentlich ein Alptraum für diejenigen, die denken, dass unsere Kieze und die Spreeufer ein angemessener Ort für die Erzielung fetter Profite sind.«
Die Aktion orientiert sich an Aktionen wie der erfolgreichen Blockade einer Investoren-Besichtigungsfahrt im Sommer 2008, der ebenfalls erfolgreichen Störung der Eröffnung der O2/Anschutz-Halle im Herbst gleichen Jahres, der öffentlichkeitswirksam geplanten und nur durch ein gigantisches Polizeiaufgebot verhinderten Tempelhof-Besetzung im Sommer 2008. Auch am Beispiel »Bethanien« konnte gesehen werden, dass es durch ein gewonnenes BürgerInnenbegehren zusammen mit einer entschlossenen Besetzungsaktion möglich war, die geplante und im Kiez rundheraus abgelehnte kommerzielle Privatisierung gemeinsam und langfristig zu verhindern.
Mehr Informationen unter:
http://mediaspreeentern.blogsport.de

BERLIN

Veranstaltungsreihe
»La Via Campesina«
siehe auch S. 5 in dieser Ausgabe

Indien – ein Land in Aufruhr
Laura Corradi, Herausgeberin und Mitarbeiterin des Reports »Seeds of Suicide« von Vandana Shiva, informiert mit Bildmaterial über die Kämpfe der indischen BäuerInnen gegen multinationale Konzerne.
Termin: 12.4.2010, 19.30 Uhr
Cafe Morgenrot, Kastanienallee 85,
10435 Berlin

Filmvorführung: »We'll never give up« (Englisch) von Danilo Licciardello
Der Film berichtet über den erfolgreichen Kampf indischer BäuerInnen bei der Verteidigung ihres Landes gegen den Automobilriesen TataFiat.
Anschließend Gespräch mit Laura Corradi über die Inhalte des Filmes.
Termin: 14.4.2010, 19.30 Uhr
Bandito Rosso, Lottumstr. 10a,
10119 Berlin

Afrikas Land im Ausverkauf:
Ernährungssicherheit oder Agrarkolonialismus? Eine Fläche der Größe Großbritanniens ging in Afrika innerhalb von zwei Jahren an ausländische Investoren. Wer profitiert? Wer sind die Verlierer? Diskussionsrunde, anschließend Livemusik & Vokü.
Termin: 16.4.2010, 19 Uhr
Acud Kantina, Veteranenstr. 21,
10119 Berlin

Weltweiter La Via Campesina Aktionstag
Weltweit solidarisieren sich Menschen mit den lokalen und globalen Kämpfen von La Via Campesina. Für mehr Informationen über das Netzwerk, seine Mitgliedsorganisationen und über den Aktionstag siehe www.viacampesina.org
Termin: 17.4.2010, 10.30 Uhr
Straßenaktion
Aktuelle Infos unter:
www.fianberlin.de

Aktion gegen den globalen Landraub durch ausländische Investoren
Termin: 17.4.2010, ab 15.00 Uhr
Bethaniengärten am Bethaniendamm,
Mariannenplatz 1A, 10997 Berlin

»Ton, Steine, Gärten« trifft »La Via Campesina«
Wir feiern, dass es uns gelungen ist, den Mächtigen ein Stückchen Land abzutrotzen auf dem langen Weg zu Ernährungssouveränität. Informieren diskutieren, pflanzen, Samen tauschen und säen, essen und trinken. Mit einer Ausstellung über La Via Campesina, die bis Mitte Mai im Garten zu sehen ist. Für mehr Informationen über den Garten siehe gaertenammariannenplatz.blogspot.com

Lobbyismus und Agrarpolitik
mit Eckehard Niemann (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft)
Hintergründe des Agrarlobbyismus.
Termin: 19.04.2010 19 Uhr
Cafe Morgenrot, Kastanienallee 85,
10435 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.globale-landwirtschaft.net

FERIENUNI

»kritik – macht – handlungsfähigkeit«
7. Ferienuni Kritische Psychologie
Ferienuniversität Kritische Psychologie bedeutet 5 Tage Ferien, um sich Zeit für die wichtigen Dinge im Leben zu nehmen: Nachdenken, Diskutieren, Lesen, Streiten für ein besseres Leben und Ausspannen.
Wir wollen Entwicklungsmöglichkeiten und -behinderungen von Menschen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Verhältnissen analysieren und die Überwindbarkeit von Beschränkungen denkbar machen. Perspektive ist »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx).
Termin: 24.-28.8.2010, FU Berlin
Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung ab April 2010 unter www.ferienuni.de.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg